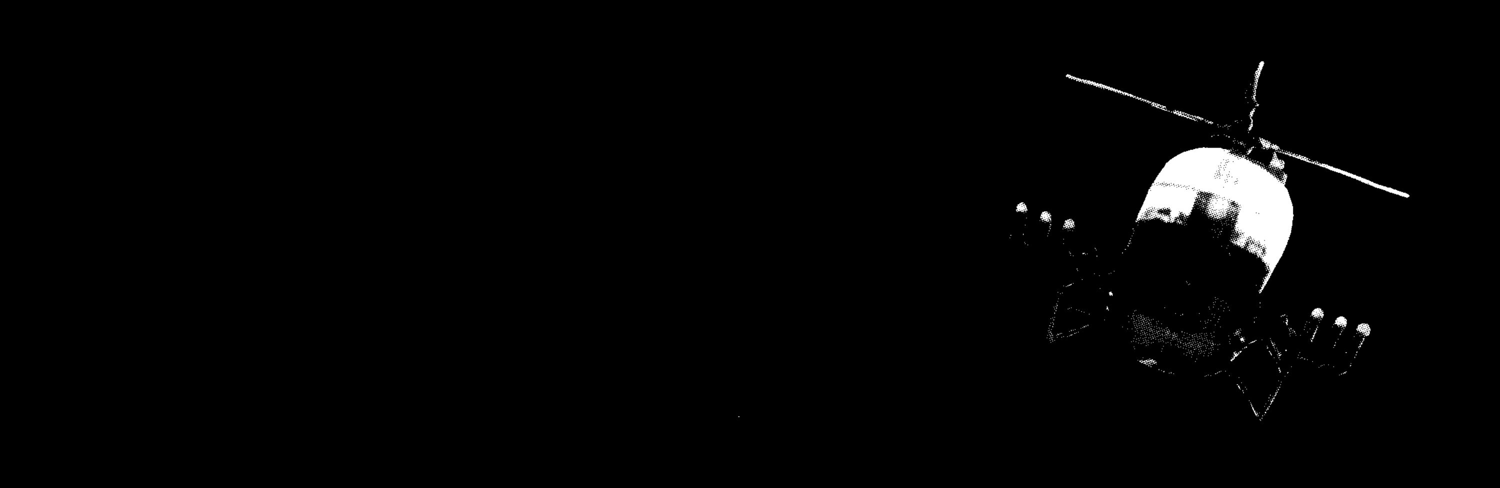


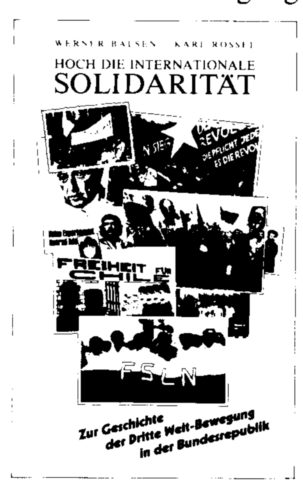
Strategien der Aufstandsbekämpfung

Jetzt zugreifen!

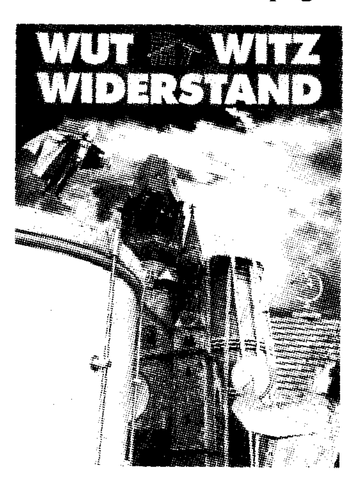
Unser Angebot gilt bis zum 31.12.1989

Für jedes von Dir (AbonnentIn der „blätter des iz3w") vermittelte Jahresabo (Geschenk- oder Normalabo) erhältst Du nach Wahl eines der folgenden Bücher:

Die Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung



Ein Fotoband zur IWF/WB-Kampagne



für jede/n UrlauberIn



Wer bis zum 31.12.1989 die „blätter des iz3w" abonniert kommt noch in den Genuß des alten Abopreises von DM 40,-*. Ab Januar 1990 müssen wir den Abopreis an die gestiegenen Produktionskosten anpassen. Das Normalabo wird auf DM 48,-* erhöht.

*Einkommensschwache AbonnentInnen erhalten den reduzierten Preis von DM 30,- (DM 38,- ab Jan. 1990). Wir möchten hierbei darauf hinweisen, daß der reduzierte Preis nicht kostendeckend ist.

Ich bin die/der AbonnentIn, die/der eine/n neue/n AbonnentIn geworben hat oder ein Jahresabo verschenkt:

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich möchte das folgende Buch als Geschenk für die Abowerbung/für das Geschenkabo

☐ Wut, Witz, Widerstand

☐ Hoch die Internationale Solidarität!

☐ „Klar, schön war's, aber..."

Ich erhalte das Buchgeschenk nach Eingang des Betrages für das Neuabo/Geschenkabo.

Ich möchte ein Jahresabo verschenken — und zwar an folgende Person:

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diesen Aboauftrag innerhalb einer Woche widerrufen kann und bestätige dies mit meiner zweiten Unterschrift.

Datum/Unterschrift

Alle Abos incl. Porto; Ausland zuzüglich Differenz zum Inland; Rechnung abwarten oder Scheck beilegen!

An: iz3w, Postfach 53 28
7800 Freiburg

Ich bestelle die „blätter des iz3w" (acht Ausgaben/Jahr)

☐ im Abonnement (DM 40,-) für mindestens ein Jahr.
Das Abo kann jeweils zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

☐ als unverbindliches Probeabo von drei Ausgaben für DM 10,-
- ☐ in bar
- ☐ in Briefmarken
- ☐ per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diesen Aboauftrag innerhalb einer Woche widerrufen kann und bestätige dies mit meiner zweiten Unterschrift.

Datum/Unterschrift



Qaddafi mit dem tunesischen Präsidenten Ben Ali

Qaddafis neue Ausgleichspolitik

Mit immensem materiellen Aufwand sowie einem mehrtägigen Festprogramm, darunter Veranstaltungen im Stadion von Tripolis am 31. August 1989, eine Sondersitzung der Allgemeinen Volkskonferenz am Vormittag und eine Militärparade auf dem Grünen Platz am Abend des 1. September feierte Libyen seit Ende August den 20. Jahrestag der Septemberrevolution. Außerhalb Libyens wurde diese Revolution seit je wenig gewürdigt; der Person Qaddafis wurde von der Welt wesentlich mehr Interesse geschenkt als der von ihm vollbrachten radikalen Umgestaltung der libyschen Gesellschaft. Bezeichnenderweise haben hierzulande nur wenige von der vor etwa zwei Jahren eingeleiteten Liberalisierung im ökonomischen und politischen Bereich Notiz genommen.

Die libysche Revolution vollzog sich in verschiedenen Phasen und durch mehrmalige institutionelle Neuanfänge entsprechend der von Qaddafi seit 1972/1973 postulierten **Dritten Universal-Theorie**[1] und ihrer seit 1975 verfaßten Handlungsanleitung, dem **Grünen Buch**[2]. Innenpolitische Militanz bei der Umsetzung des sich seit 1976 herauskristallisierenden **Jamahiriya-Staatsstrukturmodells**[3], basierend auf Basisvolkskonferenzen und Volkskomitees[4], bis hin zur Liquidierung von libyschen Oppositionellen im Ausland (Kampagnen Anfang der achtziger Jahre) durch Mitglieder der Revolutionskomitees[5] sowie außenpolitische Aktivitäten, die von zahlreichen betroffenen Staaten — teilweise zurecht — als subversiv, destabilisierend und expansionistisch (z.B. Tschad) bezeichnet wurden, haben Libyen besonders seit Ende der siebziger Jahre zunehmend isoliert. Der Konflikt mit den USA, kulminierend im US-Angriff auf Tripolis und Benghazi vom April 1986 hat dies offen manifestiert und die Niederlagen der libyschen Streitkräfte im Nordtschad 1987 haben das Scheitern der außenpolitischen Ambitionen Qaddafis ein weiteres Mal bestätigt.

Indes, Qaddafi ist durchaus auch — wie u.a. François Soudan zu recht in der Zeitschrift „Jeune Afrique" vom 30. August 1989 schrieb — „ein Realist", der bereit ist, auf politische Positionen und Strategien zu verzichten, wenn die Kosten oder die negativen Effekte bei ihrer Durchsetzung zu hoch und zu gravierend sind. Seit 1987 ist der politische Beobachter in diesem Sinne Zeuge eines inzwischen zwei Jahre andauernden innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Umorientierungsprozesses, dem so griffige Bezeichnungen wie „libysche Perestroika", oder „Revolution in der Revolution" (arabische Presse) gegeben wurden.

Worin bestanden nun im einzelnen die Schritte, die mit solchen positiven Attributen versehen werden können?

Reformen im Wirtschaftsbereich

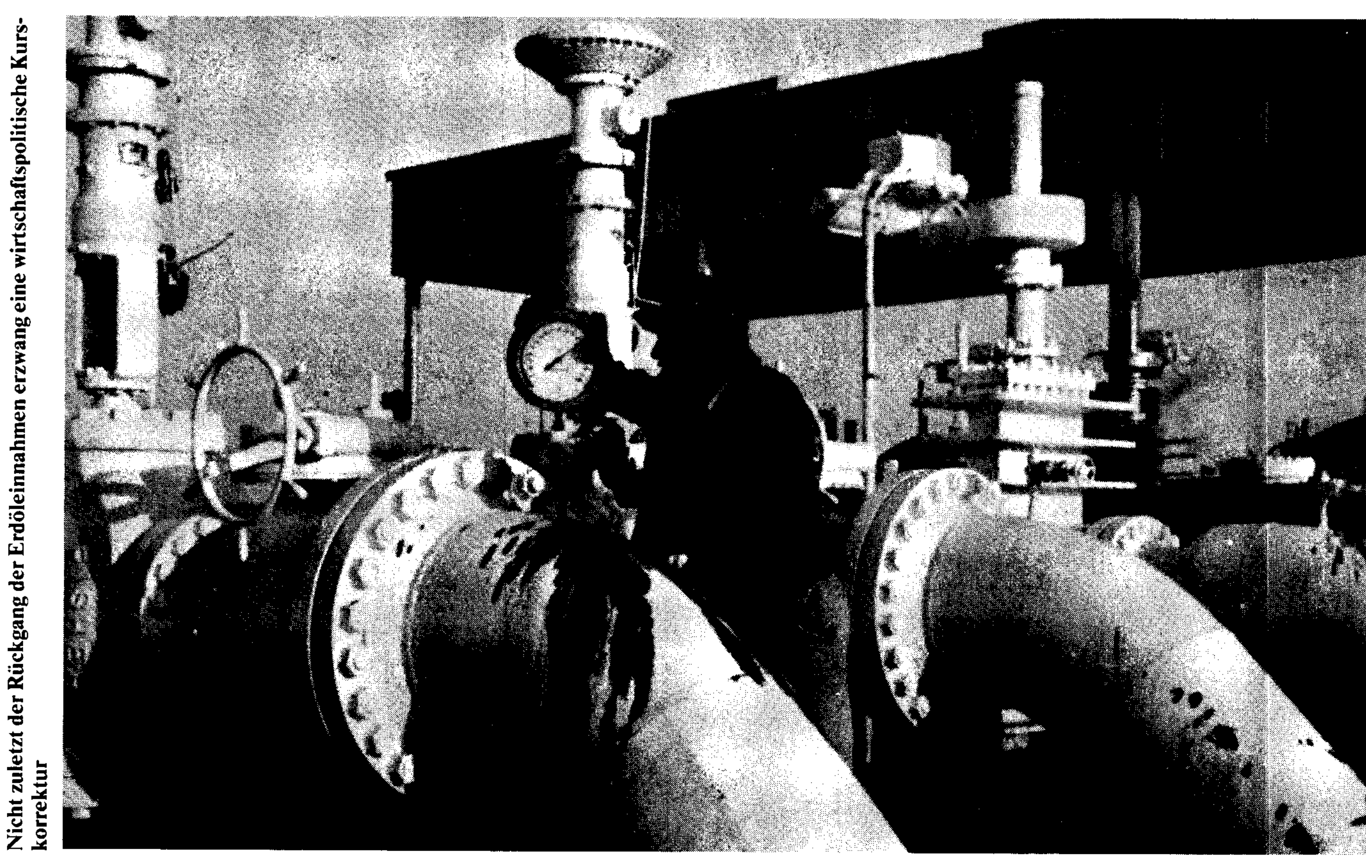
Der Ausgangspunkt war die Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich. Parallel zu den immer weiter ansteigenden Erdöleinnahmen Ende der siebziger Jahre intensivierte sich nach der Publikation des zweiten Teils des **Grünen Buches** („Die Lösung des ökonomischen Problems") ab 1978 der ideologische Zugriff auf den Wirtschaftssektor, wo in verschiedenen Phase das Miet-/Wohnungseigentum teilweise sozialisiert, teilweise privatisiert wurde zugunsten des ehemaligen Mieters, Produktionsunternehmen in sog. „Volksbesitz" überführt wurden unter Kontrolle von betriebsintern gewählten Produktionsräten (bei staatlicher

Übernahme von Verlusten) und privater Handel ab 1980/81 untersagt wurde zugunsten von sog. „Volksmärkten" (unter Kontrolle der lokalen politischen Organe, der Basisvolkskonferenzen) oder Distributionspunkten der mit dem Import beauftragten Monopolgesellschaften.

Dieses dezentralisierte, in der Praxis allerdings ineffiziente Produktions- und Distributionssystem führte in Verbindung mit der Finanzierungskrise ab 1982, gekennzeichnet durch einen von Libyen zu verkraftenden Devisenrückgang aus den Erdölexporten von 22 Mrd. US$ (1981) auf rund 5 Mrd. US$ (1986) bei zunehmender mittelfristiger Mittelbindung seit den siebziger Jahren durch wirtschaftliche Großprojekte und Militärimporte, zu einer Strangulation der libyschen Wirtschaft mit den bekannten Konsequenzen: 1985 Ausweisung zahlreicher Gastarbeiter aus Tunesien, Ägypten, der Türkei, Syrien, Mauretanien u.a. Staaten (unter teils inhumanen Bedinungen), rigorose Reduzierung der Importe, Versorgungsengpässe und Bildung von Schlangen vor den Distributionszentren, Gehaltskürzungen, Limitierung der Ausreisemöglichkeiten usw. Auf diese Situation, die auf der jährlichen Sitzung der Allgemeinen Volkskonferenz Ende Februar 1987 in Sebha von verschiedenen Delegierten kritisiert wurde, reagierte der libysche Revolutionsführer Qaddafi mit einer Kritik an der umgesetzten Entwicklungspolitik und mit der Ankündigung von Wirtschaftsreformen.

Eingeleitet wurde die zunächst wirtschaftliche Liberalisierungsphase durch zwei Reden Qaddafis im März und im Mai 1987, in denen er ein Restrukturierungsprogramm ankündigte, dessen zentraler Inhalt neben Vorschlägen zur Effizienzsteigerung in der Landwirtschaft und der Industrie u.a. durch Forcierung neuer, den Marktgesetzen unterworfenen Arbeiterkooperativen der Abbau der ideologisch motivierten Wirtschaftseingriffe — wie sie noch im zweiten Teil des Grünen Buches 1978 postuliert wurden — war: die dadurch ermöglichte Liberalisierung der Wirtschaft in Form einer Wiederzulassung privaten Handels, die Aufkündigung des staatlichen Importmonopols und die Förderung privater Produktionstätigkeit hat inzwischen sichtbare Erfolge gebracht und neben einer generellen Verbesserung der Versorgungslage (trotz zur Zeit stagnierender Erdöleinkommen von rund 6 Milliarden US-$ jährlich, bei allerdings geringeren Verteidigungsausgaben) dazu geführt, daß sich der alte Souk von Tripolis, seit 1981 mehr oder weniger einer Geisterstadt, wiederbelebte, und zahlreiche neue Märkte entstanden, auf denen die besonders seit der Grenzöffnung zu Tunesien von dort importierten Waren (Konsum- und Gebrauchsgüter) umgeschlagen wurden.

Die Abschaffung des staatlichen Import- und Exportmonopols am 1.9.1988 hat darüberhinaus dazu geführt, daß sich zunehmend private Initiative entwickelte und Importdefizite bzw. Verteilungsmängel reduziert wurden. Unbeschadet des Devisenrückgangs vollzog sich auch die Arbeit am sog. Großen Künstlichen-Flußprojekt[6], dessen Ausführung höchste Priorität genoß, so daß im Sommer 1989 die erste Baustufe termingerecht abgeschlossen werden konnte und Qaddafi am 26. August im Rahmen der Revolutionsfeierlichkeiten in einer landesweit im Fernsehen übertragenen Zeremonie den Grundstein für die zweite Stufe legen konnte. Neben der als strategisch erachteten Inwertsetzung der Landwirtschaft ging auf der anderen Seite der ebenfalls als wichtig eingestufte Diversifizierungsprozeß im petrochemischen Bereich und hinsichtlich der Auslandsinvestionen (Gründung einer Foreign Petroleum Investment Corporation im April 1988) weiter. In diesem Sektor hat sich trotz US-amerikanischen Drucks die Kooperation vor allem mit Westeuropa intensiviert. Immerhin rückte Libyen im März 1989 auf Platz eins der Erdöllieferanten der Bundesrepublik Deutschland vor.



Nicht zuletzt der Rückgang der Erdöleinnahmen erzwang eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur

Der seit 1987 eingeleiteten wirtschaftlichen Kurskorrektur kam umso größere Bedeutung zu, als die Niederlagen der libyschen Streitkräfte im Nordtschad seit Ende 1986 bis zum Waffenstillstand im September 1987 wegen der Unpopularität des Tschadengagements bei der libyschen Bevölkerung die Toleranzschwelle erreichten und systemgefährdende Dimensionen angenommen hatte. In dieser Situation beschloß die libysche Revolutionsführung weitreichende, ins Politische reichende Maßnahmen, um sowohl die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen, als auch die interne Opposition abzubauen.

Außenpolitische Kurskorrektur

Außenpolitisch wurde dies vor allem durch die Aussöhnung mit Tunesien erreicht, Grundbedingung für jede weitere politische Entwicklung des Maghrebraumes insgesamt. Mit dem tunesischen Staatspräsidenten Ben Ali, dem seit November 1987 amtierenden Nachfolger von Habib Bourguiba, wurde als Folge ähnlicher Interessen nicht nur eine gemeinsame Ausbeutung des umstrittenen Bouri-Erdölfeldes vereinbart, sondern auch die libysche Grenze zu Tunesien geöffnet und die Visapflicht abgeschafft, so daß allein zwischen Januar und Dezember 1988 nach tunesischen Quellen 1,243 Millionen Libyer (also fast ein Drittel der libyschen Bevölkerung) zu Touristen- und Einkaufsfahrten nach Tunesien kamen. Diese privaten Kooperationsansätze haben auf staatlicher Ebene mit dem Besuch Qaddafis in Tunesien, bzw. Ben Alis in Libyen und der Unterzeichnung zahlreicher Abkommen einschließlich der neuerlichen Entsendung tunesischer Arbeitskräfte nach Libyen ihre Entsprechung gefunden, so daß zur Zeit die besten bilateralen Beziehungen seit 1969 bestehen.

Auch mit Algerien intensivierte sich die politische und ökonomische Kooperation in bislang nicht gekanntem Ausmaß. Die im Juni 1988 getroffene Übereinkunft über eine Union beider Staaten ist dafür ein Indikator, wenngleich durch die Oktoberunruhen 1988 in Algerien das Procedere des ursprünglich für November 1988 vorgesehenen Abstimmungsprozesses außer Kraft gesetzt wurde und der dynamische Integrationsprozeß der Maghrebstaaten seit dem ersten Maghrebgipfel im Juni 1988, der bekanntlich am 17. Februar 1989 zur Proklamation der Maghrebunion führte, hier neue Akzente setzte. Libyen hat 1987/1988 aber nicht nur seine Maghrebpolitik neu ausgerichtet, sondern auch seine Politik gegenüber der Republik Tschad radikal (und in dieser Form von niemandem vorausgesehen und erwartet) modifiziert. Nachdem Qaddafi bereit am 25. Mai 1988 in seinem „Geschenk an Afrika" aus Anlaß des 25. Jahrestages der Gründung der OAU eine umfassende Friedensinitiative ankündigte und in diesem Zusammenhang die Regierung Habré anerkannte, wurden im Oktober 1988 die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Die Lösung des Hauptkonflikts zwischen beiden Staaten, die libysche Besetzung des sog. Aouzou-Streifen an der nördlichen Grenze des Tschad, blieb indes offen, war aber Gegenstand intensiver Gespräche (in Libreville, Algier, Bamako) und Vermittlungsbemühungen. Wenngleich auf dem überraschenden Gipfel von Bamako am 20. Juli 1989, bei dem Qaddafi und Habré insbesondere durch malische und algerische Vermittlung zum ersten Male persönlich zusammentrafen, kein Durchbruch erzielt wurde, so wurde jedoch rechtzeitig zum 20. Jahrestag der Septemberrevolution in Algier ein Vertrag zwischen Tschad und Libyen geschlossen, der die Regelung mit friedlichen Mitteln (u.a. der Gang zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag) festschreibt. Dieser konziliante Schritt Libyens hat die bereits seit 1987 schwindende Isolierung Qaddafis in Afrika (sichtbar an den Staatsbesuchen der Präsidenten z.B. von Niger, Mali, Senegal, Uganda, Burkina Faso, Somalia in Tripolis 1988/1989) weiter abgebaut. Die Anwesenheit zahlreicher afrikanischer Präsidenten und Regierungschefs am 1. September 1989 im Gegensatz zur Revolutionsfeier 1986 verdeutlicht das Ausmaß an Zufriedenheit, mit dem in Schwarzafrika die neue libysche Außenpolitik gesehen wird.

Zu dieser Entwicklung kommt die Aussöhnung mit Ägypten hinzu. Nach ersten Mäßigungen beider Seiten in den Medien und einem libyschen Truppenrückzug von der Grenze 1988 kam es nach der jahrelangen Konfrontationspolitik, die im Juli 1977 sogar in einem Grenzkrieg eskalierte, durch Vermittlung des marokkanischen Königs Hassan II. und des algerischen Präsidenten Bendjedid anläßlich der arabischen Gipfelkonferenz in Casablanca Ende Mai 1989 zu einer Aussprache zwischen Qaddafi und dem ägyptischen Präsidenten Mubarak. Konkrete Folgen dieses Treffens, ohne daß Ägypten seine Israelpolitik geändert hätte, was Qaddafi bislang stets als Voraussetzung für eine Annäherung forderte, war die Öffnung der Grenze und die Wiederaufnahme des Flugverkehrs. Allein durch diesen Schritt haben sich Entwicklungen wie nach der Öffnung der tunesisch-libyschen Grenze angebahnt. Nach ersten Schätzungen sollen bereits 200.000 Libyer besonders aus der Cyrenaika nach Alexandria und Kairo Touristen- und Einkaufsreisen unternommen haben. Über die Rückkehr ägyptischer Arbeitskräfte wird verhandelt. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ist so nur eine Frage der Zeit (Renovierung der Botschaftsgebäude). Nach dem hochrangigen ägyptischen Besuch anläßlich der Revolutionsfeiern in Tripolis (Vizepremier und Landwirtschaftsminister Yussuf Wali) kündigten Zeitungen noch für Oktober einen Besuch Qaddafis in Kairo an.

Das libysche Rätesystem

Libyen hat eine rätedemokratische Struktur, die Souveränität liegt bei den **Basisvolkskongressen**. Das Land ist in Bezirke eingeteilt, jeweils einige tausend Menschen (in der Regel etwa 3.000) bilden einen Basisvolkskongreß.

Die Basisvolkskongreße tagen turnusmäßig alle drei Monate. Sie sind sowohl zuständig für die praktischen und politischen Belange ihres Bezirks wie für die des ganzen Landes; Fragen der Außenpolitik werden hier ebenso diskutiert wie solche der Schulpolitik oder der Straßenreinigung. Jeder Basisvolkskongreß wählt zum einen ein **Volkskomitee**, das für die Durchführung der praktischen Arbeit im Bezirk zuständig ist, und zum anderen ein Komitee, dem die politische Kontrolle des ersteren obliegt. Ein Mitglied jedes Volkskomitees wird zum Sekretär bestimmt. Alle gewählten Vertreter sind mit imperativem Mandat ausgestattet, auf Zeit gewählt (3 Jahre) und können bei Fehlverhalten jederzeit abberufen werden.

Aufgaben, die über die Zuständigkeit eines einzelnen Basisvolkskongresses hinausgehen, aber nicht der Regelung auf nationaler Ebene bedürfen, sind dem **Regionalvolkskongreß** übertragen. Er setzt sich aus den Vertretern der beiden Volkskomitees der Basisvolkskongresse der Region zusammen und wählt seinerseits wieder Volkskomitees. Dies ist die einzige Ebene mit repräsentativer Struktur, sie hat aber auch im wesentlichen verwaltungstechnische Aufgaben.

Zusätzlich zu den Basisvolkskongressen gibt es **Volkskongresse der Berufsverbände und Gewerkschaften**, deren Arbeitsweise der der Basisvolkskongresse entspricht. Eine Hausfrau gehört also nur einem Volkskongreß an, ein Chemiefacharbeiter zweien.

Auf nationaler Ebene tritt jährlich der **Generalvolkskongreß** zusammen. Er besteht aus ca. 3.000 Mitgliedern, die unmittelbar von den Basisvolkskongressen entsandt und mit imperativem Mandat beauftragt sind. Auch die Volkskongresse der Berufsverbände, der Gewerkschaften, der Studenten entsenden Vertreter in den Generalvolkskongreß, jedoch nur jeweils einen oder zwei für die ganze Sparte, die somit gegenüber den Vertretern aus den Basisvolkskongressen zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen.

Der Generalvolkskongreß diskutiert und entscheidet Fragen von nationalem Belang. Er wählt ein Generalvolkskomitee und ein Generalsekretariat; die verschiedenen 'Ministerien' sind praktisch Ausschüsse des Generalvolkskomitees. Jedwede politische Funktion leitet sich somit unmittelbar von der Souveränität der Basisvolkskongresse her.

Auszug aus:
Libyen. 16 Jahre nach der Revolution. Eine Broschüre des Libyen-Solidaritätskomitees Bochum. Februar 1986

Nach Aussagen Qaddafis stellen die Basisvolkskongresse die höchsten Entscheidungsinstanzen in Libyen dar. Wie weit ihre Macht tatsächlich reicht, ist schwer zu beantworten. Tatsache ist, daß die Macht des Volkes durch die Macht der Kernelite in Libyen ergänzt/begrenzt wird. Seit 1979 existiert offiziell neben dem Bereich der Volksmacht ein sog. **Revolutionssektor**, dessen wichtigste Institution das oberste Revolutionskomitee (ORK) ist. Ihm gehören außer Qaddafi vier weitere Männer an, die zugleich die Spitzen des Militärs sind. Auf einer Ebene darunter befinden sich die sog. Revolutionskomitees, die von Qaddafi seit 1977 mit dem Ziel, die Revolution voranzubringen ins Leben gerufen wurden. Ihre wichtigste Aufgabe besteht darin, passive Libyer zur Mitarbeit in den Basisvolkskongressen zu motivieren und die Volkskomitees bei der Ausübung ihrer Aufgaben anzuleiten. Die Macht der Revolutionskomtees wurde, wie der Artikel von Mattes zeigt, im Zuge der innenpolitischen Liberalisierung seit 1988 beschnitten.

Quellen: Libyen. 16 Jahre nach der Revolution (s.o.) und: Libyen. Die verkannte Revolution?, hrsg. von Ch. Operschall und Ch. Teuber, Wien 1987

Innenpolitische Liberalisierung

Die für die libysche Bevölkerung weitreichendsten positiven Effekte hatte die innenpolitische Liberalisierung, die sich mit einer Sondersitzung des höchsten libyschen Legislativorgans, der Allgemeinen Volkskonferenz, im November 1987 und der Verabschiedung eines neuen, moderaten Wehrpflichtgesetzes im Dezember 1987 ankündigte, und sich im Anschluß an mehrere Reden Qaddafis im Frühjahr 1988 akzentuierte. Zunächst griff Qaddafi in seiner Rede anläßlich der 14. ordentlichen Tagung der Allgemeinen Volkskonferenz am 2. März 1988 die Unzufriedenheit der Bevölkerung und der Revolutionsführung mit den **Revolutionskomitees** auf, die 1977 von ihr selbst zur Durchsetzung der „Volksherrschaft" (ausgeübt durch lokale Volkskonferenzen und davon abhängige Volkskomitees mit Exekutivfunktionen) geschaffen worden waren, sich aber zunehmend zu autoritären Herrschaftsorganen entwickelt hatten. Der konkreteste und von der Bevölkerung am aufmerksamsten registrierte Schritt erfolgte am 9. März 1988, als Qaddafi die Revolutionskomitees, jetzt öffentlich wegen ihrer Exzesse, der Hinrichtung von Oppositionellen (im In- und Ausland) und Machtmißbrauchs kritisierte, die Revolutionsgerichte auflöste und die Komitees einem neuen Ministerium (Sekretariat für Massenmobilisierung und revolutionäre Führung), d.h. strafferer Kontrolle unterstellte, ohne sie — wie teilweise gefordert — gänzlich aufzulösen.



Aus der libyschen Zeitschrift „Azahaf Al-Akhdar", 1988

Im März 1988 gab es jedoch noch weitere aufsehenerregende Maßnahmen, denn bereits am 3. März hatte Qaddafi in einer symbolischen Aktion das Zentralgefängnis von Tripolis demoliert, um die dort inhaftierten politischen Gefangenen freizulassen. Insgesamt wurden — auch von Amnesty International bestätigt — innerhalb von zwei Wochen in ganz Libyen über 400 libysche Oppositionelle und 130 Ausländer aus der Haft entlassen. Darüberhinaus stellte Qaddafi die Todesstrafe zur Diskussion und plädierte dafür, wenn sie schon von den Volkskonferenzen nicht gänzlich abgeschafft werde, sie wenigsten nur sehr restriktiv anzuwenden (z.B. im Fall von Hochverrat). Diese Entwicklung wurde von Amnesty International in ihrem Jahresbericht 1989 positiv registriert.

Ein anderer, von der libyschen Bevölkerung begrüßter Schritt bestand darin, daß Qaddafi am 12. März persönlich im sog. „Immigration Office" erschien, um dort — demonstrativ am offenen Fenster im ersten Stock stehend — die Zerstörung jener Listen vorzunehmen, auf denen die Namen der (in die Tausende gehenden) Libyer verzeichnet waren, denen von einem der vier Sicherheitsbehörden (Geheimdienst, Revolutionskomitees, Militärpolizei, militärischer Geheimdienst) die Ausreise untersagt worden war. Seit diesem Zeitpunkt sind nachweislich keine Ausreisepapiere und Genehmigungen mehr erforderlich, was auch angesichts der völlig offenen Grenze zu Tunesien sinnlos wäre. Zugleich zeigt die Rückkehr von vielen Exillibyern nach Libyen (wenngleich häufig auch nur zu Besuchen), daß tatsächlich die freie Ein- und Ausreise garantiert ist.

Diese hier nur in Umrissen skizzierten Maßnahmen sollten nach dem Willen des libyschen Revolutionsführers quasi verfassungsmäßig verankert werden, um Rückfälle in Zukunft zu vermeiden und den dauerhaften Charakter der neuen Politik zu untermauern. Ergebnis der Diskussionen in den lokalen Basisvolkskonferenzen über Form und Inhalt eines entsprechenden verfassungsmäßigen Textes war die Ausarbeitung einer Menschenrechtsdeklaration, die am 12. Juni 1988 auf einer neuerlichen Sondersitzung der Allgemeinen Volkskonferenz in Anwesenheit u.a. von Qaddafi und anderen Mitgliedern der Revolutionsführung sowie zahlreichen Auslandsvertretern (darunter Amnesty International) feierlich verabschiedet wurde. Insgesamt enthält dieses auch als „Grüne Charta der Menschenrechte" bezeichnete Dokument zum ersten Mal seit Beginn der Septemberrevolution 1969 eine Kodifizierung der dem einzelnen Bürger zustehenden Rechte, auf die er sich formal berufen kann. Sie hat somit im Kontext der bisherigen libyschen Rechtspraxis die Rechtssicherheit erhöht.

Die Einsetzung eines neuen Volksgerichtshofes, bei dem gegen Verletzungen der Menschenrechte geklagt werden kann, vervollständigte diese Entwicklung, ebenso wie die im März 1989 (14. ordentliche Tagung der Allgemeinen Volkskonferenz) vorgenommene Neuerrichtung eines Justizministeriums. Im neuen Allgemeinen Volkskomitee setzte sich, dies ein weiterer

Aspekt, die von Qaddafi seit Jahren geforderte Emanzipation der libyschen Frauen fort, als erstmals ein Ministeramt, nämlich das Erziehungsministerium, mit einer Frau besetzt wurde. Ein Gesetz vom April 1989 läßt schließlich auch Frauen zum Richter- und Staatsanwaltschaftsamt zu.

Trotz aller pragmatischer Flexibilität, die die libysche Revolutionsführung gezeigt hat, blieben die Kernelemente der Jamahiriya-Ideologie, insbesondere die Struktur des Staatsaufbaus (d.h. primär die Ablehnung eines Parteisystems) und damit die Form des seit 1976 bestehenden Entscheidungs- und Kommunikationsflusses unberührt, selbst wenn verschiedene Maßnahmen oder entsprechende Fehlinterpretationen in der westlichen Presse Gegenteiliges vermuten lassen. Dies gilt einmal für die 1988 vollzogene Verlegung von Sekretariaten (Ministerien) von Tripolis in andere Zentren Libyens, die Aufmerksamkeit fand, aber formal außer Störungen der Arbeitseffizienz bedeutungslos ist. Immerhin ist sie Ausdruck des Bestrebens von Qaddafi, durch diese Dezentralisierung eine regionale Ungleichheit, d.h. die Begünstigung des Großraumes Tripolis, und damit die Privilegien von dessen Bevölkerung abzubauen.

Zum anderen gilt dies auch für den im übrigen seit 1976 immer wieder zu beobachtenden Versuch, die traditionelle Armee (und Polizei) im Rahmen der Verwirklichung eines Konzeptes des „bewaffneten Volkes" zu popularisieren. Dieses Konzept trat 1988 in eine neue Phase der institutionellen Umorganisation, als Qaddafi in seiner Rede vom 1. September 1988 die landesweite Bildung von Volkskomitees für Verteidigung ankündigte, die in Zukunft die militärischen Entscheidungen übernähmen. Nach verschiedenen Verlautbarungen Ende 1988 und Anfang 1989, daß diese Umgestaltung gute Fortschritte mache, hat Qaddafi als höchster Kommandierender der libyschen Streitkräfte mit Dekret vom 31. August 1989 den gesetzlichen Schritt dieser Transformation vollzogen. Demgemäß wird der bisherige Generalstab entsprechend den in anderen Bereichen üblichen Strukturen zum Allgemeinen Volkskomitee für Verteidigung umgewandelt. Der bisherige Kommandeur der libyschen Streitkräfte, Oberst Yunis Jabir, wurde Sekretär dieses Volkskomitees. Auch dies ist letztendlich nur ein formaler Schritt ohne politische Bedeutung und schon gar nicht eine Entmachtung der Offiziere der bisherigen Armee, denn sie sind es, die die „Freiwilligen der libyschen Volksmassen" — wie bislang — auszubilden haben.

Versucht man aus Anlaß des 20. Jahrestages der libyschen Revolution eine summarische Bewertung der gegenwärtigen libyschen Position, so könnte man diese als eine Mischung aus Pragmatismus und ideologischer Kontinuität bezeichnen, in der es an Widersprüchen nicht mangelt. Jüngstes Beispiel dafür ist die am 7. September 1989 auf der Londoner Tagung nach mehrmaligen Anläufen realisierte Aufnahme in die Interparlamentarische Union, obwohl das Grüne Buch Qaddafis eindeutig den Parlamentarismus als „tadjil" (Schwindel) kennzeichnet. Allerdings war es stets der Pragmatismus und Realismus, der Libyen Anerkennung und Einfluß gebracht hat, weniger die militante Verfolgung ideologischer Vorgaben. In diesem Sinne beginnt die libysche Revolution ihre dritte Dekade unter den denkbar günstigsten Voraussetzungen: gute Nachbarschaft mit allen regionalen Nachbarn und relative Prosperität im Innern, bei zugleich weitestgehend nivellierten Einkommensunterschieden.

Hanspeter Mattes

Anmerkungen:

1) Die Dritte Universaltheorie (DUT) wurde von Qaddafi als Alternative zu den beiden großen Gesellschaftsentwürfen Kommunismus und Kapitalismus/Liberalismus formuliert. Ihre wesentlichen Aussagen sind in das Grüne Buch eingeflossen.
2) Das Grüne Buch besteht aus drei thematisch eigenständigen Bänden. Die Themen lauten: „Lösung des Problems der Demokratie durch direkte Volksherrschaft" (Bd. I, 1976); „Lösung des ökonomischen Problems durch Sozialismus" (Bd. II, 1977); „Die soziale Basis der DUT" (Bd. III, 1979).
Das Grüne Buch soll das Volks bei seiner Machtausübung anleiten und als Grundlage einer „Einheitsideologie" dienen. Kritik wurde vor allem an dem hohen Anspruch Qaddafis laut: In seinem Grünen Buch will er die endgültigen Lösungen für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme formuliert haben.
3) Der Terminus „Jamahiriya" stellt im Arabischen einen Neologismus dar. Er wird abgeleitet von dem Wort für „Massen" (jamahir) und stellt damit eine bewußte Abgrenzung gegenüber dem Begriff für „Republik" (jumhuriya) dar. Der Begriff umfaßt ebenso das Bild einer idealisierten Gesellschaft wie die Einleitung einer neuen Epoche des Massenzeitalters, den Staat durch und für das Volk.
4) siehe Kasten
5) siehe Kasten
6) Bei dem Projekt des „Großen Künstlichen Flusses" handelt es sich um ein Vorhaben zur Erschließung neuer Agrarflächen. Durch unterirdische Pipelines soll Grundwasser aus der Sahara in ein riesiges Auffangbecken nach Abschdabija in Nordlibyen geleitet werden. Von dort aus soll die Künstenregion zwischen Sirt und Bengasi mit täglich 200.000 m³ Wasser versorgt und in eine fruchtbare Agrarregion verwandelt werden.

Literaturhinweise

1. Mattes, Hanspeter: Libyen, in: Koszinowski, T.; Mattes, H. (Hrsg.): Jahrbuch Nahost 1987, Opladen 1988, s. 112-116; bzw. Jahrbuch Nahost 1988, Opladen 1989, S. 107-112
2. Mattes, Hanspeter: Die miltärische Konfrontation zwischen Libyen und den USA 1986, Hamburg 1987, 322 Seiten
3. Mattes, Hanspeter: Von der Prätorianergarde König Idris' zum Konzept des bewaffneten Volkes Mu'ammar al-Qadhdhafis: ein Beitrag zur militärischen Entwicklung Libyens, in: Orient, Opladen, Nr. 4/1985, S. 523-548
4. Mattes, Hanspeter: Die gesellschaftliche Transformation Libyens 1951-1984, in: Orient, Opladen, Nr. 1/1985, S. 27-47
5. Operschall, C.; Teubner, C. (Hrsg.): Libyen. Die verkannte Revolution?, Wien 1987, 206 Seiten



Namibia wählt. Was dann?

Namibia ist in die Schlagzeilen geraten. Ob es sich nun um die erstmalige Entsendung von Bundesgrenzschutzeinheiten in ein Land der „Dritten Welt“ handelte oder um den Mord an dem weißen SWAPO-Funktionär Anton Lubowski oder um die Menschenrechtsverletzungen der SWAPO in deren Flüchtlingslagern in Angola — stets stand die ehemalige deutsche Kolonie im Blickpunkt.

Das Wichtigste allerdings wurde dabei eher am Rande beleuchtet: nämlich der schwierige Sprung einer (noch) nicht zur Nation gewordenen Gesellschaft von der über ein Jahrhundert alten Fremdherrschaft in die Unabhängigkeit, bei dem überdies ausgerechnet die Kolonialmacht Südafrika, ihren eigenen Abgang bereitend, die entscheidende Hilfestellung leisten soll. Die Rolle der Vereinten Nationen ist auf mehr oder weniger passive „Beaufsichtigung“ beschränkt, selbst gestalten darf sie den Unabhängigkeitsprozeß keineswegs. Auf fünf Besonderheiten dieses Sprungs soll nachstehend hingewiesen werden:

Erstens der unbedingte Wille der Großmächte UdSSR und USA, den Regionalkonflikt im Südwesten Afrikas zu entschärfen. Ohne den Druck der USA auf Südafrika und ohne die Bereitschaft der UdSSR, in der umstrittenen Frage des Abzugs kubanischer Truppen aus Angola im Zeichen der Perestroika auf eine politische Lösung hinzuwirken, wäre die jetzige Verwirklichung der UN-Resolution 435 nicht denkbar gewesen.

Zweitens die herausragende Rolle der Kolonialmacht: Von deren Verhalten hängen — mehr noch als im Fall Zimbabwes, wo ähnliche Probleme angelegt waren — auf Gedeih und Verderb Erfolg oder Mißerfolg des Unabhängigkeitsprozesses ab. Südafrika hat nach wie vor alle Fäden in der Hand. Der südafrikanische Generaladministrator übt seine nicht legitimierte Herrschaft nahezu ungeschmälert aus: Er erläßt Gesetze oder hebt sie auf, er ist oberster Registrierungs- und Wahlbeamter, er entscheidet über den Einsatz von „Koevoet“ und Militär.

Drittens die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der sich der Wandel vollzieht. Noch vor Jahresfrist mochte niemand vorhersagen, was jetzt geschieht — er/sie wäre als träumerische/r Optimist/in belächelt worden. Bei einem internationalen Hearing, das DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG im September 1988 veranstalteten, überwog die Skepsis bezüglich Südafrikas Willen und Fähigkeit, Namibias Unabhängigkeit zuzulassen. Heute ist die Veränderung greifbar. Namibia ist, jedenfalls an der Oberfläche, ein anderes Land geworden. Das beginnt beim Straßenbild — in Windhoek ebenso wie im entlegenen „Homeland“ —, das gekennzeichnet ist durch Blaumützen und UN-Fahrzeuge, durch offen präsentiertes Selbstbewußtsein der SWAPO-AnhängerInnen und durch eine spürbare Atmosphäre der Hoffnung auf das, was kommt bzw. kommen möge; der Spiegel machte eine „Goldgräberstimmung“ aus. Und das endet, wenn man in der Zeitung ein Foto sieht, auf dem der personifizierte Unterdrücker, Generaladministrator Louis Pienaar, und das Symbol der Befreiung, SWAPO-Präsident Sam Nujoma, anläßlich eines „Höflichkeitsbesuchs“ einträchtig beisammensitzen.

Viertens die — ebenfalls im Zeitraffer-Tempo zu absolvierende — Entwicklung der SWAPO von der Befreiungsbewegung zur politischen Partei. Als Befreiungsbewegung war und ist die SWAPO in Namibia unumstritten: Jede/r Namibianer/in weiß, wem er/sie die jetzigen Veränderungen letztlich zu verdanken hat; und niemand kann der SWAPO diese Leistung ernstlich streitig machen. Zur politischen Partei muß die SWAPO jedoch erst werden. Mit diesem Ziel nationaler Befreiung einte sie VertreterInnen der verschiedensten politischen, ökonomischen und sozialen Interessen. Als politische Partei aber benötigt sie ein klares politisches Programm, das konkrete Zukunftsvorstellungen enthält. Umgekehrt steht eine Befreiungsbewegung, ob man will oder nicht, unter „Kriegsrecht“. Sie hat es nicht (nur) mit politischen GegnerInnen zu tun, sondern mit einem Feind, der auf Vernichtung zielt; daraus folgt, daß sie in den eigenen Reihen nicht immer konsequent demokratische Strukturen verwirklichen kann und notgedrungen auf eine weitgehende Stromlinienförmigkeit ihrer RepräsentantInnen achtet. In einer politischen Partei hingegen, die sich bei freien Wahlen um das Votum der Bevölkerung bewirbt, kann es „DissidentInnen“ und Verfolgung innerparteilicher Kritik nicht geben. Es handelt sich nicht (mehr) um eine verschworene Gemeinschaft zur Vertreibung der Kolonialmacht, sondern um ein Zweckbündnis zur Verfolgung politischer Inhalte, die in Konkurrenz zu anderen stehen. Diesen Weg von der unangefochtenen Befreiungsbewegung zur anfechtbaren politischen Partei ist die SWAPO noch nicht in voller Konsequenz gegangen.

Fünftens ein zunehmendes Klima der Gewalt. Die Ermordung von Anton Lubowski ist nur ein besonders hervorstechender Fall unter vielen. Südafrika hat dieses Klima nicht allein zugelassen (etwa



Die namibische Studentenorganisation feiert die Rückkehr von Sam Nujoma.
WCC Photo: Don Edkins

durch halbherzige und viel zu späte Demobilisierung ehemaliger „Koevoet"-Soldaten), sondern aktiv bereitet. Es ist ein offenes Geheimnis in Namibia, daß umfangreiche Waffenarsenale darauf warten, am Tag X, dem Tag der Übernahme einer Regierung durch die SWAPO, hervorgeholt zu werden. Schwarze und weiße ehemalige Soldaten, die nichts anderes gelernt haben als zu morden und die Bevölkerung zu terrorisieren, erhalten nach wie vor ihren Sold. Bei der sogenannten Demobilisierung der „Koevoet", die nach energischen internationalen Protesten endlich Anfang Oktober angeordnet worden war, fehlten Hunderte, die mit ihren Waffen untergetaucht waren. Als Teil der regulären Polizei bleiben ehemalige „Koevoet"-Angehörige nach wie vor im Einsatz. Im Kaokaveld, einem entlegenen Gebiet im Nordosten Namibias, konnten noch Anfang Oktober Casspirs mit schweren Maschinengeschützen beobachtet werden. Der bislang friedliche Wahlkampf gewinnt an Brutalität. Vor allem die Demokratische Turnhallen-Allianz (DTA), zu der die berüchtigten Schläger-Truppen der NUDO gehören, greift immer mehr zu gewaltsamen Mitteln. Auf das SWAPO-Hauptquartier in Windhoek wurde bereits mehrfach aus vorbeifahrenden Autos geschossen. „Es gibt zu viele Gewehre in diesem kleinen Land", sagt Hage Geingob, der Wahlkampfleiter der SWAPO.

Die Registrierung ist abgeschlossen

Wie wird sich angesichts dieser Umstände der weitere Sprung der ehemaligen Kolonie in die Unabhängigkeit vollziehen? Der Registrierungsprozeß ging mit relativer Gelassenheit zu Ende. Knapp 700.000 WählerInnen ließen sich im ganzen Land für die Wahl registrieren — mehr als erwartet worden waren. Selbst zwei ausgesprochen bedenkliche Entwicklungen führten nicht zu einer generellen Anfechtung: Zum einen wurde die erwartete Registrierungszahl in „Ovamboland", dem mit Abstand bevölkerungsreichsten und als Bastion der SWAPO bekannten Teil Namibias, im Gegensatz zu fast allen anderen Regionen um 13 Prozent unterschritten — möglicherweise ein Zeichen dafür, daß hier nicht alle registrierungswilligen EinwohnerInnen erreicht wurden. Zum anderen gab es Mißbrauch: Weiße SüdafrikanerInnen, die formal eine der Registrierungsbedingungen erfüllten (z.B. Geburt eines Elternteils in Namibia), wurden mit vor allem von der DTA organisierten und finanzierten Busreisen nach Namibia gekarrt, um sich dort registrieren zu lassen. Allerdings machten hiervon lediglich knapp 10.000 WählerInnen Gebrauch — zu wenig, um das Wahlergebnis substantiell verfälschen zu können. Zudem ist daran zu zweifeln, daß alle den weiten Weg aus Südafrika zur Wahl erneut antreten: Dies müßten sie aber, denn Briefwahl ist nicht möglich.

Mittlerweile hat sich die namibische Parteienlandschaft, die zeitweise bis zu 50 Splittergrüppchen umfaßte, gelichtet: Insgesamt zehn Parteien werden vom 7. bis zum 11. November zur Wahl stehen. Ihre politischen Profile sind nicht immer deutlich voneinander abzugrenzen. Neben der SWAPO, der man zutraut, daß sie zwei Drittel der Stimmen erhält, und der DTA, die als zweitstärkste Kraft mit einem Stimmenanteil bis zu 20 Prozent eingeschätzt wird, bewerben sich als „Mittelkräfte":
— die Namibia National Front (NNF), in der die „progressive" SWANU die führende Rolle spielt;
— die National Patriotic Front of Namibia (NPF) mit der SWANU-Abspaltung, die sich an der Interimregierung beteiligt hatte;
— die United Democratic Front (UDF), die u.a. den Damara-Rat von Justus Garoeb und die Independence Party von Ottilie Abrahams umfaßt; sowie
— die „SWAPO-D" des Andreas Shipanga.

Als Rechtsableger der DTA kandidiert die Nationale Christliche Aktion (ACN), hinter der sich die alte Nationale Partei (NP) verbirgt.

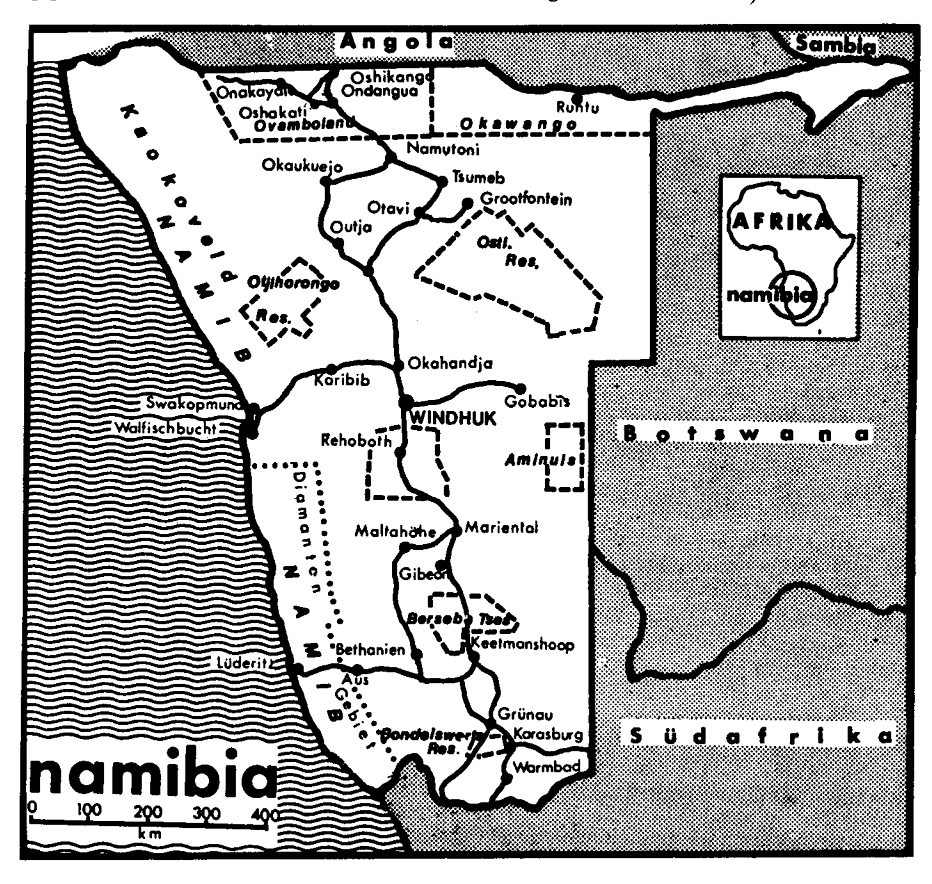
Wie wird Südafrika auf das Wahlergebnis reagieren?

Die eigentliche Nagelprobe steht Namibia freilich erst bevor. Wie werden Südafrika, die unterlegenen Parteien, die Minderheit der weißen NamibianerInnen und schließlich das (teils „demobilisierte", teils in Basen zusammengezogene) Militär und die Terrorgruppen am rechten Rand auf das Wahlergebnis, das am 14. November vorliegen soll, reagieren?

Im offiziellen Südafrika herrscht über diese Frage tiefe Ratlosigkeit. Einerseits waren die militärischen, ökonomischen und politischen Kosten einer Fortsetzung der illegalen Besetzung Namibias entschieden zu hoch geworden. Andererseits ist aber die Entstehung eines wirklich unabhängigen Nachbarstaates, der Südafrika unfreundlich gesinnt ist, keineswegs gewünscht — sie wird sogar explizit gefürchtet, weil sie der Anti-Apartheid-Bewegung im eigenen Land erheblichen Auftrieb geben und gewiß als Beleg für die „Domino-Theorie" dienen würde, derzufolge nach Angola, Mosambik, Zimbabwe und jetzt Namibia unweigerlich Südafrika selbst „fallen" wird. Der Ausweg aus diesem Dilemma bis zu den Wahlen: uneingeschränkte Unterstützung der DTA und ACN, wobei besonders der eigentlich zur Unparteilichkeit verpflichtete Generaladministrator eine üble Rolle spielt. Nach verlorenen

Wahlen ist dieser Ausweg jedoch versperrt. Dann wird sich das südafrikanische Regime entscheiden müssen, welchen Weg es geht: den der offenen Konfrontation (wie im Fall Angolas), den einer nicht kriegerischen Koexistenz (mit der unvermeidbaren Folge einer Stärkung der eigenen Oppositionsbewegung) oder aber den schändlichen „Mittelweg“ einer offiziell friedlichen, faktisch aber aggressiven Politik (wie im Fall Mosambiks). Letzteres ist am ehesten zu befürchten — Terrorgruppen und bewaffnete Söldner, die blutige Auseinandersetzungen provozieren wollen und können, stehen in großer Zahl bereit.

Gleichwohl besteht noch die begründete Hoffnung, daß der Sprung in die Unabhängigkeit nicht ins Leere führt, sondern hin zu einem ökonomisch unabhängigen, demokratischen und sozial gerechten Namibia. Auch in der weißen Bevölkerung scheint sich zunehmend eine Haltung durchzusetzen — wozu der von der SWAPO vielfach erklärte Versöhnungswille wesentlich beigetragen hat —, die eine SWAPO-geführte Regierung zumindest als „geringeres Übel“ gegenüber der fortgesetzten Abhängigkeit von Südafrika begreift.



Fragen an die Solidaritätsbewegung

Wie wird die bundesdeutsche und internationale Solidaritätsbewegung mit dem Wahlergebnis umgehen? Sie sollte nicht den Fehler begehen, nach erreichter Unabhängigkeit Namibias „abzutauchen“ (wie im Fall Angolas) bzw. zunächst einzuschlummern und zu spät aufzuwachen (wie im Fall Mosambiks). Mindestens drei wichtige Aufgaben gibt es in der nächsten Zukunft zu erledigen:

1. Das demokratische Namibia muß bei seiner Verteidigung gegen den Terror von rechts gestärkt werden. So könnte der Mord an Anton Lubowski zum Anlaß genommen werden, eine internationale Untersuchungskommission aus namhaften JuristInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen mit dem Auftrag zu bilden, die politischen Hintergründe des Attentats aufzuklären und die wahren Verantwortlichen zu benennen. Dabei ginge es nicht um Freizeitkriminalistik, sondern um eine Ausleuchtung des rechtsextremen Terrorspektrums in Namibia (und damit zwangsläufig auch in Südafrika). Ein solches Projekt müßte den Unabhängigkeitsprozeß in seinem ersten Stadium begleiten und könnte ihn wesentlich unterstützen.

2. Gerade weil die Solidaritätsbewegung jahrzehntelang die südafrikanischen Greueltaten öffentlich angeklagt und die SWAPO in ihrem Befreiungskampf konsequent unterstützt hat, gehört sie zu den ganz wenigen Kräften, die sich glaubwürdig mit den Menschenrechtsverletzungen der SWAPO auseinandersetzen kann, ohne in den Verdacht rechter Funktionalisierung zu geraten. Darum hat sie hier eine enorme Verantwortung, die ihr niemand — keine Kirche und keine Partei — abnehmen kann. Daß von der SWAPO, wenn auch in einer Kriegssituation, schwere Menschenrechtsverletzungen begangen wurden, hat uns aus manchen Träumen gerissen. Daraus kann leicht ein Alptraum werden, wenn die SWAPO-Führung nicht den Willen und die Kraft hat, diese schlimme Vergangenheit würdig und kompromißlos aufzuarbeiten. Die Solidaritätsbewegung, die gegen Folter und Mord in aller Welt eintritt, muß öffentlich dafür kämpfen, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die Opfer rehabilitiert werden. Das Schlimmste wäre, wenn den Foltern von gestern eine wichtige Rolle beim Aufbau des neuen Namibia zugewiesen würde.

Die SWAPO hat weniger wegen der Vorwürfe selbst als wegen der Art und Weise, wie sie bislang mit ihnen umgegangen ist (vom gereizten Leugnen über die Behauptung, alles sei südafrikanische Propaganda, bis zum Totschweigen), viel an Kredit eingebüßt. Auf ihren solidarischen offenen Brief an die SWAPO von Mitte August haben DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG bis heute keine Antwort erhalten. Sollte sich jetzt auch noch herausstellen, daß — entgegen den ehrenwörtlichen Versicherungen höchstrangiger SWAPO-VertreterInnen (auch gegenüber dem Autor) — immer noch politische Gefangene festgehalten werden, wäre dies eine schwere Belastungsprobe für die politische Glaubwürdigkeit der SWAPO. Nur durch die SWAPO selbst kann verhindert werden, daß die gerechte politische Sache, für die sie steht, Schaden erleidet.

3. Geld wird jetzt reichlich nach Namibia fließen, ein Großteil davon aus der BRD. Unter dem Mantel der „Entwicklungsförderung“ wird versucht werden, den Aufbau der sozio-ökonomischen Strukturen in Namibia im Sinne der westlichen Wirtschaftsordnung zu beeinflussen und so Namibia von der kolonialen in eine neo-koloniale Abhängigkeit zuführen. Die Solidaritätsbewegung sollte sich zum einen bemühen, aus eigener Kraft und/oder über Institutionen wie die parteinahen Stiftungen die nach Namibia fließenden Mittel wenigstens teilweise in sinnvolle und politisch vertretbare Bahnen zu lenken und so ihre Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Geldverteilungssystem für die Zwecke der namibischen Bevölkerung einzusetzen. Zum anderen aber, wichtiger noch, kommt es darauf an, mit der künftigen Regierung Namibias, wenn diese es wünscht, gemeinsame Ideen zu entwickeln zur Verhinderung der Neokolonialisierung des Landes und zur — vielleicht für Afrika beispielhaften — Schaffung eines Gleichgewichts von selbstbestimmter Wirtschaft und Ökologie.

Michael Vesper

Nationaler Kompromiß oder Gewaltpolitik?



Ex-Mudjahed der Harakat, die in der Provinz Ghor mit der Regierung Frieden geschlossen haben. Foto: Jochen Hippler

Bald ein Jahr nach Beginn des sowjetischen Truppenabzugs ist die Kabuler Regierung, die man in Washington Anfang dieses Jahres zuversichtlich mit einem „Gebäude ohne Balken" verglichen hatte, noch immer nicht zusammengebrochen. Im Gegenteil, sie präsentiert sich so stabil wie noch nie in den letzten zehn Jahren. Auf der anderen Seite gibt das heterogene Spektrum der afghanischen Opposition ein für ihre Sponsoren deprimierendes Bild von Orientierungslosigkeit und Kräfteverlust ab.

Die größte militärische Operation der Rebellen im Frühjahr 1989 erfolgte gleich nach dem sowjetischen Truppenabzug. Dies mit dem Ziel, die Provinzhauptstadt Djalalabad zu erobern. Von dort aus sollte der Triumpfzug der Freiheitskämpfer binnen weniger Wochen — allenfalls Monaten — zur Hauptstadt Kabul führen, wo das Moskauer Marionettenregime auf seine Absetzung wartete.

Die Realität fügte sich nicht diesem Plan: 20.000 Tote und ein Vielfaches an Verletzten und Verkrüppelten waren das Ergebnis der fehlgeschlagenen Rebellenangriffe auf Djalalabad. Wie die New York Times am 16. April 1989 berichtete, war die Entscheidung zu dieser verhängnisvollen Operation vom pakistanischen Inter-Services Intelligence (ISI) und dem amerikanischen Geheimdienst CIA ohne Beteiligung der Führer des afghanischen Widerstands getroffen und mit Hilfe diverser Regionalkommandanten durchgeführt worden.[1] Nach jahrelangem Guerillakrieg gegen die konventionellen Streitkräfte der UdSSR und der afghanischen Regierung führte das erste große Experiment der Modjahedin mit der konventionellen Kriegführung zu einem Fiasko, das neben den menschlichen und materiellen Verlusten vor allem die Demoralisierung der Rebellen zur Folge hatte.

Während Afghanistan zerrissen ist und die Rebellen infolge von politischen, ethnischen und religiösen Streitigkeiten gespal-

ten sind, verfügt die regierende Demokratische Volkspartei (DVPA) mit der Armee und ihrem Parteiapparat über die einzigen intakten Organisationsstrukturen im Land. Die Rebellen haben mit dem Rückzug der Sowjets ihr „gemeinsames und einheitsstiftendes" Feindbild verloren: „Während früher die Modjahedin gegen eine Intervention kämpften und daraus einen großen Teil ihrer Legitimation bezogen, hat die Armee nun den Spieß umgedreht: Sie verteidigt mit nationalistischem Vorsatz die Heimat gegen äußere Aggressoren, die vom pakistanischen Boden aus mit der Hilfe Saudi-Arabiens, der USA und anderer westlicher Mächte operieren."[2] Aus einer Position der Stärke drängt die afghanische Regierung heute mehr denn je auf eine politische Lösung des Konflikts. Staats- und Parteichef Nadjibullah beteuert, er sei ohne Vorbedingungen bereit, sich zu jedem Zeitpunkt mit allen Vertretern der Opposition zu Gesprächen zusammenzufinden. Am 23. August präsentierte er einen neuen Plan zur Beilegung des Bürgerkrieges: Darin schlug er eine internationale Friedenskonferenz vor, an der Afghanistan, Iran, Pakistan, Indien und China sowie die Sowjetunion und die USA als die Garantiemächte des Genfer Afghanistan-Abkommens vom April 1988 teilnehmen sollen. Der Plan sieht allgemeine Wahlen sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes zwischen den Regierungstruppen und den Widerstandsorganisationen vor. Ein Konsultativrat unter Beteiligung der Opposition und der DVPA soll eine Regierung auf breiter Koalitionsbasis, einen Verfassungsentwurf und ein neues Wahlgesetz vorbereiten.

Die afghanischen Modjahedin lehnten noch am Tag der Verkündung dieses neuen Planes Nadjibullahs Vorschläge ab.[3]

Offenbar noch immer nicht zu einer realistischen Einschätzung der Situation in der Lage, rechnen die USA und mit ihnen die meisten afghanischen Rebellen-Kommandanten weiterhin mit einer militärischen Lösung des Konflikts.[4] Am 16. Juli 1989 meldete die Washington Post, die finanziellen Mittel der USA zur Unterstützung der Modjahedin seien noch einmal aufgestockt worden.[5]

Zwischen 1980 und 1988 lieferten die USA den Modjahedin-Gruppierungen, allen voran den fundamentalistischen Teilen unter ihnen, Waffen und Geld im Wert von mehr als zwei Milliarden Dollar. Der damalige pakistanische Staatschef Zia ul Haq akzeptierte, daß sein Land eine Schlüsselrolle in einer der größten und erfolgreichsten militärischen und geheimdienstlichen Aktionen der USA im Zusammenhang mit Afghanistan zugewiesen bekam. Als Gegenleistung erhielt Pakistan von 1980 an umfangreiche diplomatische, finanzielle und militärische Unterstützung. Die USA hielten Pakistan für eine geeignete Basis für die afghanischen Modjahedin, da diese sich im Notfall dorthin zurückziehen konnten und die CIA aus dem Heer der afghanischen Flüchtlinge Rebellenverbände rekrutieren konnte. Gleichzeitig bauten die USA Pakistan weiter zu einem diplomatischen und militärischen Bollwerk gegen Indien aus, das als verbündetes Land der UdSSR in der Region galt. Ab 1981 führten die USA in Afghanistan einen sog. „Krieg niedriger Intensität" gegen die Sowjetunion. Sie beeinflußten die politisch-diplomatische Ausrichtung der Rebellen-Gruppierungen und Pakistans und blokkierten ab 1985 jede Möglichkeit zur Verhandlungslösung, die für die UdSSR einen Ausweg aus der verfahrenen Situation bedeutet hätte. Damit sollte der UdSSR eine Niederlage im Stile der eigenen in Vietnam bereitet und ein vergleichbarer Prestigeverlust beschert werden.

Mit ihrer Intervention vom Jahre 1979 hatte die Sowjetunion eine „Revolution" zu unterstützen versucht, deren Initialzündung von oben kam und die nur eine sehr schmale Basis im Volk hatte. Zudem prallten ihre Modernisierungsbestrebungen mit den fundamentalistischen- und Stammestraditionen des Landes zusammen. Die afghanische Führung bezeichnet mittlerweile die Aufforderung der damaligen afghanischen Regierung an die Sowjetunion, Truppen nach Afghanistan zu entsenden, als einen Fehler. Man hätte andere, politische Mittel finden können, um eine Eskalation des Krieges zu verhindern.[6]

Dennoch: Wenn diese Intervention eine interne Auseinandersetzung in einen Krieg verwandelte, so verlängerte die amerikanische Haltung diesen Krieg unnötig.

Die Opfer des Krieges

Die Leidtragenden des Krieges ebenso wie der späteren Rivalitäten unter den Rebellengruppen sind die einfachen Menschen in Afghanistan, um deren Befreiung es angeblich geht. Über die genaue Zahl der Opfer liegen bis heute unterschiedliche Angaben vor, die bis zur Zahl 1,5 Millionen reichen.

Für das arme Entwicklungsland Afghanistan sind auch die materiellen Schäden des Krieges, der in weiten Teilen des Landes die wirtschaftliche Infrastruktur nahezu völlig zerstört hat, verheerend.[7]

Mit der weiteren uneingeschränkten finanziellen, logistischen und propagandistischen Unterstützung der Rebellen zeichnen die ausländischen Sponsoren rechtlich und moralisch für das Leiden der Zivilbevölkerung mitverantwortlich.

Unter den von den USA und anderen westlichen Ländern (und China) gesponsorten Rebellen befinden sich freiwillige Wahabis (genannt nach ihrer in Saudi Arabien beheimateten Sekte), die in letzter Zeit durch ihre Brutalität aufgefallen sind. Auf ihr Konto gehen Massaker an Angehörige der Regierungstruppen, die sich während der Kämpfe ergeben hatten und als Kriegsgefangene galten. Bei der Eroberung von Kunduz im Sommer 1988 sprengten die Rebellen ein Waisenheim in die Luft, mit der Begründung, die Kinder hätten den Tod verdient: Es seien die Waisen von Regierungsbeamten und Mitgliedern der DVPA. Auch auf konservative und islamisch geprägte Menschen in Afghanistan machen solche Berichte einen negativen Eindruck.[8] Hekmatjars Gruppe (Hezb-e Eslami) ist seit Jahren wegen ihrer Übergriffe gegen Frauen, die angeblich die islamischen Verschleierungsvorschriften nicht eingehalten haben, berüchtigt. Gefährlicher als Hekmatjars finstere weltanschauliche Bekenntnisse sind seine politischen Ambitionen: Sie zielen auf einen autoritären Staat in dem keine Opposition geduldet würde. Seine ersten Opfer wären vermutlich Mitglieder und Sympathisanten der derzeit regierungstragenden DVPA, dann aber auch Angehörige rivalisierender konfessioneller und royalistischer Organisationen ebenso wie nonkonformistische Individuen.

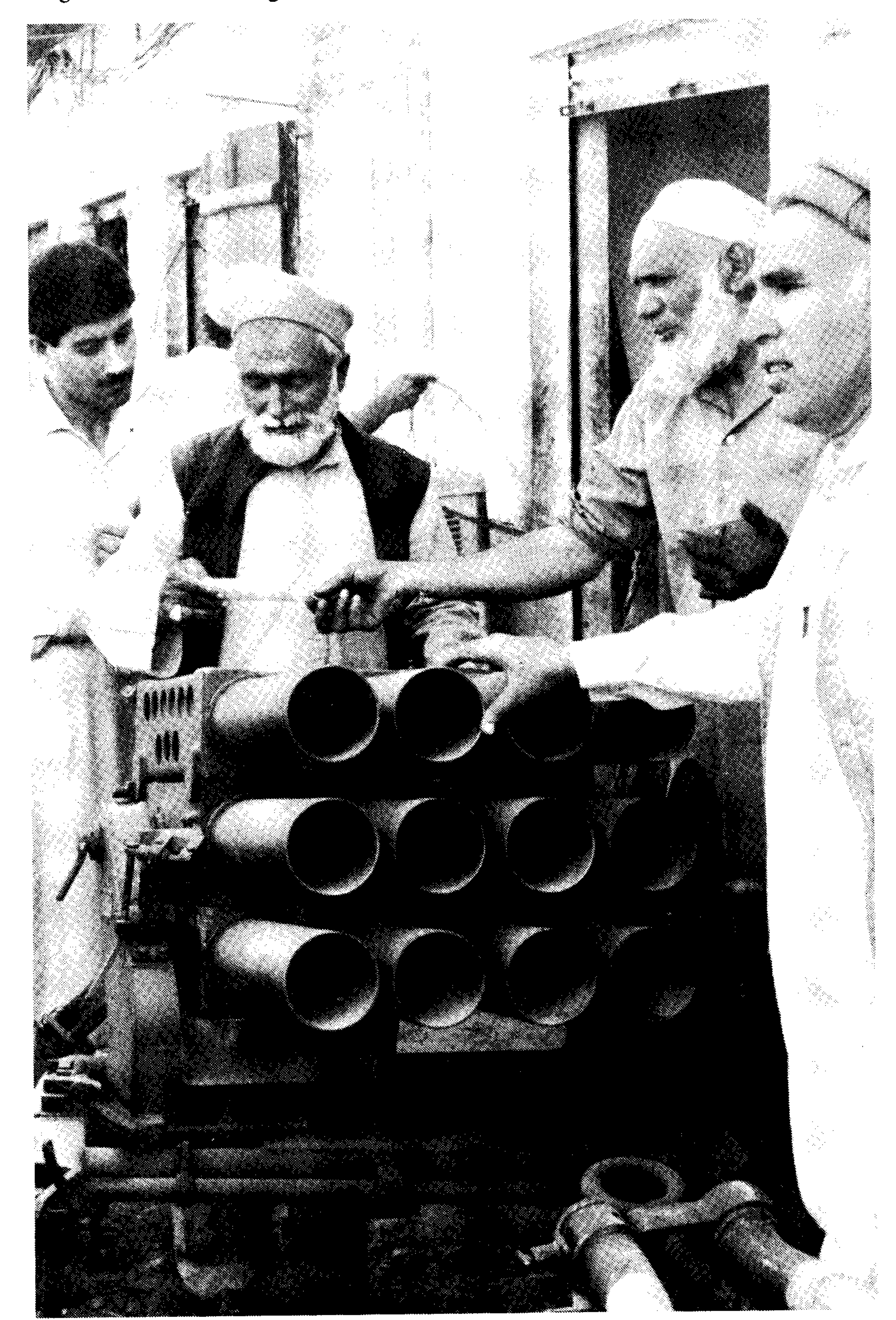
Erst Mitte Juli, also in einer für die Modjahedin äußerst prekären militärischen Phase wurde bekannt, daß Angehörige von Hekmatjars Hezb-e Eslami Mitgliedern der rivalisierenden Jamī-e Eslami eine Falle gestellt und etliche von diesen erschossen hätten, um alte Rechnungen aus den internen Rivalitätskämpfen zu begleichen. Auch die Vergiftung des siebzigjährigen Kommandanten Abdul Latif wird Hekmatjar zugeschrieben. Seitdem sind allein in den internen Auseinandersetzungen der Rebellengruppen bis zu 300 Personen ums Leben gekommen. (Manche Beobachter sprechen von 700[9])

Die USA wollen ein Exempel statuieren

Obwohl derartige Meldungen zu immer größerer Skepsis amerikanischer Beobachter gegenüber Fundamentalisten führen, scheint sich praktisch an der amerikanischen und pakistanischen Politik der Begünstigung des fundamentalistischen Teils der Modjahedin nichts geändert zu haben.[10] Hekmatjars Hezb-e Eslami wird, entgegen den offiziellen Erklärungen amerikanischer Regierungsstellen, aufgrund ihrer Diszipliniertheit und ihrer enormen Schlagkraft vom CIA bevorzugt mit High-Tech Waffen ausgerüstet. Die Gesamtstärke der unter Waffen stehenden Kräfte der afghanischen Rebellen — so der afghanische Verteidigungsminister in einem Interview mit der Moskauer Regierungszeitung Iswestja vom 7.7.89 — betrage zur Zeit noch 200.000. Davon seien 3.300 aus arabischen Staaten, vor allem Saudi Arabien und 1.400 Angehörige pakistanischer Stammesformationen. Unter ihnen befänden sich auch Militärberater aus den USA und anderen westlichen Ländern. Um die Öffentlichkeit und kritische Stimmen in der Legislative zu beschwichtigen, behaupten die Vertreter der US-Administration unter Berufung auf fragwürdige Statistiken, die Erweiterung ihrer finanziellen und logistischen Unterstützung für die Modjahedin sei lediglich eine Reaktion auf die sowjetischen Zuwendungen an die afghanische

Regierung.[11] Die Sowjetunion ist aber angesichts ihrer Politik der möglichst raschen Beilegung regionaler Konflikte und aufgrund ihrer komplizierten innenpolitischen Situation an einer nach unten korrigierten Symmetrie in der Unterstützung der afghanischen Regierung und Opposition interessiert. Mit der gleichzeitigen Reduzierung der Waffenlieferungen an beide Seiten soll die Entspannung der Situation erleichtert werden.

Die USA hatten anfangs vorgegeben, die Mojahedin bis zum Rückzug der Sowjets unterstützen zu wollen. Ihnen geht es aber in Wirklichkeit darum, durch einen Sturz der linksgerichteten afghanischen Regierung international und allgemein verständlich für sämtliche emanzipatorischen Bewegungen in der Dritten Welt, ein Exempel zu statuieren. Die Moral der Geschichte, wie sie nach dem herbeigewünschten Einsturz des „Hauses ohne Balken" verkündet werden soll, lautet: Sogar ein Militärbündnis mit der Sowjetunion und die Unterstützung von 108.000 Rotarmisten kann ein Land der liebevollen Umarmung der freien Welt nicht für immer entreißen. Insofern haben die Genfer Verträge für die Verfechter dieser Politik allenfalls den Stellenwert von Papierfetzen, die unterschrieben wurden, um zerrissen zu werden. Das zumindest geht aus den Aussagen von Howard Schaffer hervor, der kürzlich die Position des State Departement auf einer Anhörung des Asien-Komitees im US-Kongreß, darlegte.[12]



Chinesischer Raketenwerfer, Pakistan, nahe der Grenze — Foto: Jochen Hippler

Mit dem Beginn der kälteren Jahreszeiten zu Ende 1989 werden die USA höchstwahrscheinlich zur Wiedergutmachung des Fiaskos ihrer Günstlinge in der Schlacht um Djalalabad eine erneute Offensive der Modjahedin zur Besetzung der Kleinstadt Khost massiv unterstützen. In Khost soll noch einmal versucht werden, den Sitz der provisorischen Regierung der Modjahedin einzurichten. Die USA (und die pakistanische Regierung) wollen die Interimsregierung erst dann anerkennen, wenn es den Widerstandsorganisationen gelingt, ein beträchtliches Territorium des Landes zu „befreien" und internationale Verhandlungsfähigkeit zu erlangen. Die Modjahedin haben es bisher nicht geschafft, in den südlichen Provinzen Kandahar, Zabul und Helmand bedeutende Stellungen zu gewinnen.[13]

Vertragsverletzungen durch die USA und Pakistan

Unter Ministerpräsidentin Benazir Bhutto haben die Spannungen zwischen Afghanistan und Pakistan nicht nachgelassen. Erst am 12.7.1989 drohte die afghanische Regierung mit Vergeltung, falls die Unterstützung der „terroristischen Aktivitäten" der Modjahedin von pakistanischem Boden nicht nachlassen würde.[14]

Der Hauptverantwortliche innerhalb des pakistanischen militärischen Geheimdienstes für die Weiterleitung der militärischen Zuwendungen der USA an die afghanischen Mojahedin, General Hamid Gul, ist zwar nicht mehr in Amt und Würden. Aber es gibt noch Dutzende andere ehemalige Lehrlinge der CIA in der durch und durch amerikanisch strukturierten und denkenden pakistanischen Armee, die gerne bereit sind, die auf Entspannung orientierte Politik von Ministerpräsidentin Bhutto zu untergraben.[15]

Die von seinen Gegnern torpedierten Vorschläge Nadjibullahs zur nationalen Versöhnung werden von Benon Sevan, dem Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs Perez, unterstützt. Sevan versucht, einen innerafghanischen Dialog zustandezubringen. Offensichtlich sind aber seine Vollmachten und die materiellen Möglichkeiten der UNO nicht ausreichend, um in Afghanistan eine wirksamere friedensstiftende Rolle spielen zu können. Jeden Abend, nachdem die Militärbeobachter der UNO (UNGOMAP) ihre Büros schließen, so berichten Pressekorrespondenten aus dem Grenzgebiet, rollen Lastwagen mit Waffen aus den USA über die Grenze von Pakistan nach Afghanistan. Afghanistans Regierung hatte bis Anfang Juli gegen diese systematische Verletzung des Genfer Abkommens vom April 1988 bei der UNGOMAP 4768 Proteste eingelegt.[16]

Im Westen jedoch wird der Bruch der Genfer Verträge durch Pakistan allenfalls als Kavaliersdelikt betrachtet. Es wäre nicht nur gerechtfertigt, Pakistan wegen Völkerrechtsbruch im Rahmen der UNO

zur Rechenschaft zu ziehen. Auch die Anzahl der Angehörigen der UNO-Militärbeobachtergruppe müßte vernünftigerweise den Dimensionen des Landes und der Bedeutung des Afghanistan-Problems angepaßt werden. In Afghanistan befinden sich derzeit 40 UNO-Militärbeobachter, während allein in Namibia über 1.500 stationiert sind.

Eine Perspektive für Afghanistan?

Die Position der Sowjetunion und der afghanischen Regierung besteht gegenwärtig darin, durch Ausgleich mit dem Widerstand ein „unabhängiges, blockfreies und neutrales Afghanistan zu bewahren."[17] Die afghanische Regierung ist bereit, die Macht zu teilen und die Beziehungen zur westlichen Welt, darunter auch zu den USA, zu normalisieren. Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist gegenwärtig alles andere als „sozialistisch orientiert": Geplant ist zwar die staatliche Kontrolle der Forstwirtschaft und der Naturressourcen; dafür soll aber der Privatsektor gefördert werden und künftig sogar am Außenhandel teilhaben dürfen.[18]

Die Regierung garantiert Stammes- und religiösen Führern weitgehende Rechte auf Autonomie und Selbstverwaltung, sofern diese sich verpflichten, die Sicherheit der Versorgungswege und der Kommunikationseinrichtungen in ihrem Gebiet zu gewährleisten. Bisher wurde dieses Konzept in Verbindung mit den religiösen Minderheiten der Ismailiten und der Schiiten erfolgreich praktiziert. Die Regierung zeigte sich sogar bereit, ihren so gewonnenen Verbündeten auch schwere Waffen zur Erfüllung von Patrouillenaufgaben zur Verfügung zu stellen.

Die Angehörigen des afghanischen Bildungsbürgertums und der jüngeren Intelligenz räumen ein, daß außer der regierenden DVPA keine andere politische und gesellschaftliche Kraft den kulturellen und sozialen Fortschritt des Landes bewirken könnte. Für die traditionalistisch orientierte Mehrheit der afghanischen Bevölkerung mögen zwar die Übereinstimmung der



Ordensverleihung durch einen afghanischen General in Torkham. **Foto: Jochen Hippler**

Vorsätze ihrer Regierung mit den religiösen Grundsätzen des Islam wichtiger als die abstrakten Begriffe eines planmäßigen sozialökonomischen Fortschritts sein.[19] Die meisten von diesen Traditionalisten praktizieren aber keinesfalls einen fundamentalistischen Islam und würden daher einen theokratischen Staat allemal ablehnen. Die afghanische Interimsregierung von Peschawar, die von den in Iran stationierten schiitischen Modjahedin-Gruppierungen und von Feldkommandanten im Landesinnern nicht anerkannt wird, stellt auf keinem Fall eine Alternative zur jetzigen Kabuler Regierung dar.[20] In der Wahl zwischen den fundamentalistischen Rebellengruppen und der jetzigen Regierung Afghanistans würde die absolute Mehrheit der Bewohner der afghanischen Städte den derzeitigen Staatschef Nadjibullah bevorzugen. Außerdem „nähren Raketenangriffe und Bombenattentate in Kabul den Haß auf die Modjahedin."[21]

In Kabul rechnet man mit einem zunehmenden Ansehen des Komitees zur Nationalen Versöhnung, dem neben Mitgliedern der DVPA beispielsweise auch Minister und Familienangehörige des vor 1973 amtierenden Königs Zaher, und ein ehemaliger Polizeioffizier angehören. Die Loya Jirga, der traditionelle landesweite Rat der Stammesrepräsentanten, scheint sich — mit Unterstützung der Regierung — zu einem bestimmenden Faktor des von Bürgerkrieg zerrissenen Landes zu entwickeln. In der Konstituierung einer Übergangsregierung unter Beteiligung der DVPA liegt der Ausweg aus dem blutigen Konflikt. Dies ist die Meinung der DVPA-Führung und der sowjetischen Verantwortlichen.[12]

Je kompromißloser die USA die afghanischen Fundamentalisten unterstützen, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß eine durch den natürlichen Gang der Ereignisse zustandekommende gemäßigte gierung sich gezwungen sieht, die Sowjetunion um Unterstützung zu bitten. Somit arbeiten die USA mit ihrer Hartnäckigkeit indirekt im Interesse der Sowjetunion, die an ihrer südlichen Grenze ein ihr wohlgesonnenes Regime haben will.

Nima Mina



Straßenszene in Kabul. **Foto: Jochen Hippler**



Anmerkungen

1) Vgl. auch Rashid, Ahmad: Peace Proposals. Bhutto plans diplomatic initiative to resolve the war, in: Far Eastern Economic Review, Hong Kong, 15.6.1989.
2) Hippler, Jochen: Wie '78 im Iran. In: Konkret, Nr. 9/1989.
3) Vgl. Friedensplan für Afghanistan von Nadjibullah vorgelegt. In: Frankfurter Rundschau, 24. August 1989.
4) Die royalistischen und nationalistischen Teile der Modjahedin — unter ihnen Modjaddedi, Gailani und Mowlawi Nabi Mohammad, Mitglieder der Interimsregierung von Peschawar — würden im Gegensatz zu den fundamentalistischen Gruppierungen eine Verhandlungslösung nicht bedingungslos ablehnen. (Vgl. Rashind, Ahmad: A Bloody Stalemate. No resolution in sight as the war drags on. In: Far Eastern Economic Review, Hong Kong, 8.6.1989. Und: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.7.1989)
5) Vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.7.1989.
6) Interview mit Afghanistans Außenminister Abdul Wakil. In: die tageszeitung, 29.8.89.
7) Vgl. Aguirre, Mariano: Afghanistan und die Politik der Blöcke. In: Entwicklungspolitische Nachrichten, 4/89.
8) Hippler, Jochen: Wer ist Afghanistans kleines Übel? In: die tageszeitung, 29.8.1989.
9) Vgl. Keyhan, Londoner Ausgabe, Nr. 267, 16. Schahriwar 1368/7.9.1989 und Hippler, Jochen: Wie '78 im Iran, in: Konkret, Nr. 9/1989.
10) Vgl. Seibert, Sam/Steve Le Vine: The Quality of Ruthlessness. An Afghan Rebel's reputation catches up with him. In: Newsweek, New York, 21.7.1989 und The Afghan Rebels Ambush Their Town in: Newsweek, 31.7.89
11) Vgl. Washington Plans to Increase Supplies to Mujahidin, in: International Herald Tribune, Paris 17.7.89
12) Vgl. Yusufzai, R.: In Peschawar herrscht die Doppelstrategie. In: die tageszeitung, 7.7.1989.
13) Vgl. Rashid, Ahmad: The big push. (US equips rebels for a new offensive), in: Far Eastern Economic Review, Hong Kong, 13.7.1989.
14) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.7.1989.
15) Vgl. Paech, Norman, Die Bauern sind kriegsmüde. In: deutsche volkszeitung/die tat, 25.8.1989.
16) Vgl. Simonitsch, Pierre: Krieg um Positionen. In: Frankfurter Rundschau, 10.7.1989.
17) Vgl. Schewardnadse und Nadjibullah fordern Dialog, in: Süddeutsche Zeitung, 11.8.1989.
18) Vgl. Bannis, Phyllis: Afghan Government Rebounds, in: Frontline, Oakland, 3.7.1989.
19) Vgl. Rupert, James: In Kabul, a Shift of Opinion. In: International Herald Tribune, Paris, 28.7.1989.
20) Vgl. Dialog in Stockholm. Nationaler Kompromiß oder Gewaltpolitik? (A. Uswatow im Gespräch mit Nikolai Kosyrjew, Sonderbotschafter des UdSSR-Außenministeriums bei den Gesprächen mit John Kelly, stellvertretender Außenminister der USA Ende Juli in Stockholm), in: Neue Zeit, Moskau, Nr. 33/1989.
21) Zit. nach: Ihlau, Olaf: Siegessicher mitten im Eisenhagel. In: Süddeutsche Zeitung, 26.7.1989.
22) McDonald, Hamish: Stay of execution. Najibullah consolidates power in face of rebel disunity, in: Far Eastern Economic Review, Hong Kong, 13.7.1989.

FMLN auf dem Verhandlungsweg

Zwischen der ARENA-Regierung und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) haben Mitte September in Mexiko erste Verhandlungen stattgefunden. Die FMLN hat in Zentralamerika auf diplomatischer Ebene größere Aktivitäten entfaltet und ihre Bedingungen für eine Einstellung des bewaffneten Kampfes konkretisiert. Die ARENA-Regierung erkennt inzwischen offiziell an, daß „die politischen Oppositionsparteien und die sozialen Kräfte... eine wichtige Rolle spielen". Daß derartige Verhandlungen überhaupt in Gang kommen, hat nicht nur mit der politischen Entwicklung in Zentralamerika zu tun, sondern ist auch Ausdruck der Stärke der Volksbewegung in El Salvador.



Die ARENA-Partei hat im Wahlkampf vor allem eines versprochen: Wirtschaftlich soll es dem Land endlich besser gehen. Die wichtigsten Ursachen für die Misere blieben dabei unerwähnt — der Krieg und die ungerechte Land- und Besitzverteilung — die Ursache des Krieges. Das ARENA-Konzept neoliberaler Wirtschaftspolitik mitten in einem Krieg, bei fallender Produktion sowohl im industriellen Sektor als auch bei den traditonellen Exportgütern wie Baumwolle, Zuckerrohr und Kaffee, dient nur den Reichsten. Die Banken und der Exportsektor werden reprivatisiert (d.h., der Gewinn geht ohne größere Abgaben direkt an die Oligarchie), Importsteuern gesenkt, Preise freigegeben.

ARENA erklärt, daß die wirtschaftliche Erholung nur durch Opfer zu schaffen sei. Maßnahmen seien jedoch nötig, es auch den Ärmsten zu ermöglichen, „auf den Wagen des Fortschritts und des Wohlstands" aufzusteigen. Im Sozialplan sind deshalb u.a. vorgesehen:

★ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu Hungerlöhnen

★ Ein Wohnungsbauprogramm

★ Ein Lebensmittelverteilungs-Programm gegen Arbeitsleistungen in den Gemeinden. Dies ist bisher Praxis in den wenigen „Wehrdörfern", die es in El Salvador gibt; dort werden die BewohnerInnen zur Erweiterung der militärischen Infrastruktur herangezogen.

★ Ein Sonderprogramm für die vier weitgehend unter Kontrolle der FMLN stehenden bzw. stark umkämpften Ostprovinzen (Morazan, San Miguel, La Union und Usultan), „Oriente 89", mit einem Gesamtvolumen von 40 Millionen Colones (ca. 16 Millionen DM).[1]

Insbesondere die letzten beiden Punkte erinnern an die zivil-militärischen Aufstandsbekämpfungskonzepte („Vereint zum Wiederaufbau" etc.) zu Beginn der Ära Duarte. Aus San Miguel wurde bekannt, wie der „Vorlauf" zum „Sozialprogramm" Oriente 89 aussieht. In Gemeinden werden KatechetInnen und Mitglieder der Dorfgemeinderäte des Patronats zur Entwicklung der Gemeinden von Morazan und San Miguel (PADECOMSM), aber auch einfache Bäuerinnen und Bauern, festgenommen, umgebracht oder „verschwinden". Die Dörfer werden bombardiert oder beschossen. Sind die Selbstverwaltungsstrukturen erst einmal zerstört, sollen ARENA-BürgermeisterInnen und Zivilverteidigungs-Patrouillen eingesetzt

werden. Dann kommt das „Zuckerbrot“ in Form einer Lebensmittelspende, mit der sich gleich noch eine Volkszählung verbinden läßt.

Die Regierung hatte versprochen, die Preise für Mais und Bohnen, Milchpulver, Öl und Bratfett, Instantkaffee, Lampenpetroleum und Zement nicht freizugeben. Abgesehen davon, daß diese Produkte keinen auch nur halbwegs erträglichen Lebensstandard sichern können, ist die rasante Steigerung ihrer Preise ein weiteres Beispiel für die fehlende Glaubwürdigkeit der ARENA-Regierung. Der Preis für Mais stieg von April bis August um 125%, für Milchpulver je nach Marke um 30-100%. Die Preise aller offiziell freigegebenen Artikel des täglichen Bedarfs stiegen laut Konsumentenvereinigung von Juni bis August um bis zu 124%.

Für viele SalvadorianerInnen, insbesondere in der Hauptstadt San Salvador, lief das Faß über, als der Wirtschaftsminister trotz vorausgegangener Dementis der Regierung am 31.7. eine Erhöhung der Buspreise je nach Routen um bis zu 100% verkündete. Diejenigen Busunternehmer, die staatliche Subventionen und Erlaß der Importsteuern für Ersatzteile gefordert hatten, hatten sich nicht durchsetzen können. Der Großteil der HauptstadtbewohnerInnen ist auf den Bus angewiesen, um zur Arbeit zu kommen. Eine Welle von Protesten begann. Viele Organisationen, vom Gewerkschaftsdachverband UNTS, der Flüchtlingsorganisation CRIPDES, den Kooperativ-Verbänden und Gemeindeorganisationen bis zur ehemals „gelben“, christdemokratischen Gewerkschaft UNOC sprachen sich in Pressekonferenzen gegen die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung aus und forderten insbesondere die sofortige Rücknahme der Buspreiserhöhungen.

Viele PassantInnen weigerten sich, die neuen Fahrpreise zu zahlen. Nicht nur die Stadtkommandos der FMLN begannen die Busse derjenigen Unternehmen zu sabotieren, die die Fahrpreiserhöhung mitgemacht haben. 41 Busse wurden im August zerstört.

Die Reaktion auf die Buspreis-Erhöhung ist ein Beispiel für die Radikalisierung in der Bevölkerung. Das Anzapfen von Strom- und Wasserleitungen nicht mehr nur in Elendsviertel, die Papp- und Wellblechhütten im Regierungsviertel mit ihren Toiletten an den großen Kreuzungen sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache.

Die Bündnispolitik der Opposition

Nach der Wahlniederlage der Christdemokratie (PDC) blieb ihr praktisch nur der Weg in die Opposition oder die Anbiederung an ARENA, was den endgültigen Verlust einer eigenen Linie bedeutet hätte. Die PDC näherten sich den Positionen der Demokratischen Konvergenz (Zusammenschluß der zwei FDR-Parteien, die seit 1980 ein Bündnis mit der FMLN haben und der kleinen sozialdemokratischen Partei) mit atemberaubender Geschwindigkeit an. Auch die PCN, Regierungspartei der Militärs in den 70er Jahren, gehört inzwischen zur Opposition. Die Forderungen der Parteien, die inzwischen mehrmals mit der FMLN zusammengetroffen sind, dekken sich weitgehend mit denen der Volksorganistaionen: Frieden durch Verhandlungen und Reformen.

Ein umfassendes Bild der Opposition gibt das „Permanente Komitee der Nationalen Debatte“. Anfang September 88 trafen sich auf Initiative der katholischen Kirche erstmals fast 60 Organisationen: Kirchen, Gewerkschaften, Basis- und StudentInnen-Organisationen, Universitäten bis zum Kleinunternehmerverband. Sie diskutierten über die Situation des Landes und einen Weg aus der Krise. Das darauf gegründete „Permanente Komitee“ fordert, an den Friedensverhandlungen beteiligt zu werden, ein sofortiges Ende der Repression und umfassende Reformen.



Repression gegen die Volksbewegung

Die Volksbewegung ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Schon seit Anfang 88 nimmt die Repression wieder zu, agieren die sog. Todesschwadronen verstärkt, gibt es Propaganda-Kampagnen, bei denen die Volksorganisationen als Fassade der FMLN bezeichnet und damit zum Abschuß freigegeben werden. Die Statistiken der unabhängigen Menschenrechtskommission CDHES werden seit dem Wahlsieg von ARENA am 19. März immer erschrekkender. Die Repression ist schleichend, spektakuläre Massaker blieben aus. Deshalb nehmen die internationale Presse und westliche Regierungen die Situation in El Salvador kaum zur Kenntnis. Allein vom 12.-18.9. gab es mindestens 164 Menschenrechtsverletzungen — 149 Festnahmen, sieben Morde, zwei Verschwundene, drei Angriffe gegen Zivilbevölkerung und einen massiven Angriff gegen eine Demonstration, auf der die Freilassung eines Gewerkschaftsführers gefordert wurde. Unter den Festgenommenen sind 73 GewerkschafterInnen, 51 BäuerInnen, 12 GesundheitsarbeiterInnen, 8 StudentInnen, 3 Zivilisten und 2 Journalisten.[2] Selbst vor Drohungen gegen die christdemokratische UNOC schreckt ARENA nicht zurück. Damit zwingt sie die Organisation dazu, näher zusammenzurücken.

Ein Beispiel ist die jüngste Auseinandersetzung um die Kooperativen der christdemokratischen Agrar-Reform. Nicht genug damit, daß die Ex-BesitzerInnen, Parteigänger oder Anhänger von ARENA, für ihr Land weit über Wert entschädigt wurden. Jetzt versuchen sie, vor dem Obersten Gerichtshof mit gefälschten Land-Titeln die Rückgabe ihrer Güter einzuklagen — in sechs Fällen bisher mit Erfolg. Bewiesen werden soll, daß der Besitz 1980 bereits kleiner als 500 ha war, dem Limit für Enteignungen in der ersten Phase der Agrarreform. Die Kooperativen sind von der Räumung durch das Militär bedroht. Andere Kooperativen stehen unter Druck, weil ihnen von der staatlichen Agrarbank die Kredite verweigert werden. Die somit „unproduktiv“ werdenden Kooperativen sollen parzelliert werden. D'Aubuisson, ARENA-Boß und Chef der Todesschwadronen, ist im Juli und August mit schwerbewaffneten Trupps in mehreren Kooperativen aufgetaucht, um die Leitung einzuschüchtern. Die von Räumung bedrohten Kooperativen wollen ihr Land verteidigen. Kooperativen, die bisher unorganisiert waren, schließen sich jetzt den Kooperativverbänden an und bitten auch andere Volksorganisationen um Unterstützung.

Die Repression kann jede und jeden treffen — jederzeit. Terror wird gesät, um die

Volksbewegung einzuschüchtern, die für das Kräfteverhältnis eine ganz entscheidende Rolle spielt.[3]

Die Position der FMLN

Die FMLN verhandelt aus einer Position der Stärke. Im September 88 begann sie eine diplomatische und eine militärische Offensive. Mit lateinamerikanischen Präsidenten und VertreterInnen der USA werden Gespräche geführt. Militärisch gibt es qualitative Änderungen. Gefechte am Tag, Waffen mit denen die Luftwaffe empfindlich getroffen werden kann, simultante Operationen in mehreren Departments und ein signifikantes Ansteigen der Aktivitäten der Stadtguerilla. Zwar wird es der FMLN nicht gelingen, das von den USA hochgerüstete Militär zu besiegen, allerdings sieht sich die ca. 50.000 Mann starke Armee von den schätzungsweise 9.000 FMLN-KämpferInnen zunehmend in die Enge gedrängt.

Am 24. Januar 1989 machte die FMLN den Vorschlag zur „Verwandlung der Wahlen in einen Beitrag zum Frieden". Erstmals war die Rede davon, daß sich die FMLN in das politische Leben des Landes eingliedern könnte. Der Verhandlungsvorschlag vom 11.9.89 ist die aktualisierte Fassung des Januar-Vorschlags. Gefordert werden vor allem:

1. Feuereinstellung auf der Grundlage folgender Punkte:

* Beginn eines Reformierungsprozesses des Justizwesens...
* Vereinbarungen über Maßnahmen, die die Beendigung jeder Form von Repression und die volle Gewährleistung der demokratischen Freiheiten sichern...
* Vereinbarungen darüber, ... daß ... sowohl die Schuldigen am Mord von Monseñor Romero als auch die Mitglieder der Todesschwadrone verurteilt werden...
* Vereinbarungen, die von der vorherigen Regierung betriebenen Reformen aufrechtzuerhalten, um die ökonomische Grundlage der sozialen und politischen Konfrontation zu entschärfen... Suspendierung der Maßnahmen, die zur Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen...
* Vereinbarungen über die Selbstreinigung und Professionalisierung der Streitkräfte...
* Vereinbarungen über die (Vorverlegung) der Parlaments- und Kommunalwahlen von 1991 mit dem Ziel, ... so schnell wie möglich die Verfassungsreform umzusetzen...

2. Die ersten Schritte für die Eingliederung der FMLN in das politische Leben. (Gründung einer politischen Partei)

3. Verhandlungen über die definitive Einstellung der Kampfhandlungen.

Der Vorschlag der FMLN bedeutet sicher nicht die Aufgabe der revolutionären Ziele. Er ist ein ernsthafter Versuch, eine Lösung ohne weiteres Blutvergießen zu erreichen, die international akzeptiert und national einen offenen politischen Diskussionsprozeß in Gang setzen könnte. Eine Contra wie in Nicaragua, ein Wirtschaftsboykott durch die westlichen Industriestaaten, bei einer geringeren Unterstützung durch die Sowjetunion, bliebe El Salvador vielleicht erspart.

ARENA im Zwiespalt

ARENA wurde von der FMLN und dem wachsenden Widerstand der unbewaffneten Opposition an den Verhandlungstisch gezwungen. Ob die Herrschenden wirklich verhandeln oder nur „Gespräche" führen wollen, um ihr Image zu wahren, wird sich zeigen. ARENA ist gespalten, und diese Spaltung ist ganz offensichtich mehr als nur eine geschickte „Arbeitsteilung" zwischen einem moderat auftretenden Cristiani und dem Hardliner-Flügel.[5] Die traditionelle Großgrundbesitzer-Oligarchie kann bei einer Verhandlungslösung immer nur verlieren. Eine tatsächliche Landreform ist unabdingbare Voraussetzung für die Beilegung des Konflikts. Anders ist die Lage der Industriellen. Der modernistische ARENA-Flügel träumt von Korea oder Taiwan — dazu braucht er Frieden. Die alten Oligarchen und Militärs wie Luftwaffenchef Bustillo und Vize-Verteidigungsminister Zepeda haben ihren Traum vom endgültigen Sieg über die FMLN und die gesamte „Subversion" nicht aufgegeben — koste es was es wolle.

Welche Linie sich durchsetzen kann und wird, ist im Augenblick schwer einzuschätzen. Einerseits hängt dies von der Politik der USA ab, denn die über 2 Millionen Dollar, die sie täglich ins Land pumpen, kann auch die selbstständigste und klassenbewußteste Oberschicht Zentralamerikas nicht aufbringen. Zum anderen vom Ausgang der Auseinandersetzungen innerhalb der Arena-Partei und von der politischen Kraft der Opposition und den politischen und militärischen Anstrengungen der FMLN. Nach 10-tägiger einseitiger Waffenruhe im September, die von den Militärs zu großen Aktionen genutzt wurde, begann die FMLN am 24.9. eine Großoffensive, bei der allein am ersten Tag vier große Kasernen angegriffen wurden.

Verhandlungsbereit werden die Herrschenden nur auf Druck hin bleiben — und die Opposition wird sich trotz Repression weiter auf die Straße trauen, wenn sie die FMLN im Rücken weiß. Die Erfahrung von 1980-82, wo 50.000 Oppositionelle getötet werden konnten, weil das Volk keine Waffen hatte, wird sich nicht wiederholen. Vorbereitungen auf Illegalität und einen Aufstand sind bei vielen Organisationen im Gange.

Joaquin Villalobos, Mitglied der Generalkommandanz der FMLN: „Ich glaube, es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder geht die Regierung auf den Vorschlag ein, oder die gesamte Nation wird ihn sich zu eigen machen und den Frieden erreichen."[6]

Christa Weber

Anmerkungen:

1) aus: Proseco Nr. 398, 30.8.89
2) lt. Menschenrechtssekretariat der FMLN, 21.9.89
3) Zur Repression und den geplanten Gesetzesänderungen siehe auch blätter Nr. 159, 8/89
4) zitiert aus: ides Nr. 453
5) siehe blätter Nr. 159
6) Servicio Especial Nr. 112

Auszüge aus einer Presseerklärung der Jungen Union:

Mehr als vier Millionen Mark wurden bis jetzt gesammelt, um in dem mittelamerikanischen Land linke Contras, Terroristen und Mörderbanden auszurüsten, die vor allem unschuldige Zivilisten, Frauen und Kinder ermorden.

Die Linksradikalen aus der alternativen Szene sind sich nicht zu schade, selbst im Jahr des 50. Jahrestages des Kriegbeginns ihr schmutziges Geschäft offen zu publizieren. Sie bringen mit ihrer Aktion Terror und Gewalt über Menschen, deren Wille es ist, in Frieden zu leben. Die Linksradikalen betätigen sich mit ihrer Aktion als Kapitalsöldner für Waffenkäufe.

Es wird Zeit, daß im Jahr des 50. Jahrestages des Kriegsbeginns der Sammelaktion „Waffen für El Salvador" ein Ende bereitet wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch für Linksradikale darf es in unserem Land keine Narrenfreiheit geben.

Ende eines Exodus ?

Salvadorianische Flüchtlinge in Honduras

Neun Jahre nach ihrer Flucht vor dem Krieg in El Salvador wollen die Flüchtlinge aus den Lagern Colomoncagua, San Antonio und in der Mehrzahl auch aus Mesa Grande in ihre Heimat zurückkehren. Doch die Pläne der mehr als 10.000 Flüchtlinge stoßen bisher auf massiven Widerstand der Regierung und der Militärs El Salvadors.

Ursache des Krieges in El Salvador, der inzwischen schon mehr als 70.000 Menschenleben gefordert hat, sind die ungerechten Besitzverhältnisse und die damit verbundenen sozialen Ungerechtigkeiten: Den fruchtbaren Boden teilen sich die „Vierzehn" Familien; sie repräsentieren etwa 2% der Bevölkerung, die über 60% der landwirtschaftlichen Anbaufläche verfügen. Dies ist die Ursache für Hunger, Krankheit, hohe Säuglingssterblichkeit und Analphabetentum unter der Mehrheit der 5,5 Millionen Salvadorianer, aber auch ein Nährboden für Widerstandsgruppen und Aufstand.

Die Repression des salvadorianischen Militärs traf besonders die Landbevölkerung. Ihre Hütten wurden bombardiert, ihre Felder vernichtet, es gab Tausende von Toten. Menschen starben auch auf der Flucht und danach in den Lagern. Erinnert sei nur an das Massaker am Grenzfluß Sumpul, bei dessen Überquerung mehr als 600 Menschen im Kugelhagel der verbündeten Militärs von Honduras und El Salvador starben. Die honduranischen Militärs und Behörden sahen in den Flüchtlingen von Anfang an nur Kollaborateure der Guerilla. Sie brachten diesen Vorwurf immer wieder dann hervor, wenn es politisch opportun schien, z.B. als die Lager aufgelöst bzw. verlegt werden sollten.

Bis alle drei Lager schließlich unter den Schutz und die Verwaltung der UN-Flüchtlingskommission (UNHCR) gestellt wurden, nahm sich vor allem die Diözese Santa Rosa de Copán und andere kirchliche Organisationen der Flüchtlinge an.

In den Lagern leben vor allem Kinder, Frauen und alte Menschen. Schon bald nach ihrer Flucht begannen sie sich zu organisieren. Bestimmend für den Aufbau einer neuen Gesellschaft war dabei die Idee, die Probleme gemeinschaftlich anzugehen und Lösungen dafür zu finden. In den verschiedensten Werkstätten, die sie aufbauten, wird ohne Lohn für die Gemeinschaft produziert. Hier werden auch die Kinder ausgebildet. Fast alle Erwachsenen besuchen die in den Lagern angebotenen Alphabetisierungskurse. Lehrer sind vom ausländischen Hilfspersonal ausgebildete Flüchtlinge. In Gemeinschaftsküchen werden die täglichen Mahlzeiten zubereitet.

Die Frauen nehmen eine zentrale und führende Stellung in den zahlreichen Gremien der Flüchtlinge ein.

Die Flüchtlinge ihrerseits haben der salvadorianischen Regierung jetzt Bedingungen für ihre Rückkehr nach El Salvador vorgelegt. Sie fordern:

★ einen tatsächlichen Waffenstillstand, der es ihnen ermöglicht, ohne Bombardierungen und militärische Repressionen zu leben,
★ wahre Demokratie, die ihnen das Leben in ihren Herkunftsorten, die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit im Land, ihre Selbstorganisation in gemeinsamen Lebensformen sowie die Respektierung der Menschenrechte ermöglicht,
★ Unterstützung in verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Ernährung, Erziehung, Produktion und Gemeinwesen sowie den
★ freien Zutritt für humanitäre Organisationen zu den Siedlungen der Rückkehrer.

Sicherlich hat auch das Friedensangebot der nationalen Befreiungsbewegung FMLN in El Salvador dazu beigetragen, daß die Flüchtlinge auf eine friedliche Lösung des Konfliktes und politische Verhandlungen hoffen, obwohl die salvadorianische Regierung darauf bisher kaum positiv reagiert hat.

Die Lebensbedingungen in den Lagern selbst haben sich in jüngster Zeit gravierend verschlechtert. Verantwortlich dafür ist der zuständige Hochkommissar UNHCR, der mit dem Hinweis weltweiter Finanzprobleme der UNO im Versorgungsbereich der Flüchtlinge Kürzungen von bis zu 70% veranlaßte. Dabei geht es offensichtlich darum, die Flüchtlinge bei ihren Verhandlungen mit der salvadorianischen Regierung unter Druck zu setzen, daß sie jede noch so schlechte Bedingung für ihre Rückkehr akzeptieren.

Die salvadorianische Regierung verhält sich noch zögernd. Auf keinen Fall will sie die Flüchtlinge aus Colomoncagua in ihre Heimatdörfer im Osten des Landes zurückkehren lassen. Sie sollen im Westen des Landes, wo sie der Regierungskontrolle unterliegen, neu angesiedelt werden. Zwar fanden Besuche seitens der Regierung in den Lagern statt, konkrete Verhandlungen mit den Flüchtlingen wurden jedoch nicht eingeleitet.

Es ist daher wichtig, die salvadorianische Regierung schriftlich aufzufordern, die Vereinbarungen der Friedensabkommen (Esqipulas II, San Salvador, Guatemala, Tela) einzuhalten, mit den Flüchtlingen Verhandlungen aufzunehmen und die Bedingungen der Flüchtlinge zu akzeptieren.

Bisher wurde in El Salvador mit Zustimmung der Flüchtlinge eine Rücksiedlungskommission gebildet, die die inhaltlichen und organisatorischen Arbeiten der Rückführung übernehmen soll.

Protestbriefe bitte an:
S.E. Lic. Alfredo Cristiani
Presidente de la República
Casa Presidencial
San Salvador
EL SALVADOR

Weitere Informationen und Protestkarten bei:
Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V.
Bahnhofstr. 31, 4190 Kleve 1
Spenden zur Unterstützung der Flüchtlinge:
Stadtsparkasse Essen
Kto. 24 60 82, BLZ 260 501 05

Der Fatah-Kongreß:

Politische Moral und Disziplin wieder gefragt

Erwartet worden waren hitzige Dispute zwischen „Realisten" und „Hardlinern" auf der 5. Generalkonferenz von Al-Fatah, der größten und bedeutendsten Gruppierung innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Und in der Tat mußte die Konferenz um einige Tage verlängert werden. Doch gerungen wurde nicht um das politische Programm, um die nächsten politischen Schritte oder gar um die relativierte Rolle des bewaffneten Kampfes für die Befreiung Palästinas. Innerorganisatorische Veränderungen und Neuwahlen zu den Führungsgremien der Bewegung sorgten für ausreichenden Zündstoff. Personalpolitik lautete das Schlüsselwort dieses Kongresses.

Weniger überraschend, aber von großer Symbolträchtigkeit war ein anderer Unterschied zu früheren Fatah-Konferenzen: der Tagungsort selbst. Viermal hatte dieser in steter Regelmäßigkeit Damaskus geheißen, die 5. Generalkonferenz aber fand vom 3.-9. August 1989 in Tunis, dem offiziellen Hauptquartier der Fatah und Sitz der PLO, statt.

Und noch ein signifikanter Unterschied zu früheren Sitzungen verdient Erwähnung: die fortschreitende Demokratisierung der Bewegung. Während die Delegierten auf dem 3. Kongreß das Zentralkomitee (ZK) als Liste per Handzeichen bestätigten, und der 4. Kongreß neben zehn ernannten ZK-Mitgliedern fünf hinzuwählte, wurden auf dem 5. Kongreß — mit Ausnahme Arafats, der im Rahmen der Strukturreform zum Präsidenten des Zentralkomitees ernannt wurde — alle anderen 17 Mitglieder in geheimer Abstimmung gewählt. Drei weitere Personen werden zu einem späteren Zeitpunkt vom Zentralkomitee mit Zwei-Drittel-Mehrheit aufgenommen werden, um das 21köpfige Führungsgremium der Bewegung zu komplementieren.

Die erstmals geheimen Wahlen gaben der Delegierten-Basis die Möglichkeit, der Führung oder einzelnen Mitgliedern einen Denkzettel zu verpassen. Die Delegierten ließen bei den Wahlen zu Zentralkomitee und Revolutionsrat eine Reihe von Kandidaten glatt durchfallen. Von den 1270 Delegierten in Tunis — übrigens doppelt soviele wie auf der letzten Konferenz — dominierten die Militärs — wie bei früheren Sitzungen — mit 51% den Kongreß. Mit Kommunikation und politischer Abstimmung zwischen Militär und Politik war es in den Augen vieler Fatah-Kader jedoch in den vergangenen Jahren nicht immer zum Besten bestellt. Ohnehin hat die Bewegung seit ihrem letzten Kongreß im Mai 1980 eine turbulente, ereignisreiche und äußerst wechselhafte neunjährige Geschichte zu verarbeiten.

Der Abzug der PLO aus Beirut im September 1982 und die syrischprotegierte Rebellion in Al-Fatah unter Oberst Abu Musa im libanesischen Bekaa-Tal im Jahre 1983 sowie die anschließende Vertreibung der PLO-Verbände unter Yassir Arafat und Abu Jihad aus der nordlibanesischen Hafenstadt Tripolis markierten Tiefpunkte einer organisatorisch, politisch und militärisch empfindlich geschwächten Bewegung. Auch die politischen Kunststücke des Meistertaktikers Arafat, der von Tripolis aus per Schiff direkt im ausgestoßenen Ägypten zu einem überraschenden Besuch bei Präsident Mubarak anlegte oder gegen mannigfachen Widerstand im Februar 1985 ein Kooperationsabkommen mit dem einstigen Erzfeind König Hussein von Jordanien schloß, das aber nur ein Jahr lang hielt, konnten die politischen und organisatorischen Gräben innerhalb Al-Fatahs nicht zuschütten. Kritiker haben denn auch immer wieder moniert, daß Arafat selbst eine Einberufung des über Jahre ausstehenden Fatah-Kongresses hinausgeschoben habe, um eine Konfrontation mit den „Hardlinern" in seiner Organisation zu vermeiden.



aus: Palästina Nr. 1/Dez. 88

Drei Strömungen

Der Kongreß selbst hat diese Befürchtung aktuell zumindest nicht bestätigt. Auf dem Hintergrund einer seit 20 Monaten andauernden Intifada, der Anerkennung der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 durch den Palästinensischen Nationalrat, der Proklamation des Staates Palästina im November 1988 und der Verfolgung der palästinensischen Friedensinitiative, wie sie Arafat im Dezember 1988 vor der UN-Vollversammlung in Genf vorgestellt hatte, haben die Delegeierten so entschieden, wie prominente Palästiner aus den besetzten Gebieten das bereits vorausgesagt und gefordert hatten. Einheit nach außen und innen zur Unterstützung der Intifada und der palästinensischen Friedensinitiative.

Diese eindeutige Mehrheitsentscheidung vermag aber nicht darüber hinwegzutäuschen, daß es auf dem Kongreß drei Strömungen gab:

1. Jene, die auf die Befreiung ganz Palästinas bestehen und auf dem bewaffneten

Kampf als dem einzigen Mittel zu diesem Zweck beharren;
2. Jene, die mit Hilfe der USA und der westlichen Welt eine politische Lösung anstreben und zu allen Kompromissen bereit sind, um den Dialog mit den USA und das im europäischen Ausland gewonnene Prestige nicht aufs Spiel zu setzen;
3. Jene, die sich dem Kompromiß nicht verschließen, aber im Rahmen einer umfassenden und gerechten Lösung Zugeständnisse von beiden Seiten verlangen. Letztere stellten auf dem Kongreß die eindeutige Mehrheit und drückten der politischen Erklärung ihren Stempel auf.

Die politische Erklärung von Al-Fatah

In einer weitgehend nüchtern und sachlich gehaltenen Sprache, die sich durchaus von früheren Formulierungen abhebt, werden im politischen Kommuniqué die Beschlüsse des 19. Nationalrats von Algier und die Proklamation des Staates Palästina begrüßt. Die Ablehnung des Shamir-Plans wird als indirekte Zustimmung Al-Fatahs zur Gründung eines Staates interpretiert. Erstmals hat Al-Fatah damit eine politische Lösung nicht ausgeschlossen; der bewaffnete Kampf mag diesem Ziel dienen, doch wird der Schwerpunkt gegenwärtig auf Politik und Diplomatie gelegt. Als deutliches Indiz dafür gilt u.a., daß die Konferenz nicht mehr von „brüderlichen Beziehungen und strategischer Zusammenarbeit mit Syrien" spricht, ja daß Syrien in der Resolution nicht mit einem einzigen Wort erwähnt wird. Demgegenüber wird die Politik der USA in der Region nicht generell verurteilt, die US-Administration wird vielmehr zu einer „neutraleren" Haltung aufgefordert.

Auch die Haltung gegenüber den israelischen Friedenskräften wurde neu definiert. Al-Fatah betont erstmals die Notwendigkeit von Gesprächen und Kontakten mit allen Israelis, die die Besetzung ablehnen, die PLO anerkennen und Frieden zwischen zwei gleichberechtigten Völkern anstreben.

Aufmerksamkeit erregte die Einrichtung eines Ausschusses, der sich gezielt gegen die „zionistische Einwanderung in unsere Heimat" wenden soll. Gedacht sei nicht an militärische Aktionen im Ausland, sondern an politische, publizistische und kulturelle Aktivitäten, die auch einwanderungswilligen Juden vermitteln sollen, daß ihre Einwanderung die Vertreibung von Palästinensern nach sich ziehe, erläuterten hohe Fatah-Verantwortliche beschwichtigend.

Trotz der begrenzten Erfolge der palästinensischen Diplomatie durchweht die politische Erklärung ein neuer Wind, der die Botschaft tragen soll, daß Al-Fatah der PLO-Politik ihres Vorsitzenden nicht widersprechen und nicht abseits der weltpolitischen Ansätze zur Lösung regionaler Konflikte stehen will. Dazu gehört nicht zuletzt eine positive Bewertung der vorsichtigen Schritte der Europäer in der Palästina-Frage.

Fatah's Demokratiebewegung

Während die politische Erklärung dem PLO-Vorsitzenden und nunmehrigen Fatah-Präsidenten freie Hand für die Fortsetzung seiner Politik gab, widersprachen die Delegierten dem vom alten Zentralkomitee vorgelegten organisatorischen Reformen in allen Punkten. Unzufriedenheit über mangelnde Kontrolle, fehlende Demokratie, fragwürdige politische Verfahren sowie einzelne Korruptionsaffären wurden selbst von höchsten Fatah-Kadern mit unmißverständlichen Worten gegeiselt. Mit der Wahl einer Reihe von unverbrauchten Kräften machte die Basis ihrem Ärger Luft.



aus: Palästina Nr. 1/Dez. 88

Nur aufgrund der persönlichen Intervention der Fatah-Führungsspitze wurde die Erweiterung des Zentralkomitees auf 21 Personen nach hartem Tauziehen durchgesetzt. Ursprünglich hatten die Delegierten nur das stark dezimierte Zentralkomitee „auffüllen" wollen, das seit der Ermordung Abu Jihads durch den israelischen Geheimdienst im April 1988 nur noch aus zehn Mitgliedern bestanden hatte. Abu'l Walid, der Generalstabschef der palästinensischen Truppen, war 1982 in der syrisch-kontrollierten Bekaa-Ebene ermordet worden. Der für Information zuständige Majed Abu Sharar war bereits im Jahre 1981 in Rom, vermutlich vom israelischen Geheimdienst, in die Luft gesprengt worden. Zwei weitere Mitglieder waren nach der Rebellion von 1983 aus Al-Fatah ausgeschlossen worden.

Umstritten an der Strukturreform war auch die Bildung eines sog. Politbüros, dem bis zu 11 Mitglieder des Zentralkomitees angehören können; Beobachter erwarten aber höchstens sieben bis neun Personen in diesem inneren Führungszirkel. Kritiker sehen die Gefahr eines Zweiklassenstatus im Zentralkomitee. Befürworter sind dagegen der Meinung, daß die „alten" Mitglieder die neugewählten an die Hand nehmen und in die Arbeit des Zentralkomitees einführen könnten.

Eine Aufnahme von Vertretern aus den besetzten Gebieten wurde auf einen „geeigneten Zeitpunkt" verschoben, eine salomonische Formulierung, die den Zusammenhalt zwischen der Organisation im Exil und unter Besatzung betont und aktuellen Schwierigkeiten nicht ohne Grund aus dem Weg geht.

Erste Frau im Zentralkomitee, sechs Frauen im Revolutionsrat

Eine erwartete, aber gleichwohl umwälzende Neuerung dieses 5. Kongresses war die Wahl von Intissar Al-Wazir (Umm Jihad), die Witwe von Abu Jihad, in das oberste Führungsgremium von Al-Fatah. Umm Hi-



„Um Jihad"
aus: Palästina Nr. 4/Okt. 89

had ist die erste Frau in diesem Gremium; die Delegierten sprachen ihr mit herausragenden 824 Stimmen ihr Vertrauen aus. Umm Jihad war bislang auch die einzige Frau im Revolutionsrat von Al-Fatah, einem Beratungsgremium zwischen den Generalkongressen, dem jetzt sechs Frauen angehören. Es sind dies die Vorsitzende der Generalunion palästinensischer Frauen, Salwa Abu Khadra; Miriam Al-Atrash, ein weiteres Mitglied der Frauenunion; Nabila Yassin (Umm Nasser), eine langjährige Mitarbeiterin von Arafat; Fatmeh Bernawi, die mehrere Jahre in israelischen Gefängnissen verbrachte, und Umm Lutof, die Frau des palästinensischen Außenministers Abu Lutof (Farouk Kaddoumi). Die Wahl einer Frau ins Zentralkomitee und von sechs Frauen in den Revolutionsrat kann in ihrer Bedeutung in Europa nur schwerlich angemessen bewertet werden, insbesondere auf dem Hintergrund der Re-Islamisierung in der arabischen Welt.

Von den 105 Mitgliedern des Revolutionsrates wird eine Hälfte vom Zentralkomitee ernannt, die andere Hälfte gewählt. Zu den neugewählten Gesichtern im Revolutionsrat zählen die Deportierten Akram Haniyeh, ehemaliger Chefredakteur der Jerusalemer Tageszeitung, Al-Sha'ab, und Anis Al-Khatib, der PLO-Vertreter in Zypern, Samir Abu Ghazaleh, und Abu Jihads Bruder, Zuhair Al-Wazir, PLO-Vertreter in Finnland. Auch der PLO-Vertreter in Genf, Nabil Ramlawi, und Walid Sayel, der Sohn des ehemaligen Generalstabschef Sa'ad Sayel, sowie Nasser Khudwa, ehemaliger Studentenführer und heute Vertreter der PLO bei der UNO in New York, wurden in den Revolutionsrat gewählt.

Politische Moral und Disziplin

Die Zustimmung zur palästinensischen Friedensinitiative durch den Kongreß von Al-Fatah bedeutet nicht die programmatische Übernahme dieser Initiative durch die Organisation. Angesichts der nach wie vor bescheidenen internationalen Reaktionen auf Arafats diplomatisch-politische Offensive hat Al-Fatah politische Vorsicht walten lassen, die das Scheitern einer politischen Lösung weder ausschließen kann noch darf. Skepsis kann im nahöstlichen Politikgeschehen kaum als Untugend ausgelegt werden.

Die politischen Auseinandersetzungen dieses 5. Kongresses haben sich in den Wahlen zu den Führungsgremien personalisiert. Auf Reaktivierung und Erneuerung der Organisation stehen die Erwartungen der Delegierten und Mitglieder an die neugewählten Funktionsträger, im Zentralkomitee ebenso wie im Revolutionsrat. Zufrieden schienen die Delegierten auch darüber, sich so manchen Ärger von der Seele geredet und manchen Denkzettel verteilt zu haben, doch blieb die trotzige Zuversicht mit einer gehörigen Prise Skepsis gewürzt. Die breite Zerstreuung der Palästinenser in den verschiedensten Gesellschaften des Exils hat nicht nur innerorganisatorisch Kommunikations- und Verständigungsprobleme, sondern auch kulturelle Unterschiede geschaffen, die sich in erheblich differierenden weltanschaulichen Orientierungen und Wertemustern manifestieren.

Paradoxerweise war es gerade Intifada, die den Ausbruch dieser Widersprüche in Al-Fatah praktisch verhinderte und stattdessen positive, weil den Zusammenhalt fördernde Anstöße gab. Die Verwundeten und Deportierten aus den besetzten Gebieten zeigten in allen Auseinandersetzungen und Gesprächen eine realistische und verantwortliche Haltung, die die zukünftige Politik von Al-Fatah stärker beeinflußen dürfte als bisher.

Die Intifada verlangt von Al-Fatah nationale Geschlossenheit und politische Flexibilität ebenso wie den Willen zu Demokratisierung und Erneuerung. Die Delegierten auf diesem Konkreß haben diese Botschaft ebenso verstanden wie die Führung: Politische Moral und Disziplin sind wieder gefragt — auch im Exil.

Georg Baltissen
(aus: „Palästina", Oktober 1989)



aus: Palästina Nr. 1/Dez. 88

Vorbemerkung

„Now it's Bush's War". Unter diesem Titel berichtete die Newsweek im September über die Antidrogenkampagne der neuen US-Regierung. George Bush, so das Nachrichtenmagazin, wolle sich mit dieser Kampagne als starke Führungspersönlichkeit profilieren: mit relativ geringem finanziellen Aufwand solle der Drogenkonsum eingeschränkt werden. Zu diesem Zweck werde ein Großteil der Gelder für die Drogenbekämpfung außerhalb der USA verwendet. Nicht bei der Nachfrage, d.h. bei den sozialen Problemen im eigenen Land solle angesetzt werden, sondern beim Angebot: Es sollen keine Drogen mehr ins Land kommen.

Bush verfolgt mit der Anti-Drogen-Kampagne zwei Ziele. Zum einen will er von den innenpolitischen Problemen ablenken und zum anderen will er den Einfluß der USA in Lateinamerika sichern und ausweiten. Dazu werden Militärberater und sogar US-Truppen in die Region geschickt. Unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung werden Guerilla und politische Opposition verfolgt.

Die Antidrogenkampagne ist nur eine Facette moderner Aufstandsbekämpfung. Die Strategie des low-intensity-warfare enthält nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche, politische, soziale und psychologische Elemente.

Jochen Hippler stellt das Gesamtkonzept der Low-Intensity-Conflict-Strategien (LIC) vor. An Beispielen aus Bolivien, Guatemala und den Philippinen werden regional spezifische Aspekte dieser Strategie untersucht. In einem weiteren Artikel wird das Konzept der „Totalen Nationalen Strategie" Südafrikas beleuchtet.

Ursprünglich wollten wir die Themen Counterinsurgency und Befreiungsbewegungen in einem Heft darstellen, da sie unserer Meinung nach inhaltlich nicht zu trennen sind. Lediglich aus redaktionellen Gründen haben wir den Block Counterinsurgency vor den Block Befreiungsbewegungen gezogen.

Zum ersten Mal haben wir für diesen Themenblock eine offene Redaktion ausgeschrieben. Viele LeserInnen haben sich daraufhin gemeldet, Anregegungen gegeben, Autoren vorgeschlagen oder Artikel zugesandt. Ohne ihre Mitwirkung wäre der Themenblock in dieser Form nicht möglich gewesen.



Low Intensity Warfare – Der unerklärte Krieg

Spätestens seit Beginn der achtziger Jahre ist in einem wichtigen Teil des politisch-militärischen Establishments in den USA die Diskussion um „Kriegsführung niedriger Intensität" in Gang gekommen. Dafür können folgende Gründe verantwortlich gemacht werden:

1) Die Erfahrung des verlorenen Vietnamkrieges lehrte, daß eine direkte Militärintervention der USA mit umfangreichen eigenen Kampftruppen einen militärischen Erfolg nicht unbedingt sicherstellte. Es ließ sich sogar das Argument vorbringen, daß die militärische Eskalation der USA, die „Amerikanisierung" und Technisierung eines Krieges, dem Gegner politisch-strategisch nützen könnte. Außerdem tendierten direkte US-Militärinterventionen größeren Ausmaßes — so auch eine Erfahrung aus Vietnam — leicht dazu, die US-Öffentlichkeit zu spalten, eine Politisierung und teilweise Radikalisierung in den USA zu fördern und damit die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten der US-Regierung einzuschränken. Hier waren Instrumente und Strategien nötig, die diese Gefahren umgehen würden.
2) Dies war um so dringender, als die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Dritten Welt deutlich gewachsen war und weiter zunehmen würde und zugleich deren Stabilität und Kontrollierbarkeit abgenommen hatte.
3) Schließlich wurde die Diskussion um Low-Intensity Warfare verstärkt geführt, als spätestens mit dem Ende der siebziger Jahre das Scheitern der „Nixon-Doktrin" offenbar wurde: diese war vom damaligen US-Präsidenten Richard Nixon 1969 ebenfalls als Reaktion auf das Vietnam-Desaster formuliert worden und besagte, daß die USA statt selbst zu intervenieren, sich zukünftig auf regionale Stellvertreter als Ordnungsfaktoren verlassen sollte und diese massiv unterstützen müßte. Mit dem Zusammenbruch des Schahregimes im Iran und der Somoza-Diktatur war dieses Konzept obsolet, etwas Neues mußte an seine Stelle treten.
4) In den — insbesondere frühen — Reagan-Jahren trat als zusätzliche Begründung hinzu, daß die strategische Beziehung zur Sowjetunion als insgesamt einigermaßen stabil betrachtet wurde und dieses Gleichgewicht nicht nur durch konventionelle und atomare Rüstungsanstrengungen im Ost-West-Kontext zum eigenen Vorteil verschoben werden sollte, sondern zusätzlich eine Konfliktverlagerung des Ost-West-Gegensatzes in die Dritte Welt erfolgte. Diese Verschiebung des Konfliktfeldes blieb auch nach den ersten Verbesserungen des Klimas zwischen den USA und der Sowjetunion noch gültig.

Was bedeutet „Kriegsführung niedriger Intensität"?

Die angesprochene Diskussion führte zu beträchtlichem begrifflichen Durcheinander und zu konzeptioneller Konfusion auch in Expertenzirkeln. Die Begriffe „low-intensity conflict" (LIC) und „Low-Intensity Warfare" werden synonym gebraucht (auch in diesem Beitrag), obwohl gelegentlich der erste für eine politisch-miltärische **Situation**, der zweite für eine darauf bezogene **Strategie** verwandt wurde. Zusätzliche Begriffe wie Counterinsurgency, Foreign Internal Defense oder Smal Wars machen die Sache nicht übersichtlicher: manchmal werden sie als weitere Synonyme, aber auch als Untergattungen oder als Gegenkonzepte vertreten. Es kann hier schon vorweggenommen werden, daß die Konfusion der Begriffe den ziemlich heterogenen Auffassungen davon entspricht, was Low-Intensity Warfare eigentlich ist, sein sollte und wie man es zu betreiben habe.

Versucht man, aus der Vielfalt des Materials den Begriff Low-Intensity Warfare zu synthetisieren, dann gelangt man etwa zu folgender Begriffsbestimmung: LIC umfaßt ein integriertes Bündel politischer, psychologischer, militärischer und wirtschaftlicher Maßnahmen, die in militärisch relevanten Konfliktsituationen in der Dritten Welt angewandt werden, um die Interessen der USA (oder eines anderen Akteurs) unterhalb der Schwelle des Kampfes zwischen regulären Armeen wahrzunehmen. LIC wäre damit eine zivil-militärische Gemeinschaftsaufgabe zur Durchsetzung der eigenen Interessen unter dem Niveau eines Krieges. Dies ist noch relativ abstrakt. Die Substanz wird deutlicher, wenn wir die wichtigsten Untergattungen betrachten:

Erstens ist hier die Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency) zu nennen — sie ist qualitativ und quantitativ von größter Bedeutung. Ihre Aufgabe besteht im Kern darin, einer im eigenen Land potentiell oder tatsächlich (etwa durch Aufstände oder Guerillabewegungen) bedrohten Regierung durch wirtschaftliche, politische und militärische Maßnahmen zu Hilfe zu kommen, die unterhalb der Schwelle einer Entsendung von Kampftruppen (im nennenswerten Maßstab) bleiben.

Zweitens gibt es das genaue Gegenteil: die Destabilisierung einer gegnerischen Regierung, möglicherweise bis zu deren Sturz. Dies ist in den letzten Jahren unter dem Namen „Reagan-Doktrin" populär und ideologisch überhöht worden. (Die Contras als „Freiheitskämpfer" sind das klassische Beispiel).

Drittens — und bereits wesentlich weniger relevant — existiert ein als „Counterterrorismus" bezeichnetes Konzept, das Elemente von Counterinsurgency aufgreift, sich aber dadurch unterscheidet, daß es stärkere polizeilich-militärische Komponenten enthält (etwa Kommandoaktionen) und ausschließlich über den Terrorismusbegriff legitimiert wird. (Zu diesem Punkt siehe: Jochen Hippler/Andera Lueg, Gewalt als Politik — Terrorismus und Intervention im Nahen Osten, Köln 1987, inbes. S. 69-105).

Schließlich bleibt noch eine Restkategorie, in der sehr unterschiedliche Einsatzformen zusammengefaßt werden: Aktionen zur Geiselbefreiung, Entsendung von Friedenstruppen, etc., beziehungsweise alles, was unter diesen Begriffen praktiziert wird.

Wie funktioniert es?

„Kriegsführung niedriger Intensität" ist eine vollkommen andere Art der Konfliktaustragung als konventionelle Kriege es sind. Ausgangspunkt einer Kampagne von Low-Intensity Warfare ist die Einschätzung, daß traditionelle und konventionelle militärische Mittel entweder aus politischen Gründen nicht in ausreichendem

Maße angewandt werden können oder sogar ungeeignet sind, den Konflikt für sich zu entscheiden. LIC ist daher ein **Gegenkonzept zum bloßen Einsatz militärischer Macht.** Eine LIC-Kampagne geht von der Erkenntnis aus, daß der jeweilige Konflikt eben nicht vorwiegend militärischer Natur ist, sondern soziale, politische, wirtschaftliche und andere Ursachen hat, die sich dann in sozialer Unruhe und gewaltsamen Widerstand entladen können. Daher muß es darauf ankommen, nicht nur oder nicht vordringlich militärisch Guerillas zu jagen und zu vernichten, sondern sich in gewisser Weise der Ursachen der Auseinandersetzungen anzunehmen.



LIC ist ein politischer Kampf, der neben allen anderen Elementen **auch** militärische Mittel umfaßt. Im Zentrum steht aber praktisch immer die Bevölkerung — ihre Kontrolle, Loyalität, ihr Wohlwollen oder ihre Neutralität. Wer die Bevölkerung kontrolliert, gleich ob ideologisch, politisch oder repressiv, hat den militärischen Teil der Auseinandersetzungen schon so gut wie gewonnen. Ohne Unterstützung durch eine Bevölkerung (oder größere Teile derselben) ist eine Guerillabewegung auf Dauer nicht lebensfähig. Andersherum: nur wem es gelingt, eine Guerilla zu isolieren — politisch oder räumlich — der kann sie auch militärisch zerschlagen.

Aus diesen Gründen sind eine Reihe politischer und ökonomischer Maßnahmen Kern vieler LIC-Operationen. In Counterinsurgency-Kampagnen beispielsweise sind Landreformen in der einen oder anderen Form Teil des Standardprogramms. „Demokratisierung", Wahlen und eine Verminderung von Menschenrechtsverletzungen (oft in der Form deren Präzisierung und Professionalisierung) gehören oft dazu. „Civic Action"-Operationen des Militärs, also Brunnenbohren, Aktionen zur medizinischen Versorgung, Bau ziviler Infrastruktur, bis zu Aktionen der Unterhaltung (etwa Filmvorführungen) auf dem Land werden regelmäßig durchgeführt. Alles soll der Bevölkerung und deren für oppositionelle Umtriebe „anfälligen" Sektoren demonstrieren, daß die Regierung durchaus deren Interessen berücksichtigt, daß sie über Möglichkeiten verfügt, sich politisch zu artikulieren, und daß sie durchaus etwas zu verlieren hat. Als wirtschaftliche Grundlage solcher Programme erweisen sich oft mehr oder weniger großzügige Leistungen an US-amerikanische Wirtschaftshilfe im Rahmen des ESF (Economic Support Fund, Teil der Security Assistance der US-Regierung), die nicht selten auch die Kapitalflucht aus dem betroffenen Land kompensieren müssen.

Ein solches politisch-ökonomisches Maßnahmenbündel steht vor zwei Grundproblemen. **Einmal** müssen eine Reihe von Reformen und positiven Maßnahmen durchgeführt werden, die die Lage der Bevölkerung in einem Maße verbessern, daß diese Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation durch die Regierung entwickeln kann. Dazu ist mehr erforderlich als bloße Propaganda oder drittklassige Scheinaktivitäten. Andererseits dürfen die Reformen natürlich nicht so weit gehen, daß sie die Regierung, die es zu stabilisieren gilt, weiter schwächen. Ein LIC-orientiertes Counterinsurgency-Programm soll schließlich ein herrschendes Regime an der Macht halten, die dazu dienenden Maßnahmen können die so gesetzten Grenzen nicht überschreiten. Es geht daher um einen delikaten Drahtseilakt: einerseits müssen die Reformen weit genug gehen, um ihre geplante Wirkung zu erzielen, andererseits dürfen sie nicht so weit gehen, daß sie die Machtstruktur des Landes zusätzlich erschüttern.

Zweitens ist ein solches reformorientiertes Maßnahmenbündel in Washington zwar relativ leicht entworfen, aber nur schwer umzusetzen. Im LIC-Rahmen können die USA schließlich die notwendigen Maßnahmen nicht selbst durchführen, sondern sind auf funktionierende Partner im Zielland angewiesen, auf eine funktionierende Regierung, entsprechende Behörden auf regionaler und lokaler Ebene und funktionierende Streitkräfte. Schließlich sind die USA auch darauf angewiesen, daß diese Instanzen über ein Mindestmaß an sozialer Basis und Akzeptanz in der Bevölkerung verfügen. Und darin besteht die zweite Achillesverse von LIC: die Abhängigkeit von effektiven lokalen Bündnispartnern und staatlichen und gesellschaftlichen Organen. Gerade hier sind die Einflußmöglichkeiten der USA begrenzt. Korruption, Desorganisation, verfestigte oligarchische Machtstrukturen, untätige oder unfähige Bürokratien und Spaltungen innerhalb der staatlichen Institutionen und im Militär sind Faktoren, die jeden LIC-Planer an den Rand des Wahnsinns bringen können. Dabei geht es nicht nur um organisatorische Schwierigkeiten, sondern auch um politische: in aller Regel werden wichtige Sektoren einer herrschenden Oligarchie oder Diktatur sich den reformorientierten Maßnahmen widersetzen, da sie ihre Interessen verletzt sehen. Hier entsteht also die Situation, daß die USA auf den hinhaltenden oder aktiven Widerstand derer treffen können, deren strategische Interessen sie langfristig wahren wollen.

Die militärischen Strategieelemente

Wenn LIC im Kern auch eine primär politische Angelegenheit mit sozioökonomischen Implikationen ist, so sollten doch seine militärischen Aspekte nicht unterschätzt werden. Hier lassen sich — und wir sprechen beispielhaft erneut ausschließlich von Counterinsurgency — zumindest drei unterschiedliche Anwendungsformen nennen:

1) militärische Notmaßnahmen in Situationen fortgeschrittener und entwickelter Aufstandsbewegungen. Beginnt eine LIC-orientierte Counterinsurgency-Operation relativ spät, kann die Lage bereits auf ein Niveau quasi-konventioneller Kriegsführung eskaliert und die Regierung akut bedroht sein. In einer solchen Lage sind aus US-Perspektive natürlich schnelle und nachdrücklich militärische Maßnahmen notwendig, die die aktuelle Gefährdung erst einmal abwenden, die Lage stabilisieren und damit einen Zeitgewinn verschaffen. Dieser Aspekt ist aus US-Perspektive relativ einfach durchzuführen, da er traditioneller Kriegführung noch am nächsten verwandt ist. Erforderlich ist vorwiegend eine schnelle Erhöhung der Feuerkraft, Erhöhung der Mobilität und eine Verbesserung der nachrichtendienstlichen Informationen und Kommunikationslinien. All dies ist im Rahmen amerikanischer Militärhilfe relativ schnell zu gewährleisten, ein Engpaß kann sich höchstens im Bereich der parallel erforderlichen Ausbildung ergeben.

2) Wenn es auf diese Weise gelungen ist, etwas Zeit zu gewinnen, geht es darum, sie nun zu nutzen. Voraussetzung ist ein Mindestmaß an militärischer „Sicherheit" auf dem Land und in den Städten, ohne die die anderen Aspekte der LIC-Kampagne kaum durchgeführt werden können. Die Durchführung einer Landreform setzt natürlich voraus, daß die Regierung die jeweiligen Regionen nicht nur kontrolliert, sondern politische und militärische Gegenmaßnahmen der Guerilla auch verhindern kann. Ebenso setzt die Einführung von Wahlmechanismen auf nationaler oder lokaler Ebene selbstverständlich voraus, daß die Durchführung der Wahl im Land auch gegen bewaffneten Widerstand gewährleistet werden kann. Ähnliches gilt bezüglich anderer LIC-Bestandteile. Alle diese militärischen Aufgaben bedeuten in der Regel eben keine offensive militärische Praxis gegen quasi-konventionell operierende gegnerische Verbände, sondern haben Such-, Säuberungs- und Sicherungsfunktionen. Die Gefechte gegen die Guerilla dienen in diesem Zusammenhang nicht dazu, sie militärisch zu schlagen oder physisch zu liquidieren (was als strategisch unmöglich ohnehin erkannt ist), sondern zielen darauf, sie abzudrängen und ihre politisch-militärischen Operationsmöglichkeiten einzuschränken.



„US-Manövertruppen in Ägypten"

3) Der dritte Aspekt militärischer Praxis liegt eher im polizeilich-paramilitärischen Bereich. Die Kontrolle der Bevölkerung, ihres Kontaktes mit einer Guerilla, das Auffinden und die Bestrafung von „Subversiven" und andere Aufgaben haben mit herkömmlichen militärischen Operationen nur sehr begrenzt etwas gemeinsam. Aus Gründen der Effektivität, aus politischen Gründen und zur Entlastung des Militärs erscheint es in der Regel sinnvoll, möglichst viele der damit verbundenen Aufgaben durch die Polizei und durch paramilitärische oder zivile Kräfte wahrnehmen zu lassen. Die Polizei kann aufgrund ihrer sonstigen Funktionen im Prinzip ihr Ohr näher an der Bevölkerung haben. Die Polizei wird nicht unbedingt mit Massakern oder anderen Repressionsakten des Militärs identifiziert und ist auf dem Land wegen ihrer sehr dezentralen Präsenz oft in die Beziehungsgeflechte eines Dorfes stärker integriert als dies dem Militär möglich ist.

Aber auch das Militär selbst wird in einer erfolgreichen LIC-Kampagne seine frühere Praxis modifizieren müssen. Aufwendige und oft erfolglose search-and-destroy-Missionen und Repression im großen Stil durch Anwendung militärischer Mittel wirken kaum erfolgversprechend. Repression ist zwar immer ein selbstverständliches und notwendiges Element von Low-Intensity Warfare, aber ein Ziel US-amerikanischer Planer besteht in der Minimierung, Professionalisierung und präziseren Anwendung von Repression. Massaker an ganzen Dörfern zur Liquidierung eines oder zweier Oppositioneller sind kontraproduktiv — sie können den Widerstand im Gegenteil anstacheln. Wenn es gelingt, die zwei Zielpersonen durch nachrichtendienstliche oder polizeiliche Mittel zu identifizieren und zu verhaften, ist der politische Effekt in aller Regel weit größer. In LIC-Kampagnen besteht aus US-Perspektive ein Problem sehr oft darin, das Militär des jeweiligen Landes von dieser Tatsache zuerst zu überzeugen und dann zu einer entsprechenden Praxis erst einmal zu befähigen.

Schwachstellen der LIC-Strategie

Low-Intensity Warfare und seine Unterelemente wie Counterinsurgency oder Contra-Operationen sind kein Zauberwerk, gegen das jede Gegenwehr zwecklos wäre. LIC-Strategien sind zwar relativ leicht zu entwerfen und zu planen. Die Umsetzung kann allerdings beträchtliche Schwierigkeiten verursachen. Die Bedingungen können so ungünstig sein, daß LIC Konzepte scheitern, oder sie können zum Scheitern gebracht werden. Die bloße Existenz einer LIC-Kampagne sagt noch nichts über deren Erfolgsaussichten voraus.

Der entscheidende Schwachpunkt wurde oben bereits angesprochen: das völlige Angewiesensein auf sozio-politische Bedingungen im Zielland, die einer LIC-Kampagne förderlich sind: Ohne einigermaßen effektive zivile Verwaltungs- und Regierungsstellen, ohne die Bereitschaft und die Fähigkeit dieser Stellen, die LIC-Strategie zu übernehmen und umzusetzen,

ohne eine gewisse soziale Basis der Regierung im eigenen Land und die Bereitschaft der Bevölkerung, wenigstens in gewissem Maße zu kooperieren und ohne die Existenz eines wirksamen Militärs sowie polizeilicher und geheimdienstlicher Organisationen wird jede LIC-Operation auf Sand gebaut sein. Die zivilen und militärischen US-Dienststellen können — und sollen — eben nicht die Kampagne allein und in eigener Verantwortung für die jeweilige „Gastgeberregierung" implementieren, sondern dieser nur beratend, ausbildend und materiell dabei helfen, sie selbst umzusetzen. Wo dies nicht möglich ist, ist LIC bereits im Ansatz gescheitert.

Zweitens legt der größte Teil der LIC-Strategen und Planer allerhöchsten Nachdruck darauf, daß LIC eine integrierte Konfliktform ist, die zum Erfolg ein einheitliches und integriertes Konzept und möglichst eine entsprechende Organisationsform voraussetzt. In der Realität kann davon aber nur sehr selten die Rede sein. Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten innerhalb des amerikanischen Militärs in Grundsatzfragen (ein großer Teil des Militärs ist LIC gegenüber sehr skeptisch bis ablehnend, da es ihren Traditionen und militärischen Denkweisen wenig entspricht und auch nicht karrierefördernd ist) oder bei der praktischen Anwendung eines Programms sorgen für Konflikte, die fehlende Abstimmung ziviler (etwa AID und USIA) und militärischer Stellen in Washington oder im Zielland führen fast immer zu Reibungsverlusten innerhalb der US-Akteure. Sie werden dadurch verstärkt, daß die Regierung des jeweiligen Dritte-Welt-Landes mit eigenständigen Vorstellungen an die USA herantritt, die gelegentlich dem LIC-Konzept zuwiderlaufen. Deren Interesse richtet sich meistens auf prestigeorientierte Entwicklungsprojekte oder auf hochtechnisierte Waffen, die in der konkreten Situation nutzlos sind. Schließlich sind auch der Regierungsapparat und die Gesellschaft eines Entwicklungslandes alles andere als homogene, widerspruchsfreie und handlungsfähige Einheiten: Spaltungen und Konkurrenzen in einem Zielland tragen aber die Tendenz in sich, sich an entsprechende Widersprüche in den US-Bürokratien zu binden und sich so gegenseitig zu verstärken.

Eine einheitliche Strategie kann aufgrund dieser konkreten Umstände oft gar nicht entstehen, zu unterschiedlich sind die Prioritäten und Interessen der beteiligten Akteure in den USA und dem Zielland. Von einer geschlossenen, widerspruchsfreien Umsetzung eines Konzeptes kann in aller Regel noch viel weniger die Rede sein, und der Anspruch auf ein integriertes Konzept bleibt oft graue Theorie. Von den zahlreichen — schon untereinander oft kaum zu vereinbarenden — großen Entwürfen von LIC-Strategien bleibt dann in der Praxis meist wenig mehr übrig als ein Bündel einzelner Politikelemente (etwa entwicklungspolitische, allgemeinpolitische, militärische, etc.), die dann im Feld notdürftig aufeinander abgestimmt werden müssen — mit unterschiedlichem Erfolgsgrad.

All dies bedeutet nicht die Irrelevanz von LIC. Die genannten Schwierigkeiten holen LIC lediglich aus dem Himmel der großen Strategie auf den Boden gesellschaftlicher Realitäten, auf dem Dinge eben gelingen oder scheitern können — und zwar aus konkreten, oft ziemlich banalen Gründen.



US-Antiguerilla-Schule in Panama

Abschließende Bemerkungen zur Diskussion

Die bundesdeutsche Linke hat sich spät, in der Dritte-Welt-Bewegung dann aber doch relativ intensiv mit Low-Intensity Warfare Strategien beschäftigt. Das letztere ist natürlich sehr zu begrüßen. Trotzdem drängt sich aufgrund der Diskussionen der letzten zwei oder drei Jahre (die kaum in schriftlicher Form geführt, sondern bei zahlreichen Veranstaltungen stattfanden) der Schluß auf, daß einige der dabei eingetretenen — möglicherweise unvermeidbaren? — Verflachungen politisch schädliche Auswirkungen entwickeln. LIC wurde gelegentlich zur Beschwörungsformel, zur neuen Symbolformel für die besondere Bosheit und Gemeinheit des Imperialismus. Diese Sichtweise würde die Banalität des Bösen übersehen: LIC ist eigentlich nichts Besonderes, ist auch nicht wirklich neu. Bei LIC handelt es sich im Kern nur um die Systematisierung, Verbindung und Vertiefung von zahlreichen einzelnen Techniken, die jeweils alles andere als originell sind. Und die LIC zugrundeliegende Erkenntnis, daß Konflikte in der Dritten Welt nicht samt und sonders in Moskau erfunden werden, sondern sozioökonomische Ursachen im Land haben, brauchte uns am allerwenigsten zu überraschen. LIC ist weder ein Grund zu übertriebener Aufregung, noch zu Mystifizierung,und die gelegentliche Tendenz, jede mögliche Einzelmaßnahme einer Regierung der Dritten Welt oder der USA als „LIC" zu etikettieren, damit zugleich und automatisch zu „entlarven" und der Notwendigkeit jeder weiteren Analyse zu entziehen, ist politisch schädlich und auch nicht übertrieben pfiffig. LIC als billiges Etikett für alles Bedeutsame und Bedeutungslose zu verwenden, ist Zeitverschwendung und verwirrt die Begriffe und damit die Analyse. Nicht jeder repressive Akt in der Dritten Welt, nicht jede Landreform, nicht jede Wahl und nicht jeder amerikanische Kampfhubschrauber haben etwa mit LIC zu tun. Die Diskussion der US-Militärs um Low-Intensity Warfare zum Anlaß zu nehmen, uns ebenfalls analytisch mit Konfliktverläufen und Stabilisierungsversuchen in der Dritten Welt zu beschäftigen und dabei deren Konzepte zu berücksichtigen — das ist sinnvoll und notwendig. LIC muß wieder zum Ausgangspunkt unserer eigenen Analysen werden, nicht zum Ersatz dafür und nicht zum vorweggenommenen Ergebnis.

Jochen Hippler

High-Probability Conflict in Bolivien

Die USA versucht mit allen Mitteln, ihren Einfluß in Lateinamerika auszuweiten. Bolivien hat in diesem Plan aufgrund seiner zentralen Lage geostrategische Bedeutung. Deshalb sollen die politischen Verhältnisse der US-Ideologie entsprechend stabilisiert werden. Unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung wurden zuerst Militärberater, später dann sogar Kampfeinheiten ins Land eingeschleust. Auch die technische und wirtschaftliche Hilfe wird in diese Strategie eingebunden. Längst ist es in La Paz ein offenes Geheimnis, daß Washington Bolivien in einen festen Militärstützpunkt verwandeln will.

Am 4. Februar 1988 legte General Fred F. Woerner, Chefkommandant des US-Südkommandos in Panama, vor dem Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses seine Pläne dar. General Woerner gilt als Spezialist für Low-Intensity Conflict (LIC). In seiner Rede präzisierte er, warum er den Ausdruck „High-Probalitity Conflict" bevorzugt.

Als „strategischen Imperativ" für seinen Kommandobereich Lateinamerika bezeichnete er:

— die Unterstützung für den demokratischen Prozess.

— die Professionalisierung der Militärs der Gastländer und die Legitimation ihrer Rolle in den demokratischen Prozessen.

Das Spektrum der Konflikte geht für ihn von Terrorismus, paramilitärischen Narcoguerrillas, lokaler Rebellion in Lateinamerika bis hin zu konventionellen und nuklearen Kriegen.

Um das Überleben des American Way of Life zu sichern, sollen neben direkten militärischen Optionen auch Sicherheitshilfe, kombinierte Trainingsübungen, nachrichtendienstliche Unterstützung, Offiziersaustausch, Civic Action, psychologische Operationen, Bau von Installationen, medizinische Übungen und Infrastrukturentwicklung eingesetzt werden.[1]

Mit der Verteidigung des us-amerikanischen „Way of Life", die Woerner mit seinen kriegerischen Maßnahmen am „unteren Ende des Spektrums" beabsichtigt, gliedert er sich ein in die Mystik des „kulturellen Krieges", der im Dokument „Santa Fe II" angesprochen wird.

Seine vehemente Verteidung des „demokratischen Prozesses" läßt sich entsprechend auch am besten vor dem Hintergrund von „Santa Fe II" verstehen: „Demokratie" ist nicht die Herrschaft des Volkes. „Demokratie" ist vielmehr „Freiheit", und zwar jene Freiheit, welche das Kapital zu seiner optimalen Entfaltung braucht.

Auch mit seiner Einschätzung der Feinde stimmt er mit Santa Fe II überein. Das Dokument stellt fest: „Die Amerikaner sind nach wie vor Angriffen ausgesetzt (...) Der Angriff manifestiert sich als kommunistische Subversion, Terrorismus und Drogenhandel."[2]

Und während in Santa Fe II festgestellt wird, daß „der größte Erfolg der Regierung Reagan in Lateinamerika die Rückkehr zur Demokratie" war, bringt es Woerner auf den Punkt: „Die Demokratisierung in Lateinamerika sichert unsere Südflanke..."

Die Entwicklung zum „Neuen Staat"

Aus der Revolution von 1952 in Bolivien war ein „nationalrevolutionärer Staat" hervorgegangen, der sich einerseits durch einen erklärt kapitalistischen Entwicklungsweg bei extrem hohem Staatsanteil auszeichnete und andererseits von einer „dualen Machtverteilung" geprägt war: der Staat in der Hand des Bürgertums auf der einen, das Volk mit den Gewerkschaften als politisches Artikulations- und Druckinstrument auf der anderen Seite. Mit der sinkenden Bedeutung des Bergbaus — u.a. durch sinkende Weltmarktpreise — verlor die stärkste Waffe der Gewerkschaften, der Minenstreik, an Wirkung.

Die Dokumente von Santa Fee

Im Mai 1980, rechtzeitig zu Beginn der Reagan-Administration, legte das Komitee von Santa Fee der Regierung eine programmatische Schrift vor, die grundlegend für die Lateinamerikapolitik der USA wurde. Die Autoren sind Mitglieder des privaten rechtskonservativen „Council's for Interamerica Security" (Rat für interamerikanische Sicherheit) in Washington. Ihre Grundthesen dekken sich weitgehend mit anderen militanten antikommunistischen Konzepten der harten Rechten in den USA. Zudem bestand eine inhaltliche Übereinstimmung mit den Geheimpapieren der Konferenz der amerikanischen Heere. Dies erklärt auch die Dynamik und den Einfluß den das Papier für praktische Politik gewonnen hat.

1988 erarbeitete das gleiche Gremium für den neuen Präsidenten Georg Bush das Papier „Santa Fe II". Dies empfiehlt gleichfalls ein geschlossenes Konzept für Lateinamerika und setzt neue Akzente: Wirtschaftliche Aspekte und der ideologische Kampf erhalten mehr Gewicht. Die Politik der „Demokratisierung" wird zum zentralen Punkt der Lateinamerikapolitik.

(vgl. Übersichtsartikel von Jochen Hippler zu Low-Intensity. Beide Dokumente von Santa Fee können bezogen werden bei: Information Lateinamerika (ila), Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Als die reformistisch linke Regierung der UDP (1982-85) die Folgen der Verschuldungskrise nicht in den Griff bekam, der Oligarchie durch ungeschickte Devisenpolitik und Korruption weitere 3 Mrd. Dollar zuschusterte und das Land durch eine Hyperinflation unregierbar wurde, gewann die Rechte 1985 die Wahlen und setzte den „neuen Staat" durch. Allgemein spricht man zwar nur von der „neuen Wirtschaftspolitik", die von einem amerikanischen Experten ausgearbeitet und vom IWF ständig überwacht wird. Ich ziehe es aber vor, vom „neuen Staat" zu sprechen, da neben ökonomischen Belangen praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche verändert und vor allem das Verhältnis der Klassen zueinander neu definiert wurde: War vorher von „dualer Machtverteilung" die Rede, so ist jetzt die Hegemonie der „neuen Oligarchie" unumstritten.

Der „neue Staat" ist insofern „demokratisch", als er extrem wirtschaftsliberal ist. Nun haben monetaristische Wirtschaftskonzepte es so an sich, daß für ihr Funktionieren gerade in der ersten rezessiven Phase eine starke Devisenquelle notwendig ist. In Großbritannien kam das Nordseeöl der Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung zu Hilfe, in Bolivien blieb kein anderer Weg als die Legalisierung der Kokaindollars durch die Zentralbank.

Andererseits ist durch die Zerschlagung des eigentlich demokratischen Instruments des Volkes, durch die Zerstörung der politischen Kraft der Gewerkschaften, ein Vakuum entstanden, welches vom Volk durch die Bildung eines neuen Instrumentes — nennen wir es „neues historisches Subjekt" — aufgefüllt werden muß.

Die Volksbewegung steht vor der Alternative, entweder die strategische Niederlage zu akzeptieren oder aber ein „neues historisches Subjekt" zu schaffen, das der veränderten Klassenstruktur Rechnung trägt. Campesinos und informeller Sektor sind die stärksten „Klassen". Das Proletariat ist auf eine zahlenmässig marginale Rolle reduziert und nur noch dank seiner Kampferfahrung ideologisch wichtig.

Wie das „neue historische Subjekt" aussehen wird, weiß man noch nicht, aber aus der Sicht der USA wird es „subversiven" Charakter haben („subversiv" ist alles „gegenhegemonische") und muß verhindert werden.

Kurz: Durch den „Neuen Staat" ist Bolivien zu einem klassischen Schlachtfeld des Low-Intensity Conflicts geworden, auf dem sich die präventive Aufstandsbekämpfung bewähren kann, denn bei einer derartig zugespitzen und widersprüchlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage ist wirklich „High Probability", hohe Wahrscheinlichkeit für konfliktive Situationen gegeben.

Drogenbekämpfung als Vorwand

Bereits unter der als sozialdemokratisch eingestuften Regierung der UDP (1982-85) wurden kombinierte Manöver von bolivianischen und US-Streitkräften geplant, die u.a. 3.500 Fallschirmabsprünge vorsahen und auch die von Woerner angesprochene Civic Action umfaßten.[3]

Häufig wurden Ausbildungs-Übungen mit Schnellbooten auf den ostbolivianischen Tieflandflüssen durchgeführt. Die Binnenwasserstraßen Lateinamerikas sollen für Truppentransporte genutzt werden.

Die zunehmende US-Militärpräsenz führte zu Diskussionen über eventuelle US-Pläne, in Bolivien einen Stützpunkt zwecks Kontrolle des ganzen Cono Sur einzurichten. Eine Reihe von Dementis bezüglich solcher Pläne prägten die erste Hälfte des Jahres 1988. Im August wurde dann aber ein neuer Abschnitt eingeleitet: Die bolivianischen Streitkräfte vereinbarten anläßlich des Besuchs von US-Außenminister Shultz die Erstellung einer Studie über die Aufrüstung der bolivianischen Armee. In der Folge wurden erneut Flußschifffahrts- und Landemanöver durchgeführt, ein US-Offizier inspizierte die bolivianischen Kasernen, und während sich im Nord-Altiplano das Drama der vermeindlichen oder realen Guerilla-Jagd abspielte, wurde südlich davon eine US-Militärmission eingerichtet, die 4.000 Campesinos medizinisch und psychologisch betreuen sollte.



US-Helikopter zur Drogenbekämpfung

Anfang September gab es einen Bruch in der Beziehung der beiden Länder. 5 Millionen Dollar Militärhilfe wurden mit der Begründung gestrichen, daß die bolivianische Armee in den Drogenhandel verstrickt sei. Nach einer Woche Streit, der sich hinter den Kulisen abgespielt hatte, zeigte man der Öffentlichkeit wieder traute Einigkeit: Die Militärhilfe wurde auf 30 Millionen Dollar angehoben und von Korruption und Kokain sprach niemand mehr. Als Gegenleistung ließ die bolivianische Armee alle Bedenken nationalen Stolzes fallen: Ein Kontingent von 300 US-Soldaten sollte ins Land kommen und den Flughafen von Potosi erweitern.

Die Öffentlichkeit reagierte mit einer heftigen Diskussion. Die sowjetische Botschaft lehnte den Einmarsch „fremder

Truppen" ab.[4] Gewerkschaften und linke Parteien äußerten die Befürchung, daß Bolivien zu einem „Honduras", d.h. zu einem US-Stützpunkt-Land werde[5] und der Erzbischoff von La Paz erklärte, daß die Kirche an der Seite des Volkes stehen werde, um der nationalen Souveränität zu Respekt zu verhelfen.[6] Die Wellen der Empörung schlugen so hoch, daß der US-Botschafter Gelbart schließlich in einem Leserbrief an die Presse eingreifen mußte.[7] Er lehnte den „Hondurisierungs"-Vorwurf vehement ab und führte aus, daß es nur medizinisches und technisches Personal sei.

Im Januar 1989 hat der bolivianische Kongreß mit den Stimmen der Rechten und des sozialdemokratischen MIR des US-Invasion abgesegnet, unter der Voraussetzung, daß die US-Soldaten keine Waffen tragen.[8]

Im Februar besuchte Woerner persönlich Bolivien[9] und kündigte an, die USA würden die Bildung multinationaler Truppen gegen den Drogenhandel vorantreiben.

Im April schlug dann der US-Botschafter vor, als Ersatz für die paramilitärischen Drogenbekämpfungseinheiten, Kampfeinheiten der US-Armee nach Bolivien zu bringen.[10]

Geostrategische Bedeutung

Im September 1988 wurde in der Nähe des Titicacasees ein Campesino wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommen und in der Kaserne von Achacachi zu Tode gefoltert.[11] In der Folge wurde der ganze Nordaltiplano mit einem „Routinemanöver" systematisch durchkämmt, Häuser der Campesinos und ländliche Schulen durchsucht und ein allgemeines Klima der Einschüchterung erzeugt.[12] Als dann Ende September ein Gefecht zwischen einer bewaffneten Gruppe und der Armee mit vier Toten bekannt wurde, wurden die Kontrollen noch verschärft.

In Santa Cruz gab eine Welle von Morden Anlaß zu bürgerkriegsähnlichen Manövern.[13] Die vom Massenelend erzeugte diffuse Gewaltbereitschaft und der Sendero Luminoso im Nachbarland haben die USA bewogen, kein Risiko einzugehen.

Der „neue Staat" soll stabilisiert und revolutionäre Bewegungen bekämpft werden. Denn Bolivien ist geostrategisch von Bedeutung. Von dem Land im Herzen Südamerikas können Eingreiftruppen rasch in umliegende Länder transportiert werden.

Ein willkommener Vorwand für die Präsenz der US-Truppen ist die Drogenbekämpfung. Daß es nicht um Drogenbekämpfung geht, ist mittlerweile sogar aktenkundig. So hat die CIA mit Kokaingeldern die Contra in Nicaragua finanziert.[14] Auch in Bolivien hat sich die US-Armee dem Verdacht ausgesetzt, die Hand schützend über das Kokaingeschäft zu halten. Bei einer Drogenbekämpfungsaktion 1986 wurde z.B. eine Kokainfabrik in Huanchaca verschont.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, das Anti-Drogen-Motiv nur als Vorwand für eine militärische Intervention zu betrachten. Einerseits befindet sich nur ein Teil der Drogenmafia in US-Händen, andererseits führen Drogenkonsum und dessen Begleiterscheinungen zu erheblichen Problemen in den USA selbst.

NROs als Objekt von LIC

Neben den Aktivitäten, in die die US-Armee direkt verwickelt ist und die sicher weitergehen, als das, was ich hier dargestellt habe, muß man ein Auge auf die Nicht-Regierungs-Organisationen werfen:

Eine Studie, die in Bolivien unter dem Pseudonym P. Buenahora veröffentlicht wurde,[15] zeigt auf, warum sich die revolutionären Bewegungen trotz zunehmender Verelendung in Lateinamerika in den 80er Jahren nicht ausgeweitet haben. Buenahora führt aus, daß dies entscheidend auf die Herausbildung einer gekauften Linken zurückzuführen sei: „Einheimische" Nicht-Regierungs-Organisationen wurden zum bevorzugten Arbeitsfeld eines Großteils der Intellektuellen. Sie haben sich damit immer mehr „humanitären", „wissenschaftlichen", „demokratisch-oppositionellen" und reformerischen Ansätzen gewidmet und dafür von NROs aus den Industriestaaten finanziert werden.

Neben diesem Phänomen der Korruption einer ganzen Schicht potentieller revolutinärer Führer, die zu einer fremdfinanzierten Brückenkopf-Linken wurde, gibt es die direkt agierenden ausländischen NROs, von denen zumindest die aus den USA die Aufgabe erfüllen, mittels „Hilfe" Sozialdaten zu sammeln, die für die Einschätzung neuralgischer Punkte und präventive Aufstandsbekämpfung von Wichtigkeit sind. Im Rahmen eines angeblichen Drogenbekämpfungsmanävers hat eine US-Armee-Einheit ein Dorf besetzt, Kinder geimpft und dabei die gleichen Fragen gestellt, die eine internationale Kinderhilfsorganisation vorher für ihre Fragebogen ebenfalls gestellt hatte. Heute ist die Armut Boliviens so gut untersucht und dokumentiert, wie noch nie, und zwar von Institutionen, die aus dem Ausland finanziert werden, von den Ländern, die ein fundamentales Interesse am Fortbestehen der Abhängigkeit und damit der Armut haben.

Außerdem hat der karitative Ansatz vieler Organisationen in der traditionell eher auf „Vertrauen in die eigene Kraft" bauenden Kleinbauernkultur eine Hilfe-Empfänger-Mentalität geschaffen, welche für Civic Action von Vorteil ist.

Es geht nicht darum, hier eine Verschwörer-Theorie aufzustellen. Wenn aber US-Armee-Angehörige davon sprechen, daß das „zwielichtige Schlachtfeld des LIC (...) ein enormes Gebiet ist, in welchem man private Resourcen nutzen kann", wenn es insgesamt nicht nur um militärische Belange, sondern um einen Kampf zwischen Systemen und Kulturen geht, dann ist das Einschalten von NROs eine logische Konsequenz. Dabei muß man davon ausgehen, daß die riesige Mehrheit derjenigen, welche in diesen Organisationen arbeiten, durchaus nicht die dunklen Absichten der Strategen des LIC verfolgen, sondern ehrlich engagiert sind.

Daniel Haller

Anmerkungen:

1) Fotokopie des Redemanuskripts, welches der lateinamerikanischen Öffentlichkeit zu gespielt wurde, sowie Gregorio Selser: Politica probable de EU Para Latinoamerica, en La Jornaua, México D.F. 21.9.88
2) Informe „R" 163: Santa Fe II: Politica de EE.UU. para el „Patio trasero". S. auch: Duchrow, Eisenbürger, Hippler: Totaler Krieg gegen die Armen, München 1989
3) AQUI 20.4.85, AQUI 27.5.85
4) hoy 2.12.88
5) hoy 11.11.88, hoy 22.11.88
6) hoy 27.11.88
7) hoy 30.11.88
8) Granma, Resumen Semanal, La Habana 12.2.89, Informe „R" 164
9) Informe „R" 165
10) Presencia 18.4.89
11) hoy 7.9.88
12) hoy 13.9.88, hoy 14.9.88
13) ultima hora 1.12.88
14) The Contra-Drug Connection, A Christic Institute Special Report, Washington Nov. 87
15) P. Buenahora: La ayuda contra el Desarrollo, Bolivia 1987

Erscheinungsort von hoy, Presencia, Informe „R" und AQUI ist La Paz

Die Bekämpfung des Drogenhandels ist derzeit das Thema in den USA. Präsident George Bush hat der Drogenmafia Kolumbiens den Kampf angesagt und würzt sein imageförderndes Anti-Drogenprogramm mit dem Angebot, Truppen nach Kolumbien zu schicken.[1] Bushs „Engagement" in Kolumbien erscheint allerdings in einem anderen Licht, wenn man bedenkt, daß er während seiner Amtszeit als CIA-Chef 1976/77 und als Reagans Vizepräsident die Aktivitäten des „SECRET TEAMS" unterstützte, das sich seit der kubanischen Revolution 1959 die Bekämpfung von Aufstandsbewegungen und linken Regierungen zur Aufgabe gemacht hat. Und eben dieses SECRET TEAM schreckte nie davor zurück, Einkünfte aus dem Drogenhandel für seine verdeckten Operationen zu nutzen. Als die Demokraten 1976 diesen Machenschaften einen Riegel vorschieben wollten, wurde das Secret Team privatisiert und damit der parlamentarischen Kontrolle vollends entzogen.[2]

Drogendealer Secret Team

Schon kurz nachdem die Revolutionäre um die Brüder Castro und Ernesto „Che" Guevara in Havanna eingezogen waren und den Diktator Batista verjagt hatten, begann die „Enterprise" (Einsatztruppe) des Secret Teams unter Verletzung des „US-Neutrality Acts" mit politischen Morden und sonstigen kriminellen Aktionen, die den Sturz der Regierung Castro zum Ziel hatten. Das Secret Team rekrutierte sich vornehmlich aus Exilkubanern, die in Trainingslagern in Florida und Guatemala ausgebildet wurden. Im Januar und März 1960 traf sich Richard Nixon mit Mitarbeitern des Secret Teams, um die Ermordung Raul und Fidel Castros sowie „Che" Guevaras zu diskutieren.[3] Um diese Operation finanzieren zu können, wurden zum Teil Gelder, die für andere geheimdienstliche Projekte bewilligt worden waren, abgezogen; der andere Teil der Gelder stammte von Don Santo Traficante, einem exilkubanischen Drogenbaron, der gerade in Havana ein Dealerparadies verloren hatte. Doch diese „low-intensity"-Strategie, die inzwischen auch politische Morde gegen anderen kubanische Spitzenfunktionäre, Sabotage, Brandstiftung und Kidnapping beinhaltete, wich bald den Plänen zur Schweinebucht-Invasion, an der die „Enterprise" ebenso beteiligt war.

Nach dem gescheiterten „Schweinebuchtabenteuer" errichtete das Secret Team sein neues Hauptquartier JM/WAVE auf dem Gelände der Universität Miami. Von hier aus wurden unter dem Namen „Operation Mongoose" erneut paramilitärische Aktionen und Mordprogramme gegen Kuba koordiniert.[4] Der Chef der Station, Theodore Shackley, war Vorgesetzter von 300-400 Nordamerikanern und etwa 5.000 Exilkubanern. Organisatorische Hilfe erhielt er von Thomas Clines und Ed Wilson. Die Aufgabe der „Operation Mongoose" bestand in Sabotageaktionen: Verseuchung kubanischer Exporte, Anschläge auf Eisenbahnlinien sowie auf Öl- und Zuckerraffinerien, die das Herzstück der Ökonomie Kubas bildeten. Die ständige Verwicklung der an der „Operation Mongoose" Beteiligten in den Drogenschmuggel führte 1965 zur Schließung von JM/WAVE. Zurück blieben 6.000 rechtsextreme Exilku-



Sabotageakt in Kuba im März 1960. Nachdruck aus „INRA" 1960, Nr. 3



Von den Sandinisten eroberte Contra-Basis an der Grenze zu Costa Rica

baner mit besonderen Verbindungen zur Unterwelt.

Die Leute des Secret Teams fanden jedoch bald ein neues Aufgabenfeld in Südostasien, wo gerade einer der schmutzigsten Kriege der US-amerikanischen Nachkriegsgeschichte begann.

Pepsi-Cola-Fabrik als Heroinraffinerie

Shackley und Clines, die leitende Positionen im CIA in Laos innehatten, organisierten, finanzierten und leiteten im Norden des Landes eine geheime Armee von Stammesangehörigen der Hmong (Meo), die sich traditionell dem Opiumanbau widmen. Ziel dieser Armee war die Bekämpfung der linksgerichteten Aufständischenarmee des Pathet Lao. Dabei arbeitete das Secret Team mit dem Opiumlord Vang Pao zusammen, dem es das Drogenmonopol im Lande verschaffte. Pao seinerseits führte einen guten Teil der Gewinne der „Enterprise" zu und wurde bald Chef der Hmong-Armee, die 1968 4.000 Söldner zählte.

Generalmajor Richard Secord, der für die Transportaktionen der Luftwaffe in Laos zuständig war, überwachte und genehmigte den Transport des Opiums Vang Paos von den Plantagen in die Labors, wo der Stoff zu Heroin weiterverarbeitet wurde. Shackley setzte sich in der Zwischenzeit für die Errichtung einer Pepsi-Cola-Abfüllstation vor Ort ein, die als Fassade für eine Heroinraffinerie dienen sollte. Dem langjährigen Chef der rechtsextremen World Anti-Communist-League, Generalmajor John Singlaub, der seit seinem Vietnam-Einsatz für das Secret Team tätig ist, wird nachgesagt, eine besondere Rolle bei diesem Drogenschmuggel gespielt zu haben. Ward Churchill, einer seiner damaligen Kampfgefährten, erklärt dazu: „Singlaub war in die Drogengeschäfte in Südostasien verwickelt ... Teufel, wir im Kampf wußten alle davon ... und es ist schwer vorstellbar, daß in der Führung niemand davon gewußt hat."

Nach Shackleys und Clines' Versetzung nach Saigon leiteten sie die „Operation Phoenix", in der ca. 60.000 vietnamesische Zivilisten umgebracht und weitere 30.000 verhaftet wurden, weil sie im Verdacht standen, mit der „National Liberation Front" in Südvietnam zu kooperieren. Obwohl die „Operation Phoenix" 1971 von einem Senatsausschuß geächtet wurde, führten Shackley und Clines derartige Mordaktionen bis 1975 durch.[5]

Die Drogen-Bank

Der Feldzug des Secret Teams gegen den Weltkommunismus ist nie uneigennützig gewesen. Ein Großteil der Einkünfte aus den Waffen- und Drogengeschäften floß in die eigenen Taschen. Dafür, aber auch für die normalen Transaktionen, wurde 1973 eine finanzielle Infrastruktur geschaffen: die Nugan-Hand-Bank. Die Umsätze dieser Bank, die nie einen regulären Bankbetrieb aufnahm, beliefen sich immer auf Milliarden. Eine spätere Untersuchung der australischen Regierung ergab, daß mindestens 26 Personen oder Gruppen, die in Verbindung mit der Bank standen, als Unterstützer der Drogenszene bekannt waren.[6]

Die Bank beschränkte sich nicht allein auf finanzielle Transaktionen, sondern organisierte auch Waffenlieferungen u.a. nach Angola, wo die MPLA, die nach der Unabhängigkeit die Regierung übernommen hatte, vom Secret Team bekämpft wurde.

Die Privatisierung des Secret Teams

Nach dem Watergate-Skandal wurden Untersuchungskommissionen eingesetzt, u.a. mit dem Ziel, den Machtmißbrauch des

CIA einzuschränken. Dies blieb für die Arbeitsweise der „Enterprise" nicht ohne Folge. Shackley spekulierte darauf, daß er, wenn Präsident Ford 1976 wiedergewählt werden sollte, als CIA-Chef seine „schwarzen" Aktionen auf eigene Faust fortsetzen könne. Im Secret Team diskutierte man aber auch den Fall, daß ein reformorientierter Kandidat die Präsidentschaftswahlen gewänne: In diesem Fall sollte ein selbstfinanzierter, eigenständiger „privater CIA" unter der Leitung von Shackley und Clines verdeckte Operationen durchführen.

Dieser Plan wurde 1978 verwirklicht, nachdem „Reform"-CIA-Chef Stansfield Turner unter Carter 800 höhergestellte CIA-Beamte entlassen hatte. Um diesen „privaten CIA" finanzieren zu können, gründete man 1979 die „International Research and Trade Corp." (IRT), deren Chef Clines wurde, nachdem er im Oktober 1978 den CIA verlassen hatte. Der IRT spielten Mitglieder des Secret Teams, die inzwischen hohe Ämter im Verteidigungsministerium innehatten, Aufträge in Milliardenhöhe zu, so z.B. einen Waffendeal mit Ägypten, der bei den Verhandlungen in Camp David geschlossen worden war.

Die Fortführung der US-Politik mit anderen Mitteln

In den 80er Jahren konzentierte die „Enterprise" ihre Aktivitäten neben der Unterstützung der angolanischen Contra, UNITA, und (ab 1985) der afghanischen Rebellen besonders auf die Versorgung der bewaffneten nicaraguanischen Konterrevolution.

Es war George Bush, der 1982, nach Verabschiedung des ersten „Boland Amendments", das eine direkte Intervention in Nicaragua untersagte, der Bitte des damaligen CIA-Chefs William Casey entsprach, sein Vizepräsidenten-Büro zur Deckung der Contra-Versorgungsoperation „Black Eagle" zur Verfügung zu stellen.[7] Don Gregg, der durch seine Zusammenarbeit mit der „Enterprise" als CIA-Stationschef in Saigon einige Erfahrung gesammelt hatte, wurde zum US-Verbindungsmann dieser Operation. Zur Tarnung übernahm er das Amt des nationalen Sicherheitsberaters Bushs, das er heute noch innehat.

1982 traf sich Bush mit „General Koks" Manuel Noriega, um diesem zu erklären, daß er über seine Verwicklungen in den Drogenhandel informiert sei. Dabei erörterten die beiden Politiker auch die Möglichkeiten Panamas bei der Versorgung der Contra zu helfen.[8] Schließlich erteilte Noriega den USA Landerechte und nutzte die Flugzeuge der „Black Eagle-Operation", um Drogen in die USA zu bringen. Das Secret Team nahm ebenfalls Kontakt zu Noriega auf: Zusammen mit einem Agenten des israelischen Geheimdienstes, Michael Harari, der ebenfalls gute Verbindungen zu Noriega unterhielt, entstand so das „Harari-Netzwerk", über das Einkünfte aus dem Drogenhandel für verdeckte Operationen verfügbar gemacht wurden: Kokain und Marihuana des Medellin-Kartells in Kolumbien wurde über Panama, Costa Rica, Ilopango in El Salvador oder über Aguacate in Honduras in die USA ausgeflogen. Dabei intervenierten immer wieder US-Behörden, um die Durchsuchung dieser Flugzeuge verhindern.[9]

„Black Eagle" überschnitt sich mit einer anderen verdeckten Operation, dem „Project Democracy" der „Enterprise": 1984 hatten die USA durch die Verminung nicaraguanischer Häfen und durch den Beschuß des Ölhafens von Corintha international an Ansehen verloren: Die Presse sprach von Verletzungen des Völkerrechts. Der Kongreß verabschiedete das zweite „Boland Amendment", in dem der US-Regierung jegliche auch indirekte Einmischung in Nicaragua untersagt wurde. Aufgrund dessen trug der Chef des US-Sicherheitsrates, Mc Farlane, Reagan den Plan zur „Privatisierung" des CIA vor, der „bei vorsichtiger Ausführung keine Gesetze verletzen" und die US-Regierung aus der Schußlinie der Medien nehmen würde. Reagan stimmte zu.[10]

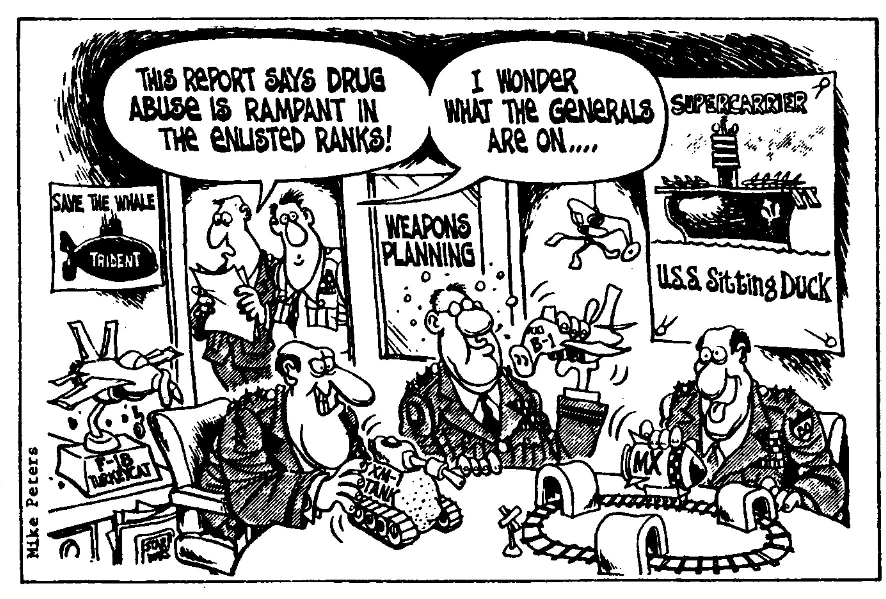
Das „Project Democracy" wurde bekanntlich über Waffenlieferungen an den Iran, aber auch über Einkünfte aus dem Drogenhandel finanziert. Einer der Drogendealer, die an der „Enterprise" beteiligt waren, George Morales, erklärte zur Rolle des derzeitigen US-Präsidenten: „Die Contra-Drogen-Operationen fanden allesamt die Unterstützung George Bushs." Alle Affairen, in die Bush verwickelt war, zeigen, daß sein Engagement gegen Drogen nichts weiter als eine scheinheilige Farce ist.

Dem Secret Team wird so schnell nicht das Handwerk gelegt werden können. Die Frage ist, welches Betätigungsfeld es sich als nächstes aussuchen wird. Oder war es schon am jüngsten Putsch gegen Noriega beteiligt?

Gerd Bausch

Anmerkungen:

1) vgl. El Pais, Cocaina para la contra, 14.09.1988
2) Das „Christic Institute", eine gemeinnützige Anwaltskanzlei in Washington, reichte 1986 ein Verfahren gegen das Secret Team ein, auf dessen Anklageschrift sich dieser Artikel gründet. Die planmäßige Eröffnung vor der letzten US-Wahl wurde verhindert, derzeit bemüht sich das Christic Institute in einem Revisionsverfahren dennoch die Eröffnung der Hauptverhandlung zu erreichen.
3) Washington Post, 11.08.1985, in: NACLA, Juli/August 1986, S. 26
4) In dieser Zeit wurden mindestens 33 Mordpläne ausgearbeitet!
5) Anfang der achtziger Jahre erlebte das Phoenix-Programm unter dem gleichen Namen seine traurige Rennaissance in El Salvador.
6) Besonders interessant ist die Filiale der Nugan-Hand-Bank in Chiang-Mai (Thailand). Diese befand sich im selben Haus wie die amerikanische Drogenbekämpfungsbehörde DEA. Gerade hier, im „Goldenen Dreieck", erwirtschaftete die „Enterprise" einen Großteil ihrer Drogengewinne, ohne bei der DEA Verdacht zu erregen...
7) vgl. Rolling Stone, November 1988
8) Herrera, ehemaliger zweiter Kommandant der panamaischen Streitkräfte, in: More on Bush/Noriega, Newsweek, 31.10.1988
9) vgl. Geheim Extra, S. 14: Der Drogenschmuggler Betzner: „Ich schmuggelte meinen Teil der illegalen Substanz (Drogen), aber ich transportierte auch (...) Waffen im Austausch dazu, mit dem vollen Wissen und der Mithilfe der DEA (Drogenpolizei) sowie des CIA."
10) vgl. Anmerkung 3



„In diesem Gutachten steht, daß der Drogenmißbrauch unter den Soldaten weitverbreitet ist."
„Ich frag' mich, was unsere Generäle so antörnt".
aus: Counterspy März 1984

Der geheime Krieg der USA in Guatemala

Mit dem Machtantritt der Bush-Administration ist Bewegung in die unter Ronald Reagan erstarrte Mittelamerika-Politik der USA gekommen. Damit scheint eine achtjährige Phase zu Ende zu gehen, in der die USA bei der Verfolgung ihrer Ziele in der Region allein auf militärische Mittel setzten. Die Grundlinien der neuen, pragmatischeren Politik, soweit sie sich unter dem eher zögerlichen George Bush bereits abzeichnen, laufen auf eine stärkere Betonung diplomatischer Wege hinaus, ohne daß die militärischen Möglichkeiten aufgegeben würden. Allerdings wird deren Einsatz differenzierter als in der Vergangenheit betrieben. Deutlich zeigt dies ein Vergleich der US-amerikanischen Politik gegenüber Nicaragua und Guatemala: Während die Unterstützung für die antisandinistische Contra vorläufig eingeschränkt wurde, bahnt sich einige hundert Kilometer weiter ein neues militärisches Engagement an: Nach einer drastischen politischen Kehrtwende im vergangenen Herbst haben die USA ihre Aktivitäten in Guatemala beträchtlich ausgeweitet.

Als die guatemaltekischen Militärs im Juni den „Tag der Armee" mit einer Militärparade in Guatemala-Stadt feierten, war unter den Ehrengästen auf der Tribüne auch ein hoher US-amerikanischer Besucher: General Fred Woerner, Oberkommandierender der US-Streitkräfte in Lateinamerika. Die Anwesenheit des US-Generals war weit mehr als nur eine freundliche nachbarschaftliche Geste. Seit mit Vinicio Cerezo 1986 ein Zivilist in den Präsidentenpalast einzog, haben sich die USA Schritt für Schritt in Guatemala eingerichtet. Für sie war die Amtseinführung des christdemokratischen Politikers — er löste eine seit 1954 (Sturz der reformistischen Arbenz-Regierung mit Hilfe der USA) andauernde Militärdiktatur ab — der willkommene Anlaß, von ihrer, aus innenpolitischen Gründen (Menschenrechtsverletzungen) bis dahin distanzierten Haltung abzurücken.

Als erstes nahmen die USA die acht Jahre zuvor unter Präsdent Carter eingestellte militärische Auslandshilfe für das mittelamerikanische Land wieder auf. Sie stieg in der Folgezeit drastisch an: Bekamen die guatemaltekischen Militärs 1987 nur fünf Millionen Dollar aus Washington, so kletterte dieser Betrag 1988 auf sieben und 1989 auf neun Millionen Dollar. Das Ergebnis: Wie in guten alten Zeiten fliegen guatemaltekische Truppen jetzt wieder mit Hubschraubern „Made in the U.S.A.", schießen mit US-Gewehren und werden von US-amerikanischen Instrukteuren trainiert.

Im Kontext der gesamten militärischen Auslandshilfe der USA ist der Umfang für die ehemalige „United Fruit"-Plantage immer noch gering. Die politische Brisanz ergibt sich vor allem aus zwei Faktoren: Erstens durch die enorme Steigerungsrate der Militärhilfe, zweitens dadurch, daß Guatemala, dessen Regierung sich am wenigsten auf einen in den mittelamerikanischen Friedensvereinbarungen geforderten Dialog mit der bewaffneten Opposition des Landes einläßt, militärische Unterstützung erhält.

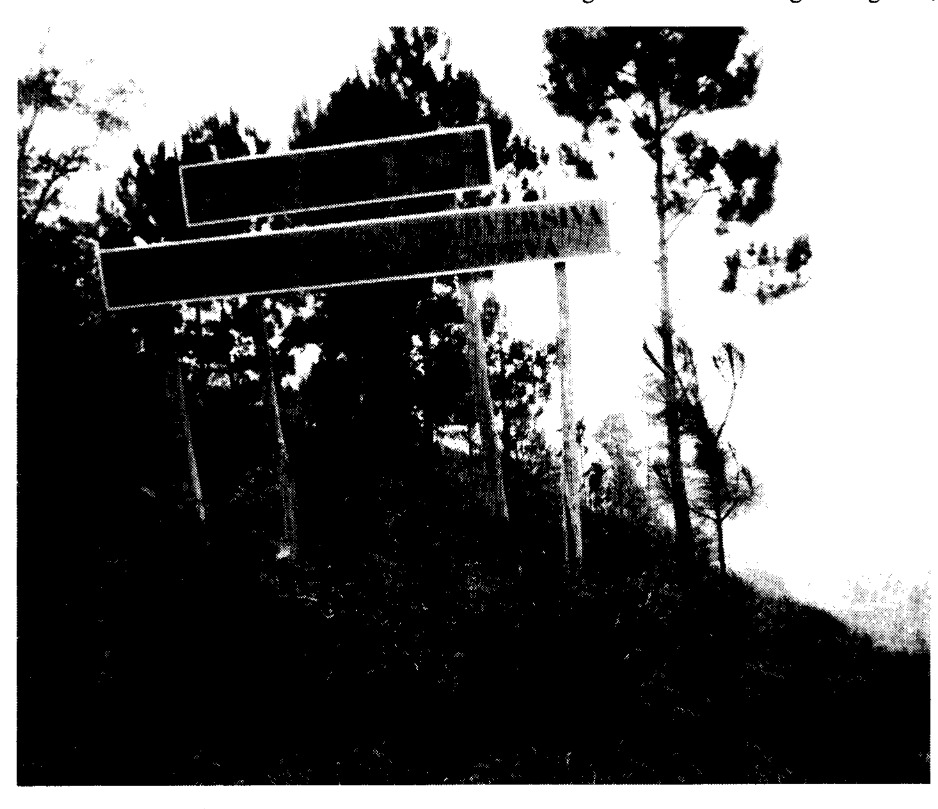
Bis jetzt bleiben die Hilfsgelder entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des US-Kongresses auf Ausbildung, Lieferung von Ersatzteilen und andere „nicht todbringende Ausrüstung" beschränkt. Doch alle Anzeichen deuten auf eine Ausweitung des US-amerikanischen Engagements hin: „Die Bush-Administration macht Überstunden, um sich in Guatemala zu profilieren", resümiert das Wochenmagazin „Newsweek" in seiner Ausgabe vom 24. Juli. Im Mai hätten die USA Ärzte der Nationalgarde in das mittelamerikanische Land geschickt, damit diese dort gemeinsam mit guatemaltekischen Kollegen in einer mobilen Klinik die Landbevölkerung medizinisch versorgen. Im Juni sprengten Ingenieure der US-Armee eine Straße durch die Berge. Regelmäßig gäben Piloten der US-Luftwaffe den Besatzungen der guatemaltekischen A-37-Kampfflugzeugen Nachhilfestunden und genauso selbstverständlich hielten US-amerikanische Mechaniker die C-47-Transportflugzeuge in Schuß. Bereits im vergangenen Jahr hätten die „Green Berets" dem Land einen Besuch abgestattet und dort auf einer Basis guatemaltekischer Spezialeinheiten zwei Wochen lang das Überleben im Dschungel geübt.

Nahezu alle diese Aktivitäten sind darauf ausgerichtet, den Kampf der christdemokratischen Regierung gegen die linke Aufstandsbewegung zu unterstützen. So wird die erwähnte Straße den Zugang der Regierungstruppen zu einer Hochburg der Guerilla erleichtern. Als im vergangenen Jahr die alten guatemaltekischen Hubschrauber wegen Ersatzteilmangels nicht einsatzbereit waren, holten die USA flugs ihre Chinook-Helikopter aus Honduras. Sie brachten die Truppen wohlbehalten ins Kampfgebiet. Mindestens zweimals flogen Piloten der US-Streitkräfte in diesem Jahr Lebensmittel, medizinische Teams und Baumaterial in Gebieten wo guatemaltekische Truppen, um der Guerilla das Wasser abzugraben, die Bevölkerung in „Modelldörfer" umsiedeln. Zitat eines westlichen Beobachters: „Die Vereinigten Staaten haben sich selbst in die Aufstandsbekämpfung eingeschaltet."

Und die Hilfe der USA dauert an. In diesem Jahr wird die guatemaltekische Armee

20.000 M-16-Gewehre von der US-amerikanischen Waffenschmiede Colt Industries kaufen. Gesamtwert: 13,8 Millionen Dollar. Es ist das größte US-amerikanisch-guatemaltekische Waffengeschäft in diesem Jahrzehnt; dagegen nehmen sich die privaten Waffenverkäufe in Guatemala in den vergangenen Jahren (1981 bis 1987: 1,4 Millionen Dollar) geradezu bescheiden aus. Um absehbaren Streitigkeiten mit dem US-Kongreß aus dem Wege zu gehen, bleibt das Geschäft gerade noch unter der gesetzlich festgelegten 14-Millionen-Grenze, bei deren Überschreiten das Parlament ein Mitspracherecht hätte. Daß das Geschäft zustande kam, wird nicht zuletzt den engen Beziehungen zwischen US-amerikanischen und guatemaltekischen Armeeoffizieren zugeschrieben. Die neuen Gewehre ersetzen die schwereren und unhandlicheren Galil-Gewehre, die Guatemala in den Jahren der eingefrorenen US-amerikanischen Waffenhilfe von Israel erhalten hatte. Ein weiteres Plus im Kampf gegen die URNG, die „Vereinigte Guatemaltekische Guerillabewegung". Es läßt sich voraussehen, daß die guatemaltekische Armee versuchen wird, weitere 20.000 M-16 zu kaufen. Schließlich gilt es, auch die anderen Hälfte des 40.000-Mann-Heeres optimal auszurüsten.

„Eine antisubversive und ideologisch neue Gemeinde" (Ortsschild eines Modelldorfes) Foto: Info-Stelle Guatemala



Neben der Hilfe bei der Aufstandsbekämpfung verfolgt die Bush-Administration internen Bekundungen zufolge mit dieser Politik noch ein zweites Ziel: Eine Ausweitung der Militärhilfe soll jene rechtsextremen Kräfte innerhalb des guatemaltekischen Militärs ruhigstellen, die nur auf einen Anlaß warten, um gegen die zivile Regierung zu putschen.

Auf dem Capitol Hill mochte man dieser Argumentation des Weißen Hauses bisher nicht folgen. Nach wie vor ist die Mehrheit der Abgeordneten des US-Kongresses beunruhigt über die andauernden Verletzungen der Menschenrechte in Guatemala. Werden diese doch der gleichen rechten Soldateska angelastet, die es jetzt angeblich mit Waffengeschenken zu besänftigen gilt. Vor allem aus den Reihen der Demokraten erhob sich so Protest gegen das M-16-Geschäft. Abgeordnete, wie der Demokrat Robert Mrazek machen bereits jetzt gegen weitere Waffenverkäufe mobil. Diese Einwände haben die Bush-Administration jedoch nicht davon abhalten können, aus ihren Hilfslieferungen ein Höchstmaß an propagandistischem Profit herauszuschlagen. Auch General Woerner war bei seinem Besuch in Guatemala nicht mit leeren Händen gekommen. Quasi als Belohnung hatte er 32 Lastwagen für Verteidigungsminister Héctor Alejandro Gramajo im Reisegepäck. Gramajo hatte sieben Wochen zuvor einen Putschversuch von rechtsaußen niedergeschlagen. Nur wer treu zur „Demokratie" steht, so die unausgesprochene Botschaft, kann mit Waffen aus den USA rechnen.

Das Echo in der US-amerikanischen Öffentlichkeit auf das Engagement der Bush-Administration in der einstigen Halbkolonie der USA ist eher verhalten. Noch immer weckt jedes militärische Engagement jenseits der eigenen Grenzen Erinnerungen an Vietnam: „Die wachsende Rolle der USA in Guatemala ist ein unbestreitbarer Segen für die Regierung Cerezo; aber sie hat in den USA Kritik entfacht und Amerika an die Schwelle des direkten Eingreifens in Guatemalas Guerillakrieg gebracht", schreibt die Newsweek.

Norbert Glaser

„Modelldörfer"

Die guatemaltekische Armee orientiert sich bis heute bei der Aufstandsbekämpfung an den Vietnam-Erfahrungen ihrer US-amerikanischen Berater. Die „Wehrdörfer" Vietnams, in die die Landbevölkerung deportiert wurde, um großflächig gegen den Vietcong vorgehen zu können, heißen in Guatemala „Modelldörfer". 1983 begann die Armee in der Region Ixil, systematisch die Felder zu zerstören und die Bauern zu vertreiben oder zu massakrieren. Die überlebende Bevölkerung wurde aus ihren traditionellen Streusiedlungen in provisorisch errichtete Militärcamps oder in Umerziehungslager deportiert. Flüchtlinge wurden zum Ausbau der Militärlager zwangsverpflichtet. Für ihre Arbeit wurden sie mit Nahrungsmitteln entlohnt, die unter anderem von den EG-Staaten als Soforthilfe für die Wiedereingliederung der Flüchtlinge bestimmt waren. Später mußten sie die neuen „Modelldörfer" errichten, in denen sie heute unter unmittelbarer militärischer Kontrolle leben. Nach Aussagen von Beobachtern erinnern diese Siedlungen, die alle im gleichen Baustil errichtet werden, an Gefangenenlager...

Ein offizielles Dokument der Verwaltung des Department (Region) Quiché nennt das Ziel der militärischen Strategie „... die Auslöschung oder Unterwerfung der in die Wälder des Ixcán geflohenen Bevölkerung und die Integration dieses gesamten Gebietes in die Projekte der militärischen Wiederansiedlung, die die Streitkräfte dort durchführen". Während die Regierung innenpolitisch vor allem strategische Ziele mit dem Dorfprojekt verfolgt (stärkere Kontrolle der Bevölkerung, Ausbau der Militärbasen), ist es ihr gelungen, das Programm gegenüber dem Ausland als unterstützenswertes humanitäres Projekt zur Wiedereingliederung von Flüchtlingen darzustellen. So konnte die wegen Menschenrechtsverletzungen häufig angegriffene guatemaltekische Regierung nicht nur ihr internationales Ansehen aufbessern, sondern sich auch finanzielle Unterstützung für ihre verdeckte Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung sichern. Die EG-Kommission zahlte bislang 2,6 Millionen DM für die Ansiedlung von 4.000 Flüchtlingen in „Modelldörfern".

aus: Vierte Welt Aktuell, No. 84, Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen

Wer eine Aquino hat, braucht keinen Marcos

Anläßlich ihres Staatsbesuches in der Bundesrepublik (im Juli 1989) bezeichnete Corazon C. Aquino sich als „Übergangspräsidentin" und behauptete, dem philippinischen Volk „den Weg von der Diktatur zur Demokratie" ebnen zu wollen. Starke Worte angesichts der Tatsache, daß sie seit Anfang 1987 die Strategie des „totalen Krieges und raschen Sieges"[1] gegen bzw. über alle (vermeintlich) Linken verfolgt. Damit übernahm und erweiterte sie jenes militaristische „Nationale Sicherheitskonzept", mit dem das Vorgängerregime seine Gewaltherrschaft lange Zeit legitimierte. Hatte Aquino im Wahlkampf und unmittelbar nach ihrem Amtsantritt noch betont, umgehend den Humus der „kommunistischen Subversion" — sprich: krasse soziale Mißstände, wirtschaftliches Elend und politische Repression — abzutragen, so sehen die Tatsachen heute ganz anders aus. Einerseits sind politische Gruppe heute bereit, militärische Lösungen zu suchen, andererseits verfolgen militärische Gruppierungen nun auch politische Strategien.

Philippinische Projektpartner westeuropäischer Nicht-Regierungsorganisationen haben wiederholt hervorgehoben, sie lebten „in einem gewaltsamen Frieden, der dem Zustand eines permanenten Krieges gleichkommt".[2]

Die Konsequenzen für die Zivilbevölkerung sind brutal: Die philippinische Luftwaffe bombardiert ganze Ortschaften, eigens dafür geschulte Einheiten (Special Operation Teams) und/oder vom Staat geduldete Vigilantengruppen (vergleichbar den in Zentralamerika operierenden Todesschwadronen) führen „Aufspür- und Vernichtungsaktionen" durch, wie sie aus dem Vietnamkrieg bekannt sind. Ziel ist es, die Bevölkerung „aufzumischen", sie zum Flüchtling im eigenen Land zu machen.[3] Bis zu Beginn der 90er Jahre soll laut Verteidigungsminister Fidel V. Ramos und Generalstabschef Renato S. De Villa der Nationalen Demokratischen Front (NPA) endgültig das Rückgrat gebrochen werden. Auf 54 ihrer Spitzenfunktionäre setzte die Präsidentin wenige Tage nach ihrem Bonnbesuch ein Kopfgeld („tot oder lebendig") von insgesamt 47 Mio. Pesos (ca. 4,5 Mio. DM) aus.[4] Zu einer vergleichbaren Großhatz hatte sich nicht einmal Marcos hinreißen lassen.

Daß in den Medien derartige Vorgehensweisen als „Re-Demokratisierung" verkauft werden, stellt allenfalls eine Facette der übergeordneten LIC-Strategie dar. Neben der Analyse dieser grundlegenden sowie der spezifisch philippinischen Komponente der LIC-Strategie wird in diesem Beitrag das politische Spannungsfeld dargestellt, innerhalb dessen die Regierung versucht, diese Strategie gegen den Widerstand der Opposition durchzusetzen.

Die Phasen relativer Herrschaftsstabilisierung

Nachdem in Vietnam, Iran und Nicaragua der Sturz langjährig gestützter Diktatoren mit dem Ausbrechen dieser Länder aus der Einflußpshäre Washingtons zusammengefallen war, bildeten die Philippinen den (nach El Salvador, Sudan und Haiti[5]) vierten — vorerst — gelungenen Coup der Vereinigten Staaten, das „Vietnam-Trauma" zu überwinden: durch rechtzeitiges Intervenieren in die innenpolitische Krise des Klientel-Staates wurde ein mit unkalkulierbaren Risiken behafteter Umsturz erspart.[6] Als spezifische ideologische und politische Mystifizierung dieses Prozesses diente im Manila des Februar 1986 das Konstrukt People Power (das Volk als Machtfaktor), welches umso heftiger beschworen wurde, je mehr das Volk de facto aus der Regierung



ausgeschlossen wurde. People's Power hingegen, die von der halblegalen und illegalisierten Linken avisierte Volksmacht im Sinne einer demokratischen Koalitionsregierung, stand für die demokratischen Umstürzler — den Aquino-Block, das „Reformmilitär" um den damaligen Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und Generalstabschef Fidel V. Ramos, sowie die sich aus der Marcos-Ära herübergeretteten Technokraten — nie ernsthaft zu Debatte.

Periodisierte man die Aquino-Ära, so sind drei — sich partiell überlappende — Phasen staatlicher Herrschaftsstabilisierung zu unterscheiden:

★ Die von lebhaften politischen Disputen um gesellschaftliche Alternativkonzepte begleitete Aufbruchphase (Februar-Mai 1986), während der selbst Aquino zeitweilig erwog, Revolutionsregierung und -verfassung zu regieren, endete mit der Konstituierung der verfassungsgebenden Ver-

sammlung (ConCom). Deren annähernd 50 Mitglieder wurden nicht demokratisch gewählt, sondern von der Präsidentin in Marcos-Manier handverlesen. Dies hatte zur Folge, daß der berechenbare Teil von People-Power — „neue" bzw. unter Marcos ausgegrenzte Großgrundbesitzer, Geschäftsleute und bürgerliche Oppositionelle — entscheidend an politischem Einfluß gewann. Bis auf sehr wenige Ausnahmen (darunter der Bauernführer Jaime Tadeo) blieb das Volk außen vor.

★ Bis zum November 1986 etablierte sich schrittweise eine neu-alte, nunmehr im Aquino-, Cojuangco- und Laurel-Clan zur politischen Dominanz gelangte Elite (ein „Enrilesierungs"-Prozeß): Zwar hatte der bis dahin amtierende Verteidigungsminister, teils wegen seiner langjährigen unrühmlichen Verbundenheit mit Marcos, teils aufgrund amerikanischen Drucks hin, demissionieren müssen. Doch, gestärkt durch den im Februar gewonnenen Demokratiebonus, wurde seiner Forderung „gegen die Linke den totalen Krieg zu entfesseln", ohne in- oder externe Rücksichtnahme auf moralische Vorbehalte, Schritt für Schritt entsprochen.[7]

★ Spätestens seit der Jahreswende 1986/87, als das Militär direkt Schlüsselpositionen im Staatsapparat und in der Verwaltung übernahm und den „Vernichtungsfeldzug gegen den Kommunismus" zum Kernstück ihrer politischen Programmatik machte, transformierte sich die bürgerliche Regierung in ein militärisch-ziviles Counterinsurgency-Regime. Die bislang kaum ernstzunehmenden Putschversuche militärischer Fraktionen demonstrierten zum einen die Fragwürdigkeit des staatlichen Kampfes gegen „Rechts", legitimierten zum anderen die Eskalation des Terrors gegen alle(s) „Linke(n)". Darauf gründet, wie es Washingtons neuer Botschafter in Manila, Nicholas Platt, im Herbst 1987 formulierte, die Kalkulierbarkeit und Kontinuität der Politik Manilas. Von dieser Interpretation zu der Erklärung des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und seines Außenministers George Shultz, die Inseln gehörten jetzt „fest zum Kreis der wiederhergestellten Demokratien", war es nur ein kurzer Schritt. Demnach bleibt das Aquino-Regime solange unterstützungswürdig, wie sich das noch anhaltende Charisma „Corys" funktionalisieren läßt.

Was diese Variante des Staatsterrorismus im besonderen auszeichnet, sind dessen im Vergleich zur Endphase der Marcos-Herrschaft ungleich größere politische Flexibilität und soziale Integrationskraft. Marcos' Kardinalfehler hatte ja darin bestanden, seinen Gewaltapparat trotz (oder gerade wegen) der mit dem Aquino-Mord (August 1983) sich ebenso rasant wie dramatisch verdichtenden Herrschaftskrise fortgesetzt mafiotisch zugerichtet und sich damit gegenüber einer sozial bzw. klassenmäßig von seinem Regime nicht substanziell unterscheidbaren Opposition abgeschottet zu haben. Unter Aquino sind demgegenüber sämtliche Kräfte politisch umworben, die sich einem aggressiven Antikommunismus verschreiben. Dieser nimmt mitunter paranoide Formen an, wenn, wie durch das im Herbst 1988 publik gewordene Dossier des philippinischen Geheimdienstobersten I. Villareal belegt, u.a. der Weltkirchenrat, Brot für die Welt, die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung unterschiedslos neben westeuropäischen NGOs und Solidaritätsgruppen als „sympathisierendes Netzwerk" der Nationalen Demokratischen Front (NDF) stigmatisiert werden (sollen).

Elemente der Pazifizierung

Als qualitative Unterschiede gegenüber dem Marcos-Regime und als relative Stärke der jetzigen Regierung lassen sich folgende Faktoren anführen:

★ Ideologisch appelliert sie unablässig an die soziale Tugend der „Amnesie" (Aquino). Entgegen allen Bekundungen, die Menschenrechte wiederherzustellen und zu achten, ist bis dato kaum ein Militärangehöriger für zu Marcos' und Aquinos Zeiten begangene Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung gerichtlich belangt bzw. abgeurteilt worden. Im Namen nationaler Aus- und Versöhnung soll all das „vergessen" (gemacht) und die vormals im Volksmund mit dem abwertenden Begriff „buwaya" (Krokodil) belegten Mitglieder der Armed Forces of the Philippines (AFP) zu „Helden der Demokratie" hochstilisiert werden.

★ Politisch präsentiert es sich in Analogie zu den ersten Amtsjahren José Napoleon Duartes in El Salvador zentristisch — „jenseits von Diktatur und Kommunismus" —, was im (westlichen) Ausland als Faszinosum gilt. Bereits im Frühjahr 1986 hatte US-Präsident Reagan die treffliche Formulierung geprägt, die Vereinigten Staaten unterstützten nicht nur wie im Falle Nicaraguas eine außer Landes operierende Contra, sondern sie seien ebenso bestrebt, wie im Falle Manilas eine Contra an der Macht zu haben.

★ Ökonomisch folgt die Regierung Aquino in Abkehr der unter ihrem Vorgänger zen-



Vigilant auf Mindanao



tralistisch ausgerichteten Klientelwirtschaft den Auflagen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds: freies Spiel der Marktkräfte mit den Säulen Importliberalisierung, Privatisierung sowie debt-to-equity-swapping. Dies begünstigt den Prozeß einer De-Nationalisierung der Wirtschaft, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind.[8] In diesem Zusammenhang wird nachvollziehbar, daß die anfangs erwogene selektive Schuldentilgung nach dem Peru-Modell nicht durchgesetzt wurde. Stattdessen fließt über die Hälfte der Exporteinnahmen in den Schuldendienst.

Auch an das nach zahlreichen Modifizierungen im Sommer 1988 in Kraft getretene Comprehensive Agrarian Reform Program (CARP) sind keine Hoffnungen auf durchschlagende Erfolge zu knüpfen, denn dieses mehrphasig angelegte Programm verschafft im Rahmen der von Manila angestrebten Diversifizierung der Ausfuhrproduktpalette zuerst der landbesitzenden Elite und ausländischen Investoren Vorteile.[9]

Insgesamt wären 332,4 Mrd. Pesos (ca. 30 Mrd. DM) aufzubringen, um das von Aquino am 10. Juni 1988 unterzeichnete CARP bis 1998 abzuschließen.[10] Das gesamte Programm erweist sich in zentralen Punkten (z.B. Zahlungsmodalitäten und Höhe des zu entrichtenden Kaufpreises) als zu porös, als daß es Pachtbauern den seit langem ersehnten Besitz des von ihnen bebauten Landes garantierte. Auch die Bereitstellung angemessener finanzieller, sozialer und technischer Hilfe durch die Behörden ist durch dieses Programm nicht gesichert. CARP schreibt wesentlich die Marcossche Politik fort[11] und wäre allenfalls durch ein tatsächliches Wunder — die Selbstinquisition und anschließende -exekutierung der (Groß-)Grundbesitzer als Klasse — realisierbar.

★ Militärisch wird seit Anfang 1987 ein verfeinertes Counterinsurgency-Konzept praktiziert. Seitdem werden selbst die untersten politisch-administrativen Einheiten (barangay) und juristische Positionen von den Militärs direkt besetzt oder deren Kontrolle mittelbar durch Vigilanten wahrgenommen. Da letztere mehrfach offiziell als „basisnahe Verkörperung von People Power“ (Aquino) bezeichnet wurden, erübrigt sich einstweilen eine neuerliche formelle Proklamation des Kriegsrechts. All diese Faktoren konstituieren die landesspezifische Ausformung und Umsetzung der sogenannten Low-Intensity-Conflict-Strategie, die sich gerade im Unterschied zur herkömmlichen Counterinsurgency durch den Verzicht auf eine massive (und kostspieligere) US-Truppenpräsenz und durch die Initiierung institutioneller Reformen — inklusive der Demontage kontraproduktiv gewordener Diktatoren — auszeichnet.[12]

Langwieriger Auszehrungskrieg

Das politische Überleben des Aquino-Regimes ist von dessen Fähigkeit abhängig, den Prozeß der Zersplitterung zentralstaatlicher Macht und der Eskalation des (bewaffneten) Widerstandes durch tiefgreifende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen aufzuhalten bzw. umzukehren. Das dürfte in dem Maße erschwert werden, wie in den herrschenden Klassen politische und militärische inter- und intrafraktionelle Konfliktpotentiale an Sprengkraft gewinnen. So existieren parallel zu den diversen Fraktionen innerhalb des Militärs mittlerweile mehrere (ultra)rechte politische Blöcke.[13]

Das von Philippinenexperten und außenpolitischen Kommentatoren mitunter vorgetragene Argument, unter Aquino entwickele sich die Parteienlandschaft in Richtung der politischen Verhältnisse, wie sie die Vor-Kriegsrechtsära (bis 1972) prägten, greift offensichtlich zu kurz. Seinerzeit existierte mit den beiden traditionell eliteorientierten Parteien, den Nacionalistas und Liberals, ein relativ geschlossener politischer Block, dessen Kandidaten gemäß informeller, „ritualisierter“ Absprachen und ohne nennenswerte Reibungen alternierend im Malacanang-Palast residierten, während seit dem Machtwechsel vom Februar 1986 die Gleichzeitigkei von sozialer Homogenität und politischer Heterogenität der Staatsführung (Großgrundbesitzer, Kompradoren, Großbourgeoisie, Militärs und technokratische Staatsbürokratie) die inhärente Schwäche der zentralstaatlichen Herrschaftsapparate verstärkt.



Gemeinsame Militärausbildung

Schließlich verdeutlicht der Rückgriff auf außerökonomische Zwänge durch den Einsatz zahlreicher Vigilante-Gruppen die Unfähigkeit oder Unentschlossenheit zur Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols. Aus diesen fortwirkenden Bruchstellen der sich seit dem Ende der Marcos-Ära dezentralisierenden staatlichen Herrschaft erwachsen für die (noch) legale, überwiegend sektoral gegliederte (vergleichbar mit Bürgerinitiativen), sowie für die in die Illegalität gedrängte Linke (namentlich die NDF) reale Chancen, die durch den Februar-Machtwechsel eingebüßte Initiative zurückzugewinnen, aus dem „Stellungskrieg“ politische Vorteile zu ziehen und die bereits vorhandenen Gegenstrukturen zu konsolidieren bzw. auszuweiten.

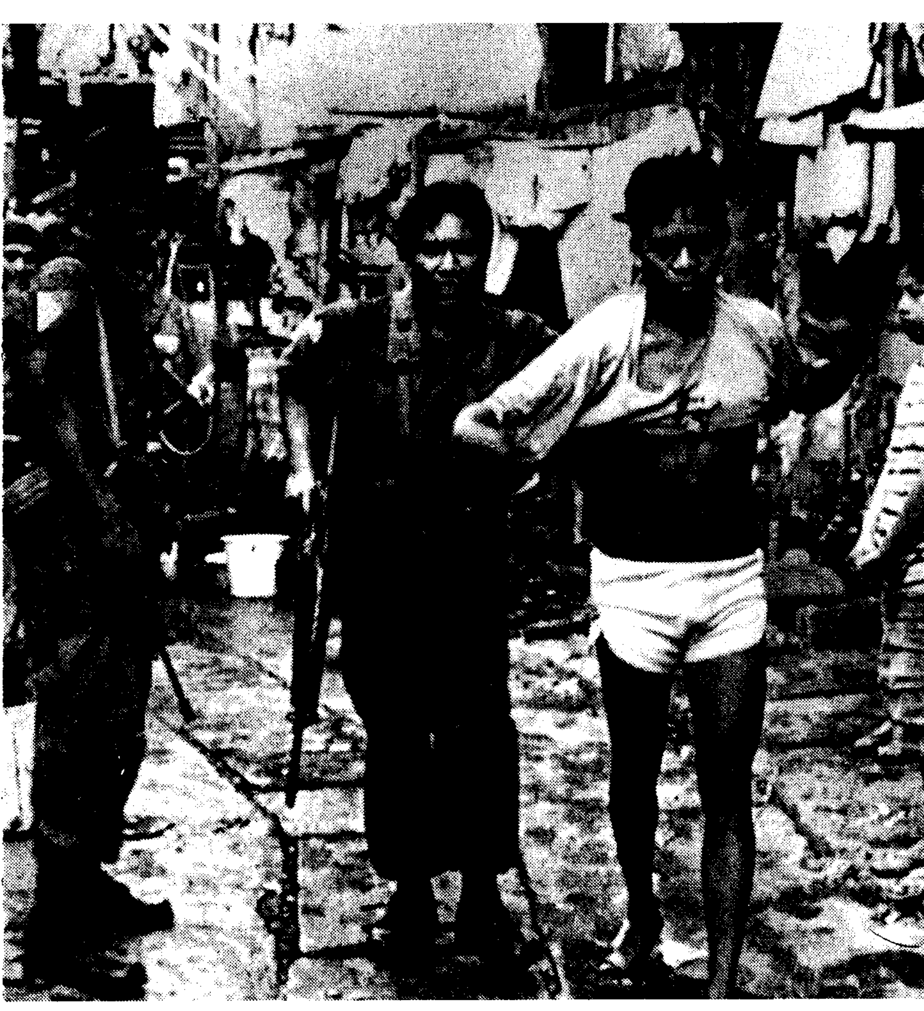
Diese Rückschläge waren Ausdruck einer unerfüllt gebliebenen „trinitarischen Revolutionslehre“, wonach die dreieinigen Hauptübel — „Imperialismus, Feudalismus und bürokratischer Kapitalismus“ (der sich seit der Verhängung des Kriegsrechts im Herbst 1972, so die NDF-Interpretation, zum „Faschismus“ auswuchs) — auf einen Schlag hätten beseitigt werden können. Die zumindest im Stillen genährte Hoffnung, gleichzeitig mit Marcos' (des „Faschismus“) Sturz die beiden anderen Kettenglieder aufzurollen, hatte sich nicht nur nicht bestätigt. Noch Tage vor seinem Ende wurde die Rolle des Diktators maßlos überschätzt; er galt als Joker in dem Spiel, dessen Karten längst gemischt und neuverteilt worden waren. Mit dieser Überschätzung aufs engste verwoben war eine entscheidende Unterschätzung der amerikanischen Krisenbewältigungsstrategie und der durch sie begünstigten Etablierung einer neuen politischen Macht, welche die herausragende Bedeutung des antidiktatorischen Kampfes erkannte und weitgehend dessen Inhalte bestimmte. Beim Aufarbeiten dieser Fehleinschätzung verhielt sich die Linke passiv, was besonders vor und während der Waffenstillstandsverhandlungen über eine 60-tägige Feuerpause (vom 10. Dezember 1986 - 08. Februar 1987) deutlich wurde. Als hätte es gegolten, verlorengegangenes Terrain diplomatisch-politisch zurückzugewinnen und gegenüber

Frau Aquino unbedingt Goodwill zu demonstrieren, verhandelte die NDF-Delegation — unter Preisgabe elementarer Selbstschutzvorkehrungen — exklusiv in der Hauptstadt. Ihr ursprünglich angestrebtes Ziel, als kriegsführende Partei mit allen daraus erwachsenden juristischen Vorteilen (status of belligerency) anerkannt zu werden, blieb unerreicht. So dürfte es wahrscheinlich noch ein Understatement gewesen sein, als der damalige Verteidigungsminister Ex-General Rafael Ileto in der Philippinischen Miltärakademie in Baguio City im Februar 1987 erklärte: „Wir haben unsere geheimdienstlichen Aktivitäten um etwa 25% verstärkt. Wir wissen, wer sie (die NDF-Unterhändler und -Delegierten; R.W.) sind, über welche Waffen sie verfügen, mit wem sie verkehren und wohin sie gehen, wenn sie auf- oder untertauchen".[14]

Auf der Südinsel Mindanao, die seit Beginn der 80er Jahre die spektakulärste Ausweitung der Guerillaaktivitäten erlebte, war der militärische Kampf nicht von dauerhaften politischen Durchbrüchen begleitet worden. Mao Zedongs Diktum - „Die Partei kommandiert die Gewehre" — war, so es der CPP als Leitlinie diente, mit zum Teil verheerenden Folgen, in sein Gegenteil verkehrt worden. Unter den schwierigen Bedingungen eines „protracted people's war" (langwieriger Volkskrieg) gewinnen militaristische Tendenzen potentiell eine fatale Eigendynamik, erzeugen ein Klima des Mißtrauens, schüren Panik und erleichtern es der gegnerischen Seite, aus der politischen Konfusion Kapital zu schlagen. Letztlich waren es diese Mechanismen, die dem in Kooperation von AFP und CIA entworfenen Operationsplan Anaconda zu gewissen Erfolgen verhalfen. Dabei gelang es, hohe Parteiorgane und interne Kommunikationskanäle mit sog. deep penetration agents (auch Zombies genannt) zu durchsetzen, die aus dem Inneren der Bewegung heraus Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung verübten und auf der Basis willkürlicher Anschuldigungen und Mutmaßungen langjährig verdiente Kader liquidierten.

„In gewissem Umfang", so zitierte Ang Bayan, das Zentralorgan der CPP, das Politbüromitglied Julian Banaag, „glückte es ihnen (den Zombies: R.W.), sich durch Drohungen, Erpressungen, das Ausnutzen parteiinterner Unstimmigkeiten und schwieriger Kampfbedingungen sowie durch das Anwenden verrohter Praktiken zu behaupten."[15] Daß es überhaupt dazu kam, war nicht nur auf die Raffinessen gegnerischer „psychological warfare", sondern mehr noch auf die im Zuge des eskalierten Krieges (dazu in der mit Abstand am meisten militarisierten Region) unbeachteten und/oder preisgegebenen politischen Kriterien zurückzuführen.

NDF/CCP/NPA haben sich gegen den vom Ausland mit aufwendiger Militärhilfe ausgestatteten staatlichen Gewaltapparat behaupten zu können. In zahlreichen Teilen des Archipels sind in unterschiedlichem Maße (über)lebensfähige politische, administrative und ökonomische Gegenstrukturen (z.B. Revolutionsräte, Arbeits- und Marketingkooperativen, Reaktivierungs- und Gesundheitswesen) entstanden, was Spekulationen über die alsbaldige Proklamierung einer Provisorischen Revolutionsregierung nährte. Seit Mitte Dezember 1988 erschienen im In- wie Ausland Meldungen, wonach die NPA die Ausgabe in Peso oder US-Dollar gezeichneter zinsfreier „revolutionärer Kriegsanleihen" erwägt, welche von „befreundeten Regierungen" oder Einzelpersonen erworben und nach dem Sieg der Revolution eingetauscht werden können.[16] Ob der Weg zum Sieg sich dadurch allerdings abkürzen läßt, bleibt fraglich.



Ein vermeintlicher NPA-Sympatisant wird abgeführt

Perspektiven

So ungebrochen vital die städtischen wie ländlichen progressiven Kräfte in Gestalt sog. cause-oriented groups und NGOs sind, so schwierig ist es angesichts der staatlich aufgeputschten Antikommunismus-Hysterie für sie geworden, sich politisch zu betätigen oder auch nur ihr schieres Überleben zu sichern. Marcos hatte wiederholt deren Führungspersönlichkeiten inhaftieren lassen, während unter Aquino etliche von ihnen liquidiert wurden. Vielleicht wird all diesen Organisationen bald nur die Alternative bleiben, durch nadelstichartigen Terror „ausgeschaltet" zu werden oder als eigenständige Organisation bzw. sich der NDF zuordnender Teil militantere illegale Widerstandsformen zu riskieren. Da dieser Prozeß bereits im Gange ist und sich namhafte, „Cory" einst glühend verehrende Persönlichkeiten (unter ihnen der im Herbst 1988 verstorbene große alte Mann des philippinischen Journalismus, Joaquin „Chino" Roces) enttäuscht von der Präsidentin abwandten, wird zumindest in der etwa zehn Millionen Einwohner zählenden Metropole Manila die Frage aktuell, wie das Reservoir der Unzufriedenen für die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft und die Verfolgung eigenbestimmter Entwicklungen politisch zu mobilisieren ist. Hier böte eine Allianz aus diesen Personen/Organisationen, der NDF, der Autonomie erstrebenden Moros im Süden sowie der ethnischen Minderheiten in der nördlichen Cordillera-Region eine interessante (die einzige?) Perspektive, den Bürgerkrieg zu deeskalieren und an das im Frühjahr 1986 zumindest vorhandene oder sich formierende sozialrevolutionäre Potential anzuknüpfen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich der LIC von der Counterinsurgency alten Typs zwar in zentralen Punkten unterscheidet. Beide Konzepte freilich keine in sich konsistenten Theorien sind, die das „Ausmerzen" jedweden sozialen Protest- und politischen Widerstandspotentials garantieren können. Ließ sich die Counter-

insurgency wesentlich von der Prämisse leiten, westlich orientierte regierende Machteliten bedingungslos zu stützen, so bezieht demgegenüber der LIC ausdrücklich systemimmanenten Reformdruck inklusive der aktiven Demontage solcher Machteliten und ihre Ersetzung durch vorzugsweise charismatische Führerpersönlichkeiten in sein Kalkül ein. Was der „Wahlsieg" der ARENA-Partei in El Salvador offen in Gang setzte, gewinnt in den Philippinen zunehmend Konturen: Mit der zentristischen Alternative verschleißt sich auch der semantische Schwindel; der „Krieg niedriger Intensität" schlägt um in einen auf hohem Niveau. Von dem zumindest zu hoffen bleibt, daß er nicht annähernd das Ausmaß der fast vergessenen Massaker im Namen der Freiheit im Indonesien der Jahre 1965/66 erreicht.

Rainer Werning

Anmerkungen/Literaturhinweise

1) Vgl. dazu: Victor N. Corpus, „Silent War", Quezon City 1989: VNC Enterprises.
2) Ausführlich in: Rainer Werning (Hg.), „Das Projekt Befreiung. Widerstand auf den Philippinen. José Maria Sison berichtet". Köln 1988: Pahl-Rugenstein Verlag.
3) Siehe: Erhard Haubold, „Mehr Kinder als Kommunisten unter den Toten. Die Operation Donnerschlag auf Philippinen", in: FAZ vom 10.08.89, S. 3
4) „Gouvernment offers 47 M Pesos for top Red leaders", in: „Philippine Daily Inquirer" (Manila) vom 24.07.89, S. 1 und 6.
5) In sämtlichen Fällen blieb jenen Kräften, die maßgeblich die Erosion des alten Regimes ausgelöst hatten, eine Partizipation an bzw. Repräsentanz in der neuen politischen Machtkonstellation verwehrt — im Sudan den Kommunisten und der Guerilla im Süden; der FMLN/FDR in El Salvador; dem städtischen Protestpotential Haitis und auf den Philippinen der NDF. Näheres in: Fred Halliday, „Beyond Irangate: The Reagan Doctrine and the Third World", Amsterdam (Transnational Institute) 1987, pp. 24-27.
6) Ausführlich in: Tim Kuschnerus/Rainer Werning. „Die Philippinen unter Aquino — Facetten eines Machtwechsels", Frankfurt/M. 1987 und R. Werning (Hg.), „Philippinen: 'Demokratie aus der Wundertüte' — Essays, Interviews, Dokumente", Münster 1987.
7) Unter den vielfältigen diplomatisch-politischen Manövern von Beauftragten des Weißen Hauses in jenem Monat (November 1986) verdiente der Manila-Besuch von Ray Cline und Generalleutnant a.D. Robert Schweitzer besondere Beachtung. Während eines mehrstündigen Geheimtreffens mit Enrile machten sie dem Verteidigungsminister klar, daß eine Destabilisierung Aquinos seitens Washingtons unerwünscht sei. Ex-General Rafael Ileto löste Enrile ab — ein feinfühliger Schachzug, da Ileto in den 50er Jahren unter Verteidigungsminister und später Präsident Ramon Magsaysay seine ersten Sporen als Counterinsurgency-Experte verdient hatte, wegen seiner — stets systemimmanenten — Kritik an Marcos' Regierungsstil als Demokrat und Erneuerer präsentiert wurde und für die Vereinigten Staaten der Eindruck vermieden werden konnte, sich unmittelbar in innerphilippinische Angelegenheiten eingemischt zu haben. Vgl. u.a.: „U.S. News & World Report" vom 15.12.1986, pp. 26/7.
8) Manuel F. Montes, „11 Questions Regarding Nationalist Industrialization" (18 pp.) — background paper prepared for the „Forum on Nationalist Industrialization", 12 December 1987, at the Asian Institute of Management/Manila.
9) „A Momentum For Recovery", in: TIME (New-York) vom 17.07.89, S. 39.
10) „Far Eastern Economic Review" (Hongkong), vom 06.10.1988, p. 64.
11) Ausführlich in: R. Werning, „Agrarreform und Kriegsrecht auf den Philippinen — Anatomie einer Pazifizierung", Münster 1983 und ders. „Verhinderte Unabhängigkeit — Agrar- und Wirtschaftspolitik auf den Philippinen", Münster 1985.
12) Diese Elemente einer „policy of counterrevolution on the cheap" erläuterte der frühere amerikanische Außenminister George Shultz explizit in seiner am 15. Januar 1986 an der Washingtoner National Defense University gehaltenen Rede: „Low-Intensity Warfare: The Challenge of Ambiguity", Current Policy No. 783, United States Department of State, Bureau of Public Affairs, Washington, D.C. 1986.
13) Siehe dazu: Aurora Javate-de Dios/Petronilo Bn. Daroy/Lorna Kalaw-Tirol (eds.), „Dictatorship and Revolution: Roots of People's Power", Manila 1988.
14) Ileto ist aufgrund dieser Botschaftertätigkeit in Bangkok (bis Frühjahr 1986) mit dem relativ erfolgreichen Counterinsurgency-Programm des thailändischen Militärs wohlvertraut: „Total War: L(ow) I(ntensity) C(onflict) in the Philippines", in: Justice & Peace Review 2.4.:3. Ecumenical Movement for Justice and Peace, Quezon City 1987.
15) „Revolution in Mindanao: Recovery and Advance", in: Ang Bayan (Engl. Ed.) 20.4: 2-6, o.O., Juni 1988 (hier: p. 3).
16) U.a.: „Rebellen geben Anleihen aus", in: Frankfurter Rundschau vom 13.12.1988, S. 2 und ein zum Thema geführtes Interview mit dem internationalen Repräsentanten und Sprecher der NDF, Luis Jalandoni, das in „pintig — Puls der Befreiung" 2.1:28 ff., Polch (März) 1989, abgedruckt ist.



Wagenburg an der inneren Front

Counter-Insurgency (CI) ist für die Regierung Südafrikas nicht nur eine sicherheitspolitische Maßnahme, sondern das Leitmotiv der Gesamtpolitik. Aus ihrer Sicht geht es nicht nur um bloßen Machterhalt, sondern zumindest kulturell, wenn nicht physisch, ums Überleben der weißen Rasse am Südzipfel des schwarzen Kontinents.

Minderheitsherrschaft wird auch in anderen Ländern mit Mitteln des CI verteidigt. Die südafrikanische Situation ist jedoch einzigartig: Die Herrschaft der 4,5 Millionen Weißen über 24 Millionen Nichtweiße ist sowohl in der Verfassung als auch in einfachen Gesetzen festgeschrieben. Dabei deckt sich die Rassen- weitgehend mit der Klassengrenze: Der Nord-Süd-Konflikt entlädt sich innerhalb eines Staatsgebiets. Der Machterhalt der Weißen hängt existentiell von der Mitarbeit einzelner nichtweißer Bevölkerungsgruppen im System sowie der passiven Duldung durch deren große Mehrheit ab. Um dieses „Kunststück" zu bewerkstelligen, hat die weiße Elite seit Jahrzehnten große geistige und materielle Ressourcen aufgewendet. Ihr Ergebnis: Ein umfassendes System des strukturellen Machterhalts, in dem klassische CI-Strategien Teil des organischen „Meisterplanes" sind.

Totale Nationale Strategie

Die Mehrheit der Weißen in Südafrika spürt sehr deutlich, daß ihre Herrschaft nicht legitim sein kann. Stück für Stück ist die religiös fundierte Herrschaftsdoktrin der getrennten Entwicklung erodiert. Für die Weißen stellt sich der Konflikt als Nullsummenspiel dar, bei dem jede Partei nur auf Kosten der anderen gewinnen kann.

Um so bedrohlicher erscheint jeder Widerstand gegen das System. Das Produkt dieser Bedrohungsperzeption ist die Furcht vor einem „totalen Anschlag": Er erfolgt sowohl innerhalb des Systems als auch von außen und betrifft alle gesellschaftlichen Ebenen. Sein Ziel ist der Umsturz und die Errichtung eines kommunistischen Systems.

Dazu nutzen die Angreifer alle zu Gebote stehenden Mittel: bewaffneten Guerillakampf, konventionellen Krieg, Politik, Diplomatie, Religion, Wirtschaft, Psychologie, Sport, soziokulturellen Einfluß etc.

Die feindlichen Kräfte sind heterogen zusammengesetzt. Ihre Zuordnung erfolgt nach rein funktionellen Gesichtspunkten. So werden die Ostblockstaaten, angrenzende marxistische oder sonstige „feindliche" Länder, die Widerstandsbewegungen (vor allem ANC,PAC,SWAPO) und die in-

terne Opposition ebenso dazugerechnet wie die UNO, die OAU und westliche Länder, die sich als „nützliche Idioten" der Revolution mißbrauchen lassen.

Dieser totale Angriff soll mit allem Mitteln zurückgeschlagen werden. Die weiße Elite entwickelte — vor allem im Sicherheitsapparat — einen umfassenden Sicherheitsbegriff, wie er sich in ähnlicher Form auch z.B. in lateinamerikanischen Militärdiktaturen findet. Auf seiner Grundlage knüpfte die südafrikanische Regierung unter P.W. Botha — ehemals Verteidungsminister — an Überlegungen aus den siebziger Jahren an und formulierte einen „umfassenden Plan der Nutzung aller dem Staate zu Gebote stehenden Mittel entsprechend eines einheitlichen Musters zur Erreichung der nationalen Ziele im Rahmen spezifischer Politiken"[1] — die **„Totale Nationale Strategie"**. Sie faßt militärische, wirtschaftliche, politische, ideologische, technologische und sozialpolitische Ziele zu einer nationalen Sicherheitsdoktrin zusammen.

Die Mittel zur Erreichung dieser Teilziele werden durch die Formulierung präventiver Strategien bestimmt. Dadurch soll das Gleichgewicht zwischen graduellen Veränderungen und deren sicherheitspolitischer Abfederung in allen Phasen der Strategieimplementation erhalten bleiben. Ziel ist die Umgestaltung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems sowie des regionalen und internationalen Umfelds in der Weise, daß die grundlegende Machtverteilung in Südafrika bestehen bleibt.

Innenpolitische Teilziele

Zentralisierung und Rationalisierung der Exekutive: Die südafrikanische Verfassung von 1984 stattet den Staatspräsidenten mit exekutiver Machtfülle aus, mit deren Hilfe er den Umbau des Gesellschaftssystems ohne größeren Einfluß der anderen Verfassungsorgane durchsetzen kann. Der Präsident kontrolliert durch den Vorsitz im State Security Council (SSC) auch den Sicherheitsapparat. Mitglieder des SSC sind die Minister für Verteidigung, Auswärtige Angelegenheiten, Justiz, Recht und Ordnung, Finanzen, Planung sowie die Chefs des Nationalen und Militärischen Nachrichtendienstes, der Sicherheitspolizei, der Polizei, der South African Defense Force (SADF) und der Teilstreitkräfte. Vertreter der Wirtschaft und anderer ziviler Einrichtungen nehmen unregelmäßig auf Einladung an den Sitzungen teil.[3] Der SSC erarbeitet den Rahmenplan der südafrikanischen Politik in praktisch allen Bereichen unter sicherheitspolitischen Prämissen. Die Machtverlagerung zu diesem Gremium der Vertreter der Totalen Nationalen Strategie wurde vielfach als verdeckter Militärputsch empfunden.

Kooptation und Spaltung der nichtweißen Bevölkerung: Asiaten, Farbige und kooperationsbereite Schwarze sollen in das bestehende System eingebunden werden, indem ihnen begrenzte legislative und exekutive Befugnisse zugestanden werden. In der südafrikanischen Verfassung wurden eigene Parlamentskammern für Asiaten und Farbige vorgesehen, in denen über die jeweils „eigenen Angelegenheiten", vor allem über kulturelle Fragen der einzelnen Rassengruppen, entschieden werden kann. Alle nationalen Fragen werden jedoch letztlich durch die Parlamentskammer der Weißen bzw. durch den Präsidenten entschieden — ein System bloßer Scheinkonkordanz.

Schwarze Politiker sollen in Zukunft möglicherweise in einer vierten Parlamentskammer untergebracht werden, die nach bewährtem Muster die Repräsentation der Schwarzen im Verhältnis zu ihrem zahlenmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung weiterhin ausschlösse. Der Versuch, einzelne Schwarze in „beratende" Gremien einzubinden, ist bislang fehlgeschlagen.

Auf lokaler Ebene wurden den nichtweißen Bevölkerungsgruppen Verwaltungskompetenzen übertragen. Die Lokalverwaltungen werden von den Widerstandsgruppen und großen Teilen der Bevölkerung primär als staatliche Überwachungsinstanzen und bloßer Plazebo für die verweigerte Machtbeteiligung auf nationaler Ebene angesehen und daher abgelehnt.

Die versuchte Einbindung nichtweißer Gruppen in das bestehende System soll diesem den Anschein höherer Legitimität verschaffen, Spaltungen innerhalb des Widerstandes provozieren und letztlich die weiße Vorherrschaft absichern: Machtteilung, ohne die Kontrolle zu verlieren.

Modernisierung des wirtschaftlichen Sektors: Durch eine grundlegende Reform der südafrikanischen Wirtschaft sollen die strukturellen Schwächen des bisherigen Systems ausgeglichen werden, z.B. der Mangel an Fachkräften, unzureichendes Nachfragepotential oder Überbürokratisierung. An die Stelle einer unbeweglichen, durch Apartheidsgesetze behinderten Wirtschaft soll ein „farbenblinder" Kapitalismus treten, der weitere Bevölkerungskreise in das Wirtschaftssystem integriert,



Die South African Defense Forces

die Wirtschaftsbeziehungen dynamisiert und hohe Wachstumsraten verspricht, die Südafrika zur Verwirklichung seiner Entwicklungsziele benötigt.

Entwicklung und Dezentralisierung: Die südafrikanische Regierung fördert gezielt die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen, um dezentrale Wachstumspole zu schaffen. Dadurch will sie die soziale Lage der Landbevölkerung verbessern, den Zuzug in die Städte bremsen, die ländlichen Strukturen konsolidieren und die dominante wirtschaftliche und politische Bedeutung der städtischen Gebiete vermindern.

Herausbildung einer schwarzen Mittelschicht: In einem von gesetzlichen Rassenschranken weitgehend befreiten Wirtschaftssystem soll sich eine Mittelschicht schwarzer Händler, Kleinunternehmer etc. herausbilden, die an den wirtschaftlichen Erfolgen partizipiert. Dieser Mittelschicht, die „etwas zu verlieren" hätte, kommt eine Art Mittlerfunktion zu: Sie ist Ansprechpartner der weißen Regierung und des schwarzen Widerstandes, dessen Forderungen sie kanalisiert und abschwächt. Selbst inkorporiert in das System, könnte die schwarze Führungsschicht nunmehr Transmissionsriemen des kontrollierten Systemwandels sein.[5]


Die „Entwicklungsarmee" übt sich

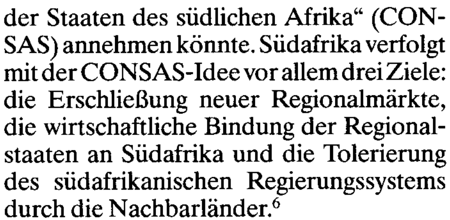
Etablierung einer Kriegsökonomie: Die südafrikanische Wirtschaft soll im Krisenfall möglichst abgesichert sein gegen Angriffe von außen und innen. Dazu wird die Fähigheit zur Selbstversorgung in verschiedenen Bereichen gesteigert, vor allem bei der Energieversorgung und der Waffenproduktion. Durch die Integration in- und ausländischer Industrieunternehmen in die Sicherheitskooperation soll deren Weiterarbeit im Krisenfall gewährleistet werden. So verpflichtet das Gesetz über die nationalen Schlüsselbereiche die Unternehmen zur Geheimhaltung und erlaubt gegebenenfalls deren Besetzung durch die Sicherheitskräfte.

Etablierung eines effektiven Security Establishments aus v.a. SADF, südafrikanischer Polizei (SAP), Nachrichtendiensten, Rüstungsindustrie (ARMSCOR), das durch das National Security Management System unter Leitung des SSC koordiniert wird (s.u.).

Fortlaufende Anpassung der Militärstruktur und Strategie an die veränderten Bedingungen des Widerstandes.

Südafrikas Weg in die Welt führt durch Afrika

Im südlichen Afrika soll ein um das wirtschaftliche und militärische Subzentrum Südafrika gruppiertes System abhängiger, kooperationsbereiter und friedlich koexistierender Staaten geschaffen werden, das idealerweise die Form einer „Konstellation



der Staaten des südlichen Afrika" (CONSAS) annehmen könnte. Südafrika verfolgt mit der CONSAS-Idee vor allem drei Ziele: die Erschließung neuer Regionalmärkte, die wirtschaftliche Bindung der Regionalstaaten an Südafrika und die Tolerierung des südafrikanischen Regierungssystems durch die Nachbarländer.[6]

Dazu gehört die Einbindung Namibias in das abhängige Regionalsystem. Auch nach der Unabhängigkeit wird Namibia aufgrund seiner historischen strukturellen Abhängigkeit von Südafrika kaum in der Lage sein, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Selbst mit einer von SWAPO gestellten Regierung soll Namibia nach dem am Beispiel Mosambik vorexerzierten Muster mit oder ohne Abschluß eines Antisubversionsabkommens in die regionale Struktur integriert und somit pazifiziert werden.

Durch verstärkte Bemühungen auf diplomatischer Ebene sollen offizielle Kontakte zu verschiedenen afrikanischen Regierungen hergestellt werden, die zum Teil schon seit Jahren verdeckte wirtschaftliche und politische Beziehungen zum Apartheidstaat unterhalten. Dadurch soll der Charakter des südafrikanischen Systems als „eines von vielen" in Afrika betont und das Stigma des ewigen politischen Außenseiters abgestreift werden.

Südafrika hofft durch bessere Beziehungen zu afrikanischen Ländern und seine Bereitschaft, Namibia in die Unabhängigkeit zu entlassen, sein Ansehen bei westlichen Regierungen zu steigern. Wohl nicht zu Unrecht geht Pretoria davon aus, daß einige westliche Regierungen nur deshalb in den Chor der Kritiker Südafrikas eingestimmt haben, weil sie politische und wirtschaftliche Nachteile in den Beziehungen

zu den Dritt-Welt-Staaten befürchten. Dieser Grund würde durch die Dämpfung der afrikanischen Kritik weitgehend wegfallen. Südafrikas Weg in die Welt führt durch Afrika.

Verbesserte Beziehungen zum Westen und zu Staaten der Dritten Welt, in vorsichtigen Ansätzen auch zum Ostblock, sollen mit der Verminderung der politischen Bedeutung des ANC einhergehen. Unter Verweis auf die ideologische Ausrichtung und die militärische Erfolglosigkeit des ANC wird sich die weiße Regierung verstärkt als auch künftig allein maßgebende Kraft und letztlich auch vorzuziehende Alternative für die Gestaltung der Zukunft Südafrikas darstellen.

Die weiße Sicherheitselite Südafrikas strebt die Etablierung eines farbenblinden Systems an. Dies soll die Vorherrschaft der Weißen nicht länger durch diskriminierende Gesetze, sondern durch die „Sachzwänge" der wirtschaftlichen Machtverteilung absichern. Diese sind eingebettet in ein kooperierendes, abhängiges Regionalsystem, anerkannt und unterstützt vom Westen und toleriert von der UdSSR. Die Verwirklichung dieser Vision steht und fällt mit dem Erfolg der südafrikanischen CI-Strategie.

Vom Westen lernen

Strategie und Taktik des CI gehören zu den Standardthemen der Ausbildung von Polizei und Militär. Dabei entpuppt sich deren Inhalt als den südafrikanischen Verhältnissen angepaßte **Übernahme militärstrategischer Überlegungen und Praktiken des Westens.** Der heutige Verteidigungsminister General Malan z.B. erlernte die Strategie des CI und der psychologischen Kriegsführung am „US Army Command and General Staff College"[7]. Dessen Ausbildungsprogramm ist an den Erfahrungen der Vereinigten Staaten in Vietnam und Lateinamerika, Großbritanniens in Malaysia sowie Frankreichs in Algerien und Indochina orientiert.

Die theoretischen Grundlagen liefern vor allem die Werke des französischen Generals André Beaufre[8], seines amerikanischen Kollegen John J. McCuen[9] sowie des französischen Offiziers Roger Trinquier[10]. So wurde der Begriff „Totale Nationale Strategie" aus den Werken Beaufres übernommen.

Schon in den sechziger Jahren, verstärkt aber nach den Soweto-Unruhen 1976, ging man in Südafrika daran, deren Erkenntnisse in eine CI-Strategie umzusetzen. Sie läßt sich den Ideen Beaufres entsprechend in eine direkte und eine indirekte Strategie unterteilen.

Die direkte Strategie: Pax Pretoriana

Südafrikas sicherheitspolitische Vision einer „Konstellation" abhängiger Staaten um Südafrika herum, ist nur durch eine Strategie von Zuckerbrot und Peitsche zu erreichen.

Als Anreiz stellt die südafrikanische Regierung mehr Investitionen der Privatwirtschaft in den Nachbarländern sowie den Transfer von technischem Know-how in Aussicht.

Wesentlich differenzierter stellt sich das Arsenal der Druckmittel dar. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird die primär kolonial bedingte Abhängigkeit der Anrainerstaaten von der Kaprepublik immer wieder zu Pressionen (Transportmittel werden überraschend verweigert, Wirtschaftssanktionen verhängt etc.) genutzt. Alternative Wirtschaftsbeziehungen stehen den betroffenen Ländern kaum zur Verfügung.

Das Schwergewicht der Regionalstrategie liegt jedoch auf der militärischen Destabilisierung. Südafrika unterstützt Widerstandsbewegungen in fast allen Nachbarländern: in Angola die UNITA, in Mosambik die RENAMO, in Lesotho die LLA und in Zimbabwe die Super-ZAPU. Die Angriffe dieser Gruppen zielen vor allem auf lebenswichtige Infrastruktureinrichtungen und sollen das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit ihrer Regierung erschüttern.

Einheiten der SADF, vor allem das aus schwarzen Söldnern gebildete 32. Bataillon, etablierten im Süden Angolas eine permanente militärische Präsenz. Die Soldaten unterstützten aktiv die UNITA in ihrem Kampf gegen die Regierung in Luanda.

Nordnamibia wurde von Sondereinheiten der südafrikanischen und südwestafrikanischen Polizei, Einheiten der SADF und der Citizen Force als Testgelände für verschiedene direkte und indirekte CI-Aktionen genutzt.[11] Dieses waren z.B. Grenzkontrollen in der einen Kilometer breiten No-go-area südlich der angolanischen Grenze, deren Bewohner zwangsumgesiedelt wurden; „Search-and-destroy"-Einsätze; Hinterhalte; Beobachtungs- und Horchposten; Straßensperren und Schutzoperationen für besonders bedrohte Schlüsseleinrichtungen und Personen.

Vor allem die Polizei-Sondereinheit „Koevoet" (Brechstange) ist für ihr brutales Vorgehen berüchtigt. Im Zeitraum von 1980 bis Anfang 1984 sollen 1624 Tote bei 721 „Feindberührungen" auf ihr Konto gehen.[12] Informationen werden häufig durch Einschüchterung und Gewalt gegen die Landbevölkerung erzwungen. Auch nach der kürzlich erfolgten Integration der Koevoet-Einheit in die südwestafrikanische Polizei sind wieder Berichte bekannt geworden, daß ihre Mitglieder massive Pressionen gegenüber Wählergruppen ausgeübt haben, um die Wahlen zu beeinflußen.[13]

Ein ähnliches Abwehrsystem mit regionalen CI-Einheiten wird an der Nordgrenze Südafrikas und an der Grenze zu Lesotho aufgebaut.

Einheiten der SADF unternahmen ab 1980 immer wieder „vorbeugende" Angriffe auf angebliche Lager des ANC in den Nachbarländern. Die Angriffe werden von Elitesoldaten der SADF-Fernspäher ausgeführt.[14]

Mit der Aufrechterhaltung militärischer Lager in grenznahen Regionen der Anrainer steht und fällt ein Kernstück des Guerillakampfes. Auch Südafrikas Sicherheitselite weiß, daß von Mao Tse-Tung lernen siegen heißt: „Guerillas ohne Basis sind umherstreifende Aufrührer und können keine Verbindung mit der politischen Hoffnung der einheimischen Bevölkerung haben"[15]. Neben der Liquidierung von Guerillakämpfern sollen die Angriffe den Regierungen der betroffenen Länder immer wieder ihre Verwundbarkeit demonstrieren. Ergänzt wird das Arsenal durch die unbegrenzten Möglichkeiten des „schmutzigen Krieges" wie Bombenanschläge, Agententrupps, Todesschwadronen u.a.[16].

Die Strategie war erfolgreich. Angola, Mosambik und Swaziland haben Verträge mit Südafrika geschlossen, die die Unterstützung von Widerstandsbewegungen verbieten. Der ANC hat in allen an Südafrika



Polizeieinheit im Einsatz

grenzenden Ländern seine Stützpunkte verloren und ist zur Umorientierung seiner Gesamtstrategie gezwungen.

Aufgrund dieser veränderten Bedingungen wird die direkte Strategie Südafrikas bei der Aufstandsbekämpfung an den Grenzen in Zukunft an Bedeutung verlieren.

Das ausgedehnte, meist ländlich strukturierte Staatsgebiet Südafrikas wird nach dem Konzept der Gebiets-Verteidigung (Area-Defense) gesichert. Ziel dieses ländlichen CI ist die möglichst umfassende Organisation und Mobilisierung der weißen Bevölkerung in militärischen Formationen, in denen auch Frauen, ältere Männer und Reservisten Verteidigungsaufgaben übernehmen[17]. Die Verteidigung von „Heim und Herd" erfolgt durch milizähnliche Kommandos, die Citizen Force (Freiwillige und Reservisten), die Reservepolizei, aber auch durch zivile Verteidigungsorganisationen von lokalen Behörden, Schulen etc. In der Grenzregion werden Wehrdörfer gebildet, jenseits der No-go-area vermehrt Farmer angesiedelt und zu Farmerkommandos zusammengefaßt.



Diese paramilitärischen Einheiten arbeiten eng mit den CI-Einheiten der SADF und der SAP zusammen, die aufgrund ihrer geringen Personalstärke eher als schnelle Eingreiftruppe eingesetzt werden[18]. Ziel ist der Aufbau eines Frühwarnsystems gegen Guerillas und deren frühestmögliche Bekämpfung. Gleichzeitig wird die Kontrolle über ländliche Gebiete konsolidiert und ein „Stahlring" um das südafrikanische Territorium gelegt. Ergänzt wird das Programm durch die Installierung fester Grenzanlagen, unter anderem eines 20.000-Volt-Elektrozaunes an den Grenzen zu Zimbabwe, Botswana und Mosambik.

In den Homelands werden Armee- und Polizeieinheiten von südafrikanischen Sicherheitskräften ausgebildet und ausgerüstet. Ziel ist die Formierung einer Abwehrfront von SADF, SAP und Homelandtruppen, die durch gemeinsame Kommandobehörden befehligt wird[19]. Dadurch soll dem Entstehen stabiler „Widerstandsnester" in den Homelands vorgebeugt werden. Andererseits helfen südafrikanische Truppen bei der Niederschlagung von Aufständen in den Homelands mit[20].

Speziell in den Grenzregionen werden auf ethnischer Basis rekrutierte „schwarze Einheiten" eingesetzt, die ihre Vertrautheit mit den lokalen Sprachen und Lebensgewohnheiten in den CI-Kampf einbringen[21].

In den städtischen Gebieten gebraucht der südafrikanische Sicherheitsapparat eine besondere Stellvertreter-Truppe: die Vigilantes. Diese konservativen bis rechtsextremen Gruppen schwarzer Townshipbewohner fanden sich nach dem teilweisen Zusammenbruch der offiziellen Lokalverwaltung und der Etablierung „alternativer Verwaltung" durch Widerstandsgruppen in den Jahren 1984/85 zusammen. Mit brutaler Gewalt gehen sie gezielt gegen die Aktivisten des Widerstandes vor, von denen viele verletzt und getötet wurden. Ihre Aktionen werden von den südafrikanischen Sicherheitskräften nicht nur geduldet, die Vigilantes wurden sogar von ihnen angeleitet und ausgerüstet[22].

Die „offizielle" Aufstandsbekämpfung in den Townships wird von der SAP durchgeführt. Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Sicherheitspolizei sind paramilitärisch ausgebildet und ausgerüstet. Sie koordinieren ihre Einsätze mit der Armee, so bei der Niederschlagung des Widerstands Mitte der achtziger Jahre unter dem Ausnahmezustand.

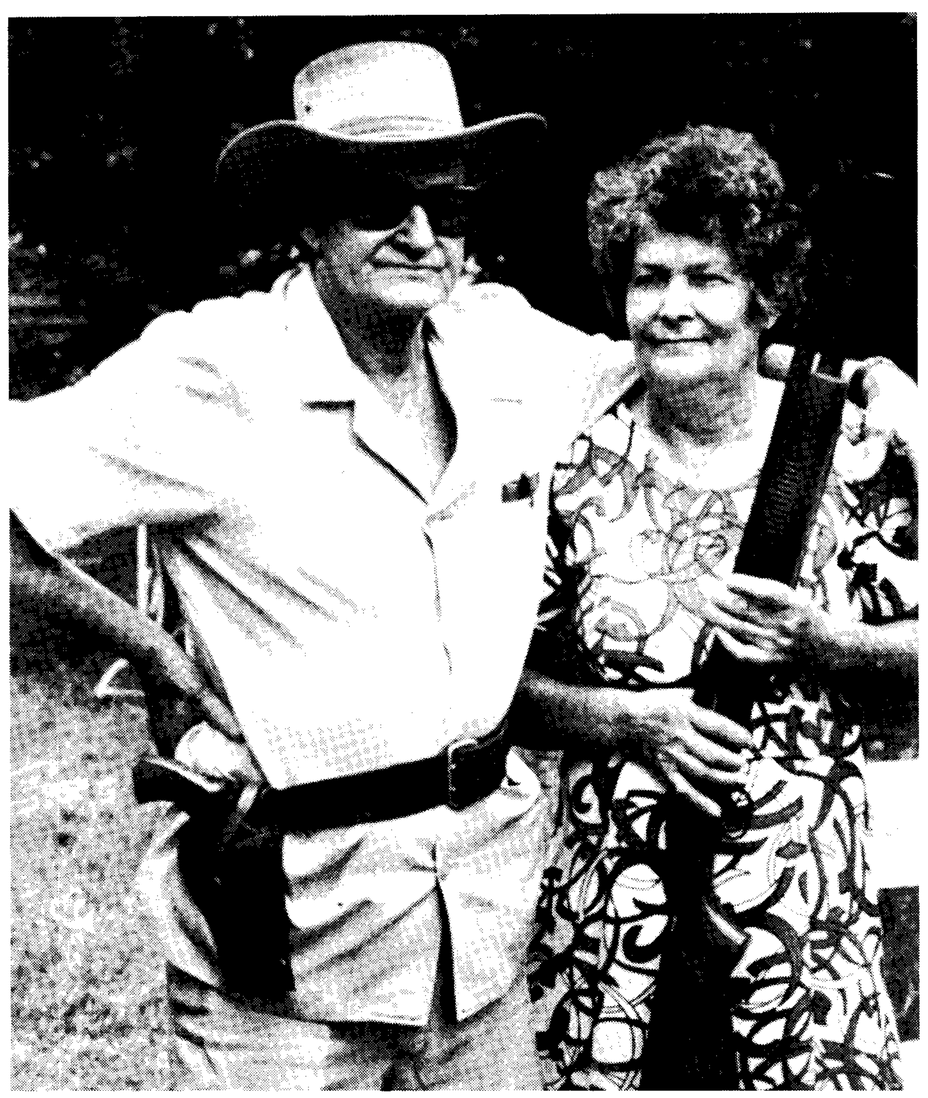
Zu den Aufgaben der SAP gehören neben klassischen Polizeiaufgaben auch nachrichtendienstliche Tätigkeit, politische Kontrolle und CI. Auf das Konto der Sicherheitspolizei gehen Folterungen und der Tod Dutzender von Häftlingen, unter anderem von Steve Biko[23]. Unter dem Ausnahmerecht verfügen Polizei und Militär über zahlreiche Sonderkompetenzen, die die Ahndung unmenschlicher Praktiken praktisch ausschließen.

Indirekte Strategie: Kampf um „Herzen und Verstand"

Getreu den Vorgaben André Beaufres sucht der südafrikanische Sicherheitsapparat die Entscheidung über die Zukunft des Landes an der inneren Front der gesellschaftlichen Konflikte. Wenn die Lösung des grundsätzlichen Konfliktes nach Einschätzung des Militärs nur zu 20% von militärischen Erfolgen, aber zu 80% von politischen abhängt, so ist die politische Arbeit unter Sicherheitsprämissen besonders wichtig. Der verstärkte Einfluß des Militärs als Sicherheitselite in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird vom SSC gefördert und gelenkt. Unterhalb dieser nationalen Ebene bestehen neun regionale Joint Management Centres (JMC) unter der Leitung eines hohen Polizei- oder Armeeoffiziers, 60 Gemeinde-JMCs und 448 Basis-JMCs auf Ortsebene, in denen Beamte des Sicherheitsapparates, aber auch z.B. der Post oder der Feuerwehr zusammenarbeiten[24].

Die Aufgabe dieses National Security Management Systems (NSMS) ist das Sammeln von umfassenden Informationen über Widerstand, Unzufriedenheit, Streiks, auffällige Einzelpersonen oder Gruppen und alles sonst „Verdächtige". Die Erkenntnisse werden an die jeweils übergeordnete Instanz weitergeleitet, die entsprechende Entscheidungen trifft. So sollen Kristallisationspunkte des Protests rechtzeitig erkannt und ausgemerzt werden. Gleichzeitig tragen die JMCs Verantwortung für eine Reihe von zivilen Versorgungsleistungen (Wasser, Strom, Kanalisation, Kliniken etc.), so daß sie von der Bevölkerung als Leistungsverwaltung wahrgenommen werden können.

Dieser Aufgabenzuschnitt bildet den Kern jeder indirekten CI-Strategie. Ein Hauptziel des CI-Kampfes ist die Zerstörung des organisatorischen Netzwerkes revolutionärer Gruppen in der Bevölkerung und deren Ersetzung durch eine konterrevolutionäre Organisation unter der Kon-



Farmer mit Frau und Flinte im Grenzgebiet zu Zimbabwe

trolle staatlicher Behörden. Zu diesem Zweck wird der zivile Einsatz des Militärs (Civic Action) kultiviert. Die Absicht ist, „das Bild des Soldaten als Mann der Tat erscheinen zu lassen, der dennoch ein Freund der Schwarzen ist und der bereit ist, sie zu verteidigen. Wir wollen, daß der National Serviceman den Schwarzen unterrichtet, während sein Gewehr in der Ecke des Klassenzimmers steht“[25].

Dieses Bild einer „Entwicklungsarmee“, das sich auch z.B. in Lateinamerika und der VR China findet, führte in Südafrika und Namibia zu einer Vielzahl ziviler Projekte für die schwarze, farbige und asiatische Bevölkerung unter militärischer oder polizeilicher Leitung: Kinder werden zu Abenteuercamps eingeladen, Ausbildungsprogramme angeboten, Dürren bekämpft, Lehrer abgestellt, landwirtschaftliche und ökologische Berater zur Verfügung gestellt und medizinische Versorgungsleistungen erbracht.

Vor allem die Homelands werden mit Civic-Action-Programmen versorgt. Dies ist ein Beitrag zu den verstärkten Bemühungen der Regierung, durch Sozialprogramme in städtischen Gebieten und durch die Regionalisierung der Entwicklung in bestimmten ländlichen Gebieten, den aus der Verelendung erwachsenden Zündstoff zu entschärfen. Der Zuschnitt „ökonomischer Entwicklungszentren“ geht Hand in Hand mit der Etablierung ähnlich ausgewiesener Sicherheitszonen — repräsentiert von regionalen JMCs[26]. Hierin spiegelt sich deutlich die Interdependenz von wirtschaftlicher Entwicklung und CI wider. Durch Organisation und Motivation der Bevölkerung auf sozio-ökonomischem Gebiet soll deren Unterstützung für die Sicherheitskräfte und das System insgesamt gewonnen werden.

Die Civic-Action-Einsätze dienen aber auch der Informationssammlung und der Propaganda. In Flugblättern, Zeitschriften und Rundfunksendungen wird der ANC als „Feind des Volkes“ verteufelt, die Armee hingegen als Beschützer dargestellt, die die bessere Alternative zur Herrschaft der „Aufrührer“ darstellt.

In städtischen Gebieten trifft die Durchführung der Civic-Action-Programme auf Widerstand, da man hier die brutalen Einsätze der „Entwicklungshelfer“ bei der Besetzung der Townships noch deutlicher vor Augen hat.

Südafrikas Totale Nationale Strategie hat die weiße Bevölkerung militarisiert[27]. Schon in der Schule werden Feindbilder geprägt und ein wehrkundeähnlicher Unterricht erteilt. Immer neue Bevölkerungsschichten werden als Sicherheitskräfte rekrutiert. Fast jede weiße Familie besitzt Waffen; die Gesellschaft wird auf gewalttätige Auseinandersetzungen vorbereitet. Im Sicherheitsapparat werden Konfliktlösungen zunehmend auf militärische und sicherheitspolitische Fragen eingeengt. Diese Haltung wird durch die Erfolge der regionalen Destablisierungsstrategie bestärkt. Sie erschwert die Suche nach einer Lösung der grundlegenden Konflikte in Südafrika.

Die schwarze Bevölkerung glaubt nicht länger an ihre Ohnmacht, und große Teile des Auslands haben sich gegen die Politik Südafrikas gestellt. Auf Dauer kann die nichtweiße Mehrheit nicht von der politischen Macht ferngehalten werden — den Kampf um ihre Herzen und ihren Verstand haben die Weißen längst verloren.

Uwe Tonndorf

Anmerkungen:

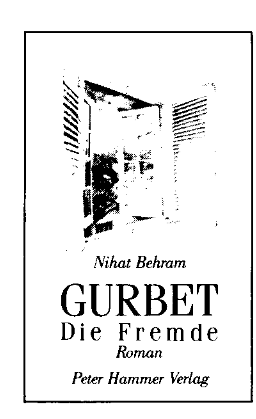
1. Südafrikanisches Verteidigungsjahrbuch 1977, zit. nach Deon Geldenhuys, The Diplomacy of Isolation, Johannesburg et al 1984, S. 96
2. Willie J. Breytenbach, Reform und Konfliktlösung in Südafrika, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.), Südafrika. Krise und Entscheidung, Bd. 2, München 1987, S. 46
3. Africa Confidential, Vol. 28, No. 14, 8.7.1987, S. 1
4. dazu Hermann Giliomee, The Botha Quest. Sharing Power Without Losing Control, in: Leadership South Africa, 2/1983, S. 27-35
5. näher zu diesem Konzept, das das Herzstück vieler „Modelle des Wandels“ bildet: Uwe Tonndorf, Von Carter zu Reagan: Amerikanische Außenpolitik im südlichen Afrika zwischen Wandel und Kontinuität, in: Verfassung und Recht in Übersee, 1/1988, S. 55-71
6. ausführlich Winrich Kühne, Südafrika und seine Nachbarn: Durchbruch zum Frieden?, Baden-Baden 1985
7. Gavin Cawthra, Brutal Force. The Apartheid War Machine, London 1986
8. Introduction à la Stratégie, Paris 1963 (deutsch: Totale Kriegskunst im Frieden. Einführung in die Strategie, Berlin 1964); Stratégie de L'Action, Paris 1966.
9. The Art of Counter-Revolutionary War, London 1966
10. nach Jonathan Kapstein, zit. in: Kenneth W. Grundy, The Militarization of South African Politics, London 1986, S. 27
11. Helmoed-Römer Heitmann, South African War Machine, Bromley 1985, S. 106
12. ebd., S. 110
13. Süddeutsche Zeitung, 27.7. und 5./6.8.1989
14. H.-R. Heitmann, a.a.O. S. 96
15. Mao Tse-Tung, zit. (nach: J.K. Cilliers, Counter-Insurgency in Rhodesia, London 1985, S. 172 f.
16. Gerald Braun, Pretorias Totale Strategie im südlichen Afrika, in: Afrika Spectrum, 1/1988, S. 12 f
17. G. Cawthra, a.a.O., S. 229
18. Africa Confidential, Vol. 28, No. 14, 8.7.1987, S. 4
19. Richard Leonard, South Africa At War, Westport 1983, S. 100 f
20. z.B. 1983 in der Ciskei; K.W. Grundy, a.a.O., S. 73
21. R. Leonhard, a.a.O., S. 109-112; ausführlich K.W. Grundy, Soldiers Without Poitics, Berkeley 1983
22. ausführlich zu dem komplexen Phänomen der Vigilantes: Nicholas Haysom, Apartheid's Private Army. The Rise of Rightwing Vigilantes in South Africa, London 1986
23. R. Leonard, a.a.O., S. 118-122
24. Africa Confidential, Vol. 28, No. 14, 8.7.1987
25. Michael Evans, Total War in South Africa, in: Militarization Focus, 7, zit. nach: Annette Seegers, Apartheid's Military: Its Origins and Development, in: Wilmot G. James (Ed.), The State of Apartheid, Boulder 1987, S. 158
26. Africa Confidential, Vol. 28, No. 14, 8.7.1987, S. 3
27. ausführlich Gerald Braun, Pretorias Prätorianer, in: der Überblick, 4/1987, S. 41-44

ENGAGIERT * ERFOLGREICH* VIELSEITIG
Das Programm 1989

Literatur



Rosa Montero
Geliebter Gebieter
240 Seiten, gebunden, 28,- DM
ISBN 3-87294-392-8



Nihat Behram
Gurbet - Die Fremde
Roman
412 Seiten, gebunden, ca. 32,80 DM
ISBN 3-87294-401-0



Das politische Buch des Jahres 1989 für:

Gioconda Belli
Bewohnte Frau
Roman
3.Aufl., 320 Seiten, gebunden, 32,- DM
ISBN 3-87294-375-8

Gioconda Belli
Aus einer Rippe Evas
Gedichte
112 Seiten, gebunden, ca. 19,80 DM
ISBN 3-87294-402-9

Eduardo Galeano
Erinnerung an das Feuer
Bände 1bis 3 in Kassette
Zusammen 1080 Seiten, kartoniert,
im repräsentativen Pappschuber, 78,- DM
ISBN 3-87294-395-2

Ernesto Cardenal
Reiher wie weiße Segel
Das Poetische Werk, Band 9
Mit einer Einleitung von Julio Valle Castillo
124 Seiten, gebunden, ca. 22,80 DM
ISBN 3-87294-341-3

Ruth Weiss
Menschen werfen Schatten
Das Projekt Vuti
106 Seiten, mit Fotos, pht 54, 12,80 DM
ISBN 3-87294-394-4

Ingrid Bettin
Seele aus Stein und Taube
Begegnung mit Peru
ca. 198 Seiten, pht 58, ca. 16,80 DM
ISBN 3-87294-399-5

Politik

Gerhard Hufnagel (Hrsg.)
Politik im Diskurs
Politische Reden aus der Geschichte der Bundesrepublik
512 Seiten, gebunden, 38,- DM
ISBN 3-87294-384-7

Nihat Behram
Tödlicher Mai
Leben undTod im türkischen Widerstand
ca. 112 Seiten, mit Fotos, pht 56,
ca. 16,80 DM
ISBN 3-87294-406-1



Jean Ziegler
Der Sieg der Besiegten
Unterdrückung und kultureller Widerstand
240 Seiten, broschiert, pht 55, 19,80 DM
ISBN 3-87294-382-0

NEUAUFLAGE
Lloyd Timberlake
Krisenkontinent Afrika
akt. und erw. Ausgabe 1989,
mit einem Vorwort von Erhard Eppler
244 Seiten, pht 34, ca. 14,80 DM
ISBN 3-87294-397-9

Die besonderen Kalender 1990

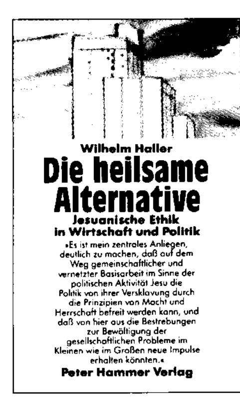


Afrika 1990: Werner Gartung fotografiert
12 Fotos im Großformat, Farbe
mit Vorderblattfolie, Einzelverpackung
Format 40 X 54 cm, 39,80 DM
ISBN 3-87294-396-0



Mit 13 farbigen Fotos in großem Format, mehrsprachigem Kalendarium u. Texten auf den Bilderrückseiten, 19,80 DM
ISBN 3-87294-393-6

Michael Schmid-Ospach (Hg.)
Grauzone Staatskanzlei
Der Fall Barschel - zwei Jahre danach
ca. 240 Seiten, broschiert, ca. 19,80 DM
- Reihe Hambach -
ISBN 3-87294-411-8



Wilhelm Haller
Die heilsame Alternative
Jesuanische Ethik in Wirtschaft und Politik
198 Seiten, broschiert, pht 53, 18,80 DM
ISBN 3-87294-385-5

Kinderbücher

Karen Press
Der kleine gelbe Bagger
Fünf Geschichten aus Südafrika
Jumboformat (DIN A 3), 24 Seiten,
Broschur, 22,80 DM
ISBN 3-87294-391-X

Horacio Quiroga
Der Papagei mit der Glatze
Geschichten aus Südamerika
Mit Illustrationen von Frank Ruprecht
112 Seiten, gebunden, 16,80 DM
ISBN 3-87294-388-X



Werner Holzwarth/ Wolf Erlbruch
Vom kleinen Maulwurf, der wissen wollte, wer ihm auf den Kopf gemacht hat
24 Seiten, Pappb., Großformat, 19,80 DM
ISBN 3-87294-407-X

Theologie

Paul Gerhard Schoenborn
Kirche der Armen
Ein Lese- und Arbeitsbuch
Vorwort von Johann Baptist Metz
344 Seiten, broschiert, pht 57, 18,80 DM
ISBN 3-87294-408-8

Christel Beilmann
Eine katholische Jugend in Gottes und im Dritten Reich
Briefe, Berichte, Gedrucktes 1930 -1945
384 Seiten, broschiert, 36,80 DM
ISBN 3-87294-398-7

Edition Eine neue Erde



Dorothee Sölle/Hildegard von Bingen
O Grün des Fingers Gottes
Edition Eine neue Erde, Band 5
60 Seiten, Farbfotos, geb., 14,80 DM
ISBN 3-87294-390-1

Wolfgang Poeplau
Stille hinter dem Wind
Keltische Segenssprüche
Edition Eine neue Erde, Band 6
60 Seiten, Farbfotos, geb., 14,80 DM
ISBN 3-87294-404-5

Gregorio Mezarina
Die Liebe zwischen den Dornen
Peruanische Passion
Edition Eine neue Erde, Band 7
60 Seiten, Farbfotos, geb., 14,80 DM
ISBN 3-87294-403-7

Peter Hammer Verlag * Postfach 20 04 15 * 5600 Wuppertal 2

Gesamtverzeichnisse und Werbematerialien liegen für Sie bereit. Schreiben Sie uns einfach !

Kindernot und Patenglück

„Das Beste vom Besten für die Ärmsten der Armen" oder „Der tiefe Griff in Ihr Portemonaie ist uns der liebste" — auf diese Zitate stößt ein potentieller Pate, wenn er sich über die Arbeit von Patenschaftsorganisationen informieren möchte. Sicher, die Zitate sind aus dem Zusammenhang gerissen und ohne Kontext unterliegen sie der Gefahr, überinterpretiert zu werden. Und dennoch sagen sie über die Texter mehr aus, als vielleicht beabsichtigt wurde. Das fand Jürgen Horlemann in seiner Studie „Kindernot und Patenglück" heraus. Er besorgte sich von der Kindernothilfe, von World Vision, vom CCF Kinderhilfswerk Deutscher Patenkreis, von der Andheri-Hilfe und von Inter Mission Broschüren, Flugblätter, Plakate, Postkarten etc., also Materialien, mit denen die Patenschaftsorganisationen auf ihre Arbeit aufmerksam machen. Viel Papier kam zusammen, so daß der Autor erst einmal einen detaillierten Fragenkatalog erstellen mußte — das Gerüst seiner Studie — bevor er das umfangreiche Material auswerten konnte. Durch die anschließende semiologische Interpretation leitete er aus Sprache und Bildmaterial politische Einschätzungen, Konzepte und Strategien ab. Seine Kritiker — die Patenschaftsorganisationen — finden diesen Ansatz „höchst fragwürdig". In Stellungnahmen, die im Anhang abgedruckt sind, werfen sie ihm Fehlinterpretationen vor. Diese Stellungnahmen sind auch das spannenste der Studie. Es ist immer wieder amüsant, wie die viel gescholtene Kindernothilfe sich windet, um das fragwürdige Programm der Kinderpatenschaften zu verteidigen.

Viel Geduld wird dagegen vom Leser am Anfang verlangt, bis er das Dickicht der zahlreichen Vorbemerkungen durchkämmt hat. Dennoch ein wichtiges Buch für Seminarleiter, Pädagogen und Personen, die sich mit dem Thema der Kinderpatenschaften beschäftigen. Die breite Öffentlichkeit, vor allem diejenigen, die sich überlegen, eine Patenschaft einzugehen, wird der Autor mit seiner Studie nicht erreichen; dafür ist sie zu trocken.

ck

Jürgen Horlemann: Kindernot und Patenglück. Frankfurt, Haag + Herchen, 1989, 160 S., 19,80 DM

„Handbuch 'Dritte-Welt-Arbeit' in München"
(Selbstdarstellung Münchner Gruppen/zur Arbeit des Nord-Süd-Forum München/kulturelle Aktivitäten... 95 Seiten.
Erhältlich für 5,- DM in Briefmarken (inkl. Versandk.) bei: Nord-Süd-Forum, c/o 3.-Welt-Cafe, Daiserstr. 9, 8 München 70.



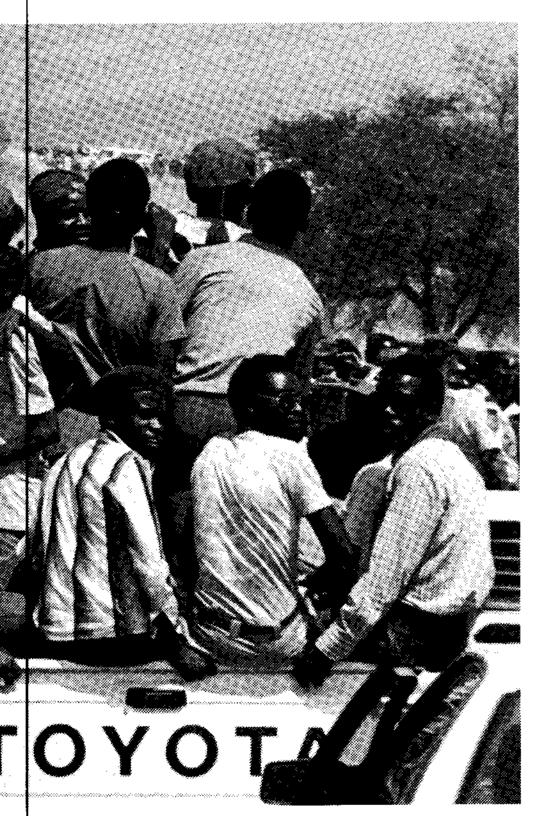
„VEHEMENT - Buchbesprechungen" Nr. 2/Sept. '89
Enthält Rezensionen entwicklungspolitischer Bücher u.a. zu folgenden Themen: Entwicklungspolitik, Dritte-Welt-Handbücher, Weltwirtschaft, Rohstoffpolitik, Verschuldung, Agrarpolitik, Bevölkerungspolitik, Tourismus, Frauen in der Dritten Welt, Flüchtlingsproblematik, Rassismus, Interkulturelles Lernen, Kinder in der Dritten Welt, Bewußtseinsbildung

sowie Rezensionen zu Afrika, Asien u. Lateinamerika.

DIN A 4 - Format, 68 S., DM 5,00 + 2,00 DM Versandkosten. (Nur gegen Vorauskasse in Briefmarken oder Verrechnungsscheck).

Bestellung an: VEHEMENT e.V., Goebenstr. 35, 6200 Wiesbaden 1

„Im Dschungel der Bekenner — zehn Jahre politische Arbeit in der BRD und in Frankreich":
Unter diesem Titel und mit Hilfe beispielhaft erzählter eigener Erlebnisse analysiert der Autor den gestörten Ablauf der Versammlungen von Initiativen und politischen Gruppen. Verspätung, fehlende Redeliste, Entscheidungsunfähigkeit und vieles mehr läßt er Revue passieren. Überlegungen zur sozialen Herkunft der Aktivisten führen dann zur Frage ihrer Ziele: Wollen sie etwas in der Gesellschaft verändern, Propheten sein oder ihre Bedürfnisse nach Gemeinschaft mit anderen Menschen befriedigen? Bestellungen dieses kostenlosen Beitrages von 6 Seiten bei Christopher Pollmann, 8 rue St. Georges, F-54000 Nancy, Tel. 00 33-83.37.45.66."



SWAPO-Anhänger warten auf Sam Nujoma

Namibia: On the brink

„435 ist noch wie ein Traum — er könnte vielleicht wahr werden". Kurz vor den Wahlen am 6. November, durch die alle Bevölkerungsgruppen die erste unabhängige Verfassung Namibias bestimmen werden, zeigt Afravision Einblicke in die Gesellschaft Namibias. Der Traum der Unabhängigkeit, ist für viele auch Alptraum, für andere ein Punkt auf der Geschäftsordnung wie anderes auch, für manche nur eine scheinbare Lösung der Konflikte. Ist die Resolution 435, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen schon 1978 verabschiedete, ein Plan vom grünen Tisch oder wird er der komplizierten Lage, den widerstreitenden Interessen gerecht?

Stellung nehmen dazu etwa der südafrikanische Administrator General, ein Vertreter der „Turnhallen-Konferenz" und der General Manager einer Uranium-Export Gesellschaft. Auf der anderen Seite, teils zuversichtlich wie die Vertreter der SWAPO, teils äußerst skeptisch wie der Minengewerkschafter Ben Ulenga, äußern sich diejenigen, die mit 435 das Ende hundertjähriger Kolonialgeschichte verwirklichen wollen.

Die Erklärungen, Forderungen, Perspektiven lassen ahnen, daß der Einsatz von UN-Truppen keine Garantie für einen konfliktfreien Übergang von einem Status zum nächsten sein kann. Obwohl beide Parteien von Friede, Freiheit und Demokratie reden, sind doch unterschiedliche Gesellschaften gemeint. Das Video porträtiert mit den verschiedenen Personen auch die gespaltene Lage. Ob auf der Schwelle zur Unabhängigkeit die Durststrecke für das Wüstenland Namibia überwunden ist oder noch bevorsteht, bleibt offen.

Afravision, SA 1989
Namibia: On the brink
im Verleih der Medienwerkstatt Freiburg,
Konradstr. 20, 78 Freiburg,
Tel. 0761/70 97 57, für DM 50,-

Türkische Geständnisse

In dem Dokumentarvideo des 'Videoladens Zürich' werden die Massenprozeße der türkischen Gesinnungsjustiz thematisiert. Es werden Zusammenhänge hergestellt und die Hintergründe des derzeitigen Hungerstreiks der politischen Häftlinge beleuchtet.

In zum Teil mit versteckter Kamera aufgenommenem Filmmaterial werden jene Menschen der Vergessenheit entrissen, die seit fast acht Jahren in den Kerkerkellern jenes repressiven Regimes unter unmenschlichen Bedingungen dahinvegetieren. Sie sind, von Folter und Haftsituation gezeichnet, oftmals nicht in der Lage, ohne fremde Hilfe zu gehen.

Erinnern wir uns: Am 12. Dezember 1980 hatte das türkische Militär den dritten Staatsstreich innerhalb von zwei Jahrzehnten inszeniert. Die danach angelaufenen Massenprozeße sollten dazu dienen, das Eingreifen des Militärs zu legitimieren; sie sollten unterstreichen, daß der türkische Staat — so die Sichtweise des Militärs — vom anarchistischen Zusammenbruch bedroht war.

Einführend erfolgt ein historischer Rückblick auf die politische Entwicklung des Jahres 1980: auf die sich verschärfenden innenpolitischen Auseinandersetzungen, die auf eine breite Massenmobilisierung zurückgingen, die die politischen und ökonomischen Verhältnisse in Frage stellte. Seit 1980 wurden 1,6 Millionen Türken aus politischen Gründen registriert und 650.000 in die Gefängnisse geworfen, von denen ca. 72.000 wegen ihrer politischen Gesinnung angeklagt wurden. Die türkische Gesinnungsjustiz greift dabei auf Paragraphen zurück, die 1936 von der faschistischen Diktatur Bennito Mussolinis übernommen worden waren. So stellt der Paragraph 141 der türkischen Justiz „Gewaltfreie oppositionelle Gedanken" mit bis zu 15 Jahren Gefängnis unter Strafe.

Das Dokumentarvideo verfolgt mehrere große Massenprozeße, wie zum Beispiel den des Sondergerichtes in Mamak, welcher in einer der zahlreichen Militärfestungen von Ankara durchgeführt wird. Von den ursprünglich 723 Angeklagten sitzen heute nur noch die, von der Todesstrafe bedrohten, auf der Anklagebank. Nach über 7 Jahren Folter — und Isolationshaft dokumentieren diese Gefangenen ihren Willen, dieses Regime und seine Methoden anzuprangern. Im August 1988 legten sie ein umfangreiches Dossier über das „Geständnislabor" DAL der politischen Polizei in Ankara vor, in welchem die Aussagen und Geständnisse unter der Folter erpreßt werden, um später den Richtern als Beweise zu dienen. Die Gefangenen sind dieser Justiz auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. In Interviews von Angehörigen und oftmals ebenfalls Gefolterten wird das Prozedere des miltärischen Justizapparates dargestellt. Eine systematische Verteidigung ist unter solchen Umständen nicht möglich. Die Gespräche der Inhaftierten mit ihren Anwälten sind nur durch Trennscheiben und über Telefon möglich und werden zudem noch fortlaufend abgehört.
Beschwerden über den Instanzenweg werden von den Strafgerichten unterdrückt und bedeuten für die Gefangenen oftmals weitere Folter. Selbst die Mitglieder internationaler Beobachterdelegationen (z. B. Europaparlamentarier) sind bei Prozeßteilnahme dem türkischen Militärstrafrecht unterworfen.

Obwohl es dem Dokumentarvideo an technischer Brillanz mangelt, bedeutet dies für sein Anliegen keinen Abbruch. Gerade im Rahmen der jüngsten Hungerstreikbewegung der Inhaftierten in den türkischen Gefängnissen kann er Öffentlichkeit in der BRD herstellen und die vermeintlichen „Demokratisierungstendenzen" dieses repressiven Regimes entlarven.

GESTÄNDNISSE IN MAMAK
— Massenprozeße in der Türkei —
Regie: E. Schmidt, H. Vagnieres und R. A. Zumbühl; Schweiz 1989; 47 Min.
Verleih: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg; Tel. 0761/70 97 57
Verleih: 50,- DM

Detlev Kanotscher

Internationale Kampagne gegen die Umschuldung mit Südafrika 13.-19.11.1989

Mitte nächsten Jahres läuft das — vom Dresdner Bank Chef als „Interimslösung ausschließlich zum Zweck der Rückführung unserer ausstehenden Forderungen" bezeichnete — Umschuldungsabkommen vom März 1987 aus. Es sah u.a. die Rückzahlung von nur 13% der Kredit-Außenstände Südafrikas in Höhe von damals 14 Mrd. US-Dollar oder — alternativ — die Umwandlung dieser kurzfristigen Kredite in Laufzeiten von zehn Jahren vor. Die übrigen 7,6 Mrd. US-$ von den insgesamt 21,5 Mrd. US-$ Gesamtschulden waren von diesem Abkommen nicht berührt. Südafrika hat in Europa bereits Sondierungen über ein neues Umschuldungsabkommen aufgenommen, so zumindest dürfte der Besuch des damaligen südafrikanischen Präsidenten P.W. Botha anläßlich der Beerdigung von F.J. Strauß im Herbst 1988 sowie der Besuch des — damals schon als Nachfolger Bothas abzusehende — F.W. de Klerk im Juni 1989 bei Schweizer Banken zu verstehen sein. Alle Experten gehen jedenfalls davon aus, daß noch 1989, also spätestens im November oder Dezember, ein neues Umschuldungsabkommen ausgehandelt und abgeschlossen sein soll.

Südafrika hat zu solchen „Sondierungen" und Verhandlungen allen Anlaß: Die wirtschaftliche Lage im Land wird zunehmend katastrophal. Selbst offizielle Politiker müssen zugeben, daß die „Finanzsanktionen" das Land erheblich getroffen und bereits zu wirtschaftlichen Schäden geführt haben. Südafrika ist nicht in der Lage, die in den Jahren 1990 bis 1992 fälligen Rückzahlungen von zwei Dritteln der Schulden zu leisten.

Die Devisenreserven — ohnehin auf „historischem Tiefstand", etwa halb so hoch wie die des Nachbarlandes Botswana (I) — nehmen weiter ab. Kapital fließt durch Desinvestment ab und politisch begründete Kapitalflucht nimmt zu, das Land ist zwischenzeitlich zum Netto-Kapitalexporteur geworden.

Finanzminister du Plessies drohte angesichts des wachsenden Widerstandes gegen ein neues Abkommen bereits mit völliger Verweigerung der Schuldenrückzahlung für den Fall, daß die Banken Südafrika nicht entgegenkommen.

Inzwischen fordern u.a. südafrikanische Kirchenführer, der Afrikanische Nationalkongreß (ANC), die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU), Evangelische Kirchen in Westeuropa und den USA, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Einzelgewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowie internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), neue Umschuldungsverhandlungen abzulehnen oder mit klaren politischen Vorbedingungen zu verknüpfen. Denn ein Finanzboykott ist der schnellstwirkende und direkteste Weg, Südafrika zu wirklichen Reformen zu zwingen.

Im Schreiben des Südafrikanischen Kirchenrats SACC vom 26.4.89 an internationale Gläubigerbanken — unterzeichnet von Chicane, Tutu, Nandi und Boesak — wird von den Banken gefordert, daß sie

1) sich weigern Südafrikas Zahlungsverpflichtungen umzuschulden
2) Handelskredite für den Handel mit Südafrika nicht mehr gewähren
3) die Abtrennung südafrikanischen Goldes auf den Züricher und Londoner Märkten fordern
4) ihre Beteiligung an Gold-Handel, Goldswaps und -Anleihen beenden

bis folgende Bedingungen erfüllt sind: Bis
a) der Ausnahmezustand aufgehoben ist
b) alle politischen Gefangenen und Verhafteten freigelassen sind
c) alle politischen Organisationen entbannt sind
d) das Gesetz über die getrennten Wohngebiete, das Land-Gesetz, das Gesetz über getrennte öffentliche Einrichtungen, das Gesetz zur Registrierung der Bevölkerung und alle anderen rassistischen Gesetze widerrufen sind
e) ein Verhandlungsprozeß über eine neue Verfassung für ein demokratisches, nicht-rassistisches und einheitliches Südafrika eröffnet ist.

VertreterInnen von Anti-Apartheid-Gruppen, Solidaritäts- und kirchlichen Organisationen aus 16 Ländern — darunter den Hauptkreditoren USA, Großbritannien, Schweiz, Frankreich und Bundesrepublik — sowie vom „Special Commitee against Apartheid" der Vereinten Nationen (UNO) rufen jetzt zu einer „Internationalen Kampagne gegen die Umschuldung mit Südafrika" mit einer Internationalen Aktionswoche (13.-19.11.1989) auf.

Hauptziel dieser Kampagne ist es, ein neues Umschuldungsabkommen mit Apartheid-Südafrika zu verhindern. Dies wird als ein wesentlicher Schritt zu umfassenden und bindenden Sanktionen angesehen. Gefordert wird von den Banken darüberhinaus, keine Kredite und Anleihen an südafrikanische Schuldner und keine Handelskredite für Geschäfte mit Südafrika — zum Beispiel an bundesdeutsche Wirtschaftsunternehmen — zu vergeben und sich nicht an Goldgeschäften zu beteiligen. Im Zentrum der Kampagne stehen fünf Großbanken, die im „Technischen Komitee", das die Verhandlungen führt, sitzen: Dresdner Bank (BRD), Schweizerische Bankgesellschaft, National Westminster Bank (GB), Credit Lyonnais (F) und ein us-amerikanisches Kreditinstitut. Insgesamt ist Südafrika bei ca. 260 internationalen Gläubigerbanken verschuldet.

Geplant sind verschiedene Aktionsformen von Konsumentenboykott gegenüber diesen Banken, Mahnwachen, Gespräche mit Bankverantwortlichen, Unterschriftenlisten, Aktionen mit Bank-Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Verbraucherverbänden, Religionsgemeinschaften vor Ort und überregional. Hinzu kommen Lobbyaktionen in (Kommunal-)Parlamenten bis hin zu speziellen Tagesordnungspunkten im US-Amerikanischen Kongreß, im Europäischen Parlament, im Rahmen der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) und der Blockfreien Staaten, sowie auf der Commonwealth-Tagung im kommenden Oktober. Der ANC seinerseits wird hochrangige Delegationen zu Banken, Zentralbanken und Regierungen entsenden.

Das bedeutet: Alle Kräfte — vor Ort, überregional und international — sollen kurzfristig gebündelt werden, um die Aushandlung eines Umschuldungsabkommens zu verhindern. In der Woche 13.-19.11.89 wird es also zu international abgestimmten öffentlichkeitswirksamen Aktionen in aller Welt kommen. Insbesondere an den großen Finanzplätzen New York, Washington, London, Zürich, Paris und Frankfurt.

Der Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheit" ruft alle Gruppen und Einzelpersonen zu kurzfristigen und engagierten Aktivitäten auf:

a) Schreibt bitte möglichst viele Briefe an:

Deutsche, Dresdner und Commerzbank
z.Hd. des Sprechers des Vorstandes
der Dresdner-Bank AG
Jürgen-Ponto-Platz 1
6000 Frankfurt 1

in denen Ihr
- die Forderungen der südafrikanischen Kirchenvertreter und des ANC bekannt gebt und begründet
- als Hauptziel fordert, es dürfe mit Apartheid-Südafrika keine weiteren Umschuldungen geben
- die oben angegebenen weiteren Forderungen erhebt
- auf die öffentlichen Aktivitäten und gegebenenfalls Eure eigenen Konsequenzen verweist

(Bitte schickt uns eine Kopie Eurer Briefe)

b) Macht bitte ab sofort möglichst häufig kleinere Aktionen, Mahnwachen, Infotische oder andere Happenings vor zentralen Filialen der Dresdner Bank, die in der Internationalen Kampagne ausgewählt wurde als die hauptverantwortliche bundesdeutsche Bank.

c) Nehmt teil an der „Internationalen Aktionswoche gegen die Umschuldungen mit Apartheid-Südafrika", 13.-19.11.1989. Niemals war die Zeit günstiger für die Verhinderung weiterer Umschuldungen mit Südafrika bzw. die Durchsetzung elementarer Forderungen insbesondere hinsichtlich von „Runden-Tisch-Verhandlungen" über ein demokratisches, nicht-rassistisches und einheitliches Südafrika!

Weitere Informationen bei:
Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid",
Daiserstr. 9, 8000 München 70,
Tel. 089/725 73 83

„Dritte Welt im Kinderbuch"

Rund um das Kinder- und Jugendbuch zum Thema „Dritte Welt" fand vom 30.9. bis 1.10.1989 eine Tagung in Bonn statt. Eingeladen von der Deutschen Welthungerhilfe, UNICEF, dem Anderen Literaturklub und einem Bibliothekarsverband (VBB) trafen sich ca. 60 Teilnehmer, um gemeinsam Antworten zu erarbeiten auf die Leitfrage: „Sind Kinderbücher ein geeignetes Medium gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit?"

In ihrem Vortrag gab Birgit Dankert (Hamburg) einen Überblick über die authentische Jugendliteratur aus Afrika. Asien und Lateinamerika. Authentische Literatur, so Birgit Dankert, sei für Europäer nicht immer einfach zu rezipieren. Anders gesetzte Spannungsbögen z.B. ließen ein Buch für die action-gewöhnten Jugendlichen unseres Kulturkreises womöglich langweilig erscheinen. Die vermittelnde, von Europäern geschriebene Literatur zum Thema „Dritte Welt" könne die Lesegewohnheiten zwar besser berücksichtigen, dies allerding nur um den Preis des Verzichtes auf eine authentische ästhetische Struktur des Textes.

In Arbeitsgruppen untersuchten die zumeist aus der pädagogischen Praxis kommenden Teilnehmer die Einsatzmöglichkeiten von „Dritte-Welt"-Kinderbüchern in Schule, Kindergarten und Bibliothek. Im Schulunterricht, so das Ergebnis der entsprechenden AG, ließen sich fiktionale Texte hervorragend einsetzen, da sie Schüler nicht nur kognitiv ansprächen.

In der Podiumsdiskussion am letzten Tag warf Moderator Wolfram Frommlet (Köln) die wichtigsten Fragen noch einmal auf: Wie entstehen Vorurteile und was können Bücher dagegen setzen? Wie müßte das optimale „Dritte-Welt"-Jugendbuch aussehen? Welche Inhalte können Kinder zugemutet werden, um sie nicht der Hilflosigkeit und Resignation auszuliefern?

Je nach beruflichem Hintergrund sahen die Antworten der Mitdiskutanten unterschiedlich aus. Birgit Dankert wies darauf hin, daß Literatur ihren eigenen ästhetischen Gesetzmäßigkeiten folgt und nicht beliebig funktionalisiert werden kann.

Jugendbuchautor Rüdiger Siebert (Köln) berichtete von den Erfahrungen seiner zahlreichen Lesungen. Jugendliche seien durchaus offen für die Nord-Süd-Problematik, hätten aber ein großes Bedürfnis nach Handlungsperspektiven, das befriedigt werden sollte.

Vor dem Hintergrund ihrer Arbeit mit ausländischen Jugendlichen wies die Sozialpädagogin Sitha Berg (Köln) darauf hin, daß Lesen bei vielen Jugendlichen wenig Attraktivität besitzt.

Peter Conrady (Dortmund) äußerte offen seine Ratlosigkeit angesichts der Frage nach dem „optimalen" „Dritte Welt"-Jugendbuch: „Noch vor drei Jahren hätte ich das ohne Zögern beantworten können. Heute bin ich mir sehr unsicher."

Ausdruck einer „Krise der Linken" oder gar einer Krise des aufklärerischen Denkens, wie Birgit Dankert vermutete? Ist das Prinzip Hoffnung angesichts der Komplexität und Größe der Nord-Süd-Problematik nicht mehr angebracht?

Deutlich wurde jedenfalls, daß die eigene Unsicherheit und Ratlosigkeit in Bezug auf Handlungsperspektiven den Umgang mit dem „Dritte-Welt"-Kinderbuch prägt. Kindern und Jugendlichen kann nicht mehr an Auseinandersetzung zugemutet werden, als Erwachsene selbst zu leisten bereit oder in der Lage sind.

Eine Dokumentation der Tagung kann (ab November) bestellt werden bei: Aktion Dritte Welt im Kinderbuch c/o Sabine Dörrich, Benzstr. 7, 5600 Wuppertal 1.

Mit der Rodung der Wälder droht Chiles Pehuénche-Indianern die Vernichtung

Die in den südchilenischen Anden lebenden Pehuénche-Indianer, die dem Volk der Mapuche angehören, appellierten in den letzten Wochen an nationale und internationale Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen, gegen die geplante Rodung der Jahrhunderte alten Araukarien-Wälder in ihrem Siedlungsgebiet zu protestieren. Nicht zum ersten Mal bitten Vertreter der 7.500 Pehuénche um internationale Unterstützung, ist das Überleben der Indianer doch nicht nur durch die drohende Abholzung der natürlichen Waldbestände, sondern auch durch den geplanten Bau von 5 Staudämmen auf ihrem Siedlungsgebiet am Oberlauf des Bío-Bío-Flusses gefährdet. Tausenden von Ureinwohnern droht die Zwangsumsiedlung und die Zerstörung ihres Lebensraumes.

Während sich jedoch das Staudammprojekt noch im Planungsstadium befindet (die Errichtung von zwei Staudämmen wurde bereits genehmigt, mit dem baldigen Baubeginn wird gerechnet), begannen Holzfirmen im Quellgebiet des Bío-Bío-Flusses in der Nähe der Indianer-Siedlung Quinquén, jahrhundertealte Araukarienbäume zu fällen. Hielten sich die Abholzungen bislang noch in Grenzen, so wird für das Frühjahr 1990 mit großflächigen Rodungen der durchschnittlich 1.200 Jahre alten Bäume gerechnet, wenn im Oktober 1989 von chilenischen Gerichten ein Rechtsstreit zwischen zwei Holzfirmen um ihre Eigentumsrechte an den Wäldern entschieden wird.

Mit der Rodung der Araukarien würde auch ein einzigartiges Ökosystem vernichtet werden, in dessen Mittelpunkt die Nadelschuppenbäume stehen. Die wegen ihres wertvollen Holzes von Holzfirmen sehr begehrten Araukarien sind heute vor allem noch in den südchilenischen Anden verbreitet. Sie wachsen sehr langsam (während ihr Stammesdurchmesser jährlich um 1 Zentimeter zunimmt, werden sie jedes Jahr nur 3,5 Zentimenter größer) und sind erst ab einem Alter von 500 Jahren forstwirtschaftlich nutzbar. 1976 wurden sie in Chile unter Naturschutz gestellt. Auf Druck der holzverarbeitenden Betriebe verabschiedete die Regierung 1987 das Gesetz 141, das die forstwirtschaftliche Nutzung der Araukarien wieder zuläßt, soweit sie sich nicht in Naturschutzgebieten oder Hochgebirgsregionen befinden. So gibt es derzeit keine rechtliche Handhabe gegen die geplanten Rodungen in der Nähe der Siedlung Quinquén.

Die Indianer leben seit mehr als hundert Jahren in dieser Region und fordern seit 24 Jahren, daß ihnen das Eigentum für das Land übertragen wird. Doch die chilenischen Behörden wollten davon nichts wissen, so daß den Ureinwohnern bis heute von den privaten Landeigentümern nur ein Wohnrecht eingeräumt wurde.

Welche Bedeutung die Rodung der Araukarien für die Pehuénche hat, wird allein schon daran deutlich, daß die Ureinwohner den Namen ihrer ethnischen Gruppe von den alten mächtigen Bäumen ableiten, die von den Indianern als Pehuén bezeichnet werden. Doch darüber hinaus besitzen die Araukarien auch große wirtschaftliche und religiöse Bedeutung für die Indianer. Für die 160 Pehuénche in Quinquén dienen die von ihnen gesammelten Araukarienfrüchte, die Piñones, als Grundlage ihrer Nahrungsmittelversorgung. Sie werden als Tierfutter verwendet und mit den Überschüssen werden auf den Märkten andere Nahrungsmittel gekauft oder eingetauscht. Denn angesichts der klimatisch sehr extremen Bedingungen in dem Anden-Gebiet und der unzureichenden Bodenqualität ist das Land nur bedingt landwirtschaftlich nutzbar, so daß die Viehhaltung eine große Bedeutung besitzt. Der Baum gilt den Indianern aber auch als heilig und steht im Mittelpunkt zahlloser spiritueller Bräuche. So ist verständlich, wie besorgt die Pehuénche über die drohende Rodung der Araukarien sind. Fürchten sie doch, daß mit der Zerstörung der Araukarien-Wälder auch ihre Gemeinschaft untergehen wird.

Nur die Wiederaufhebung des Gesetzes 141 und umfassende Naturschutzbestimmungen zugunsten der Araukarien können die Zerstörung des Lebensraumes der Pehuénche-Indianer verhindern.

Ulrich Delius

Die GfbV bittet darum, folgenden Brief in spanischer Sprache an den chilenischen Staatspräsidenten (Señor Augusto Pinochet Ugarte, Presidente de la República de Chile, Santiago de Chile, Chile) zu senden:

Respetado Sr. Presidente:

Recientemente, con la dictación del decreto ley 131, del Ministerio de Agricultura, se ha iniciado en la comunidad Pehuénche de Quinquén, como en otras áreas, la explotación del Araucaria por parte de grandes empresas madereras.
Esto coloca en peligro a una especie única del mundo y amenaza también la subsistencia del pueblo Pehuénche, que vive de su fruto, somo es el caso específico de la comunidad de Quinquén, comuna de Lonquimay, novena región.
Le pedimos por último que se otorgue al Araucaria por ley su protección en todo Chile; y también se restituya el derecho histórico de las comunidades indígenas a sus tierras y a utilizar los recursos de esta especie.

Atentamente

Neuer Angriff auf das Alternative Informationszentrum in Jerusalem

Das 'Alternative Informationszentrum', in dem PalästinenserInnen und Israelis zusammenarbeiten, sammelt Nachrichten und Hintergrundmaterial über die Situation in den, von Israel besetzten Gebieten und verbreitet sie weiter. Das AIC betreut JournalistInnen und Delegationen bei ihren Besuchen in den besetzten Gebieten und arrangiert Treffen und Gespräche mit PalästinenserInnen. Die Arbeit des Zentrums ist so ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Intifada. Daher wird die Arbeit des AIC (Alternative Information Center, POB 24 278, Jerusalem, Tel. 24 11 59) von den israelischen Sicherheitsbehörden ständig kriminalisiert. Darüber hinaus stellt die Zusammenarbeit von PalästinenserInnen und Israelis eine besondere Provokation für die israelischen Behörden dar. So läuft schon seit Februar 1987 ein Prozeß gegen das AIC bzw. gegen den Leiter des AIC, Michael Warshawski. Ihm wird vorgeworfen, palästinensische „terroristische Organisationen" unterstützt zu haben.

Nun soll ein weiterer Mitarbeiter des AIC, der Palästinenser Ali Mohammed Jedda, mit einer fadenscheinigen Anklage vor Gericht gestellt werden. Ali Mohammed Jedda arbeitet im 'Alternativen Informationszentrum' als Journalist und ist mit dem Sammeln von Nachrichten und Hintergrundmaterial über die Situation in den besetzten Gebieten für die israelische und ausländische Presse beschäftigt. Außerdem begleitet er Journalisten und Delegationen und arrangiert Treffen mit Palästinensern.

Ali Jedda hat 17 Jahre als politischer Gefangener in israelischen Gefängnissen gesessen und kam durch einen Gefangenenaustausch 1985 frei. Seitdem arbeitet er im AIC. Die israelischen Behörden wollen seine Rückkehr ins zivile Leben nicht akzeptieren; seit seiner Freilassung haben sie ihn zweimal unter Stadtarrest gestellt, jedesmal für sechs Monate. Während des Stadtarrestes durfte er seine Wohnung nach Sonnenuntergang nicht mehr verlassen, und er war gezwungen sich täglich um 12.00 Uhr mittags bei der Polizeistation in der Altstadt von Jerusalem zu melden.

Seit seiner Freilassung wurde sein Weg von seiner Wohnung im afrikanischen Viertel der Altstadt zu seiner Arbeit im AIC zu einer „Via Dolorosa", weil er ständig von der Grenzpolizei schikaniert, kontrolliert und geschlagen wurde. Der letzte Vorfall in diesem Zusammenhang wurde zu einer Anklage gegen ihn gewendet. Ihm wird vorgeworfen, die Polizei angegriffen zu haben. Die Verhandlung soll am 18. September 1989 stattfinden.

Die Wahrheit ist, daß nicht Ali Jedda die Polizei angriff, sondern umgekehrt die Polizei gegen ihn vorging. Er fuhr zusammen mit seiner Frau und seinem Kind in dem Wagen seines Freundes Richtung Hadassah Hospital, als der Wagen in der Nähe der Altstadt gestoppt wurde. Drei Grenzpolizisten, die ihn kannten, versuchten ihn zu provozieren, indem sie ihn nach seinem Gefängnisaufenthalt fragten und ihn beschimpften. Weil Ali Jedda nicht auf diese Provokationen reagierte, griffen sie ihn an. Ein Polizist schlug ihn mit einem Gewehrkolben gegen den Kopf und sie verweigerten ihm dann medizinische Hilfe. Er wurde 48 Stunden in Gewahrsam genommen und dann gegen Kaution freigelassen. Einen Monat später mußte er im Polizeihauptquartier zu dem Vorfall Stellung nehmen.

Es besteht kein Zweifel, daß mit diesen Anschuldigungen versucht werden soll, Ali Jedda einzuschüchtern und die wichtige Arbeit, an der Ali Jedda beteiligt ist, zu verhindern. Deswegen rufen wir all diejenigen auf, die die Meinungsfreiheit unterstützen, gegen diese Maßnahmen zu protestieren, und schlagen vor, an die israelischen Botschaften und an den Polizeiminister in Israel Protestschreiben zu richten.

Verbot der südkoreanischen Lehrergewerkschaft

Die südkoreanische Regierung hat die erst im Mai gegründete Lehrergewerkschaft mit sofortiger Wirkung verboten. Die etwa 30 Führungsmitglieder der Gewerkschaft wurden verhaftet und ca. 5.000 Mitgliedern droht bisher die Entlassung aus dem Schuldienst.
Seit die Olympischen Spiele letzten Herbst zu Ende gegangen sind, hat die staatliche Unterdrückung gegen die Opposition wieder massiv zugenommen. Die Lehrergewerkschaft ist für die Regierung besonders gefährlich, da sie als Interessengruppe, die in kürzester Zeit großen Zulauf hatte und als Teile der Intelligenz und als Pädagogen die Möglichkeit haben, regimekritische Gedanken in allen Schichten zu verbreiten.

Die Gewerkschaft hatte sich zum Ziel gesetzt, Lehrer gegen behördliche Überwachung zu unterstützen. Zum einen gibt es an vielen Schulen Abhörgeräte, zum anderen droht den Lehrern die Entlassung, wenn sie regimekritische Diskussionen unter den Schülern nicht sofort unterbinden oder sogar noch selbst mitdiskutieren. Die Gewerkschaft fordert auch die Reform des Erziehungswesens. Bisher müssen immer noch 3/4 aller Schul- und Universitätskosten von den Eltern selbst getragen werden. Die Qualität der Schulbildung ist mangelhaft, da nur Faktenwissen gelehrt und geprüft wird.

Außerdem werden die Lehrer äußerst schlecht bezahlt bei extrem langen Arbeitszeiten (35 Unterrichtsstunden/Woche), was die Lehrer auch anfällig für Bestechung macht.

Von Korea-KennerInnen wird die Lehrergemeinschaft als wichtige Säule der Demokratisierungsbewegung eingeschätzt. Auch viele Eltern und Schüler solidarisieren sich mit ihr.

Sollte es ihr gelingen, trotz dieser massiven Repression weiterzuarbeiten, wäre dies ein Erfolg für den langjährigen Kampf um Demokratie und Selbstbestimmung in Südkorea.

Die südkoranische Lehrergewerkschaft wandte sich deshalb an Lehrer und deren Organisationen in der Bundesrepublik mit der Bitte, gegen das Verbot und die Verhaftungen beim Minister für Erziehung (Prof. Chung, Won-Sik, Minister of Education, Ministry of Education, Republik of Korea, Seoul, Korea) zu protestieren.

mm

Prozeß gegen Kurden in der BRD

Das Oberlandesgericht Düsseldorf 5. Strafsenat hat der Eröffnung des größten politischen Prozesses in der Geschichte der BRD gegen Kurden stattgegeben. Die seit Sommer 1987 auf Anordnung des Generalbundesanwalts, Kurt Rebmann geführten Überfälle auf Wohnungen und Vereine von kurdischen Werktätigen und die Verfolgung von unzähligen Menschen haben sich nach Februar 1988 zugespitzt und gipfelten in willkürlichen Verhaftungen. Im Zeitraum vom 6. Februar 1988 bis zum 15. August 1989 sind insgesamt über 20 kurdische Werktätige und Politiker verhaftet worden. Weitere 3 Kurden sind ebenfalls angeklagt, haben aber Haftverschonung erhalten.

Dem Beschluß des Oberlandesgericht Düsseldorf vom 31. August 1989 zufolge, werden die kurdischen Werktätigen und Politiker bei dem am 24. Oktober 89 beginnenden Prozeß damit beschuldigt, einer angeblichen „terroristischen Vereinigung“ innerhalb der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) anzugehören bzw. diese zu unterstützen.

Die kurdischen politischen Gefangenen, die seit ihrer Verhaftung einer absoluten Isolation und psychologischer Unterdrükkung ausgesetzt werden, wurden nach ihrem Transport auf das Gefängnis in Düsseldorf und umliegenden Gefängnissen, das parallel zu dem Beschluß über die Eröffnung vollzogen wurde, um ihre zuvor schon äußerst beschränkten Rechte total beraubt. Seit annähernd zwei Monaten wird der Briefwechsel der Gefangenen mit ihren Verteidigern überhaupt nicht ermöglicht, indem jegliche Verteidigerpost von dem Gefangenen an den Verteidiger und umgekehrt wieder zurück an den Absender geschickt wird. Selbstverständlich ist das eine grobe und eindeutige Verletzung des Rechts auf Verteidigung. Mit der Verhinderung der Verteidigung ist mit aller Eindeutigkeit klar geworden, daß dieses Verfahren weder aus der Sicht der bundesdeutschen Rechtssprechung als auch der internationalen Rechtssprechung sich auf keinerlei legitime Grundlage stützt.

Prosteste an die folgende Adresse:
5. Strafsenat am OLG
Cecilienallee 3
4000 Düsseldorf 30

Aus der Presseerkärung des Kurdistan-Komitees Köln.

Fotoausstellung

“Verlassener Berg, Lebendiger Berg“

Die Idee für den Fotoworkshop über das Bergwerkzentrum Siglo XX in Bolivien entstand an der Nationalen Universität. Diese Universität ist das Ergebnis eines zähen Kampfes der Bergarbeitergewerkschaft für eine Volksuniversität, die den Menschen der „classes popular“, den unteren Volksschichten, zugänglich sein soll. Ein Experiment, das in dieser Form in Lateinamerika einzigartig ist. Vierzig StudentInnen dieser Volksuniversität machten sich auf, Bilder ihres Alltags zu dokumentieren; Alltag in dem fast verlassenen Bergwerksort, der seit der vom IWF diktierten Schließung der Zinnminen, zu einer Geisterstadt zerfällt. Die Fotos sind ein Porträt des Bergwerkzentrums und der Menschen, die dort leben. Siglo XX steht für Ausbeutung, Armut, Repression, aber auch für Klassenbewußtsein und Widerstand. In der Ausstellung wird ein Stück bolivianischer Volkskultur dokumentiert, die sich gegen die offizielle Geschichtsschreibung richtet.

Die Ausstellung wurde von zwei StudentInnen der Universität Kassel in die BRD gebracht, neu zusammengestellt und durch Texte des uruguayischen Schriftstellers Eduardo Galeano ergänzt. Galeanos Texte passen zu den Bildern, obwohl sie nicht für die Ausstellung geschrieben wurden. Sie machen Zusammenhänge deutlich, weisen über das Gezeigte hinaus.

„Verlassener Berg, Lebendiger Berg“ Fotografien aus dem Bergwerksort Siglo XX in Bolivien, mit Texten von Eduardo Galeano. Info Paket für DM 10,- (incl. Ausstellungskatalog, Beiheft und Infos über Verleih) bei: ISKA, c/o Uli Stelzner, Schillstr. 9, 3500 Kassel

Von der Politik zu Kommerz. Zum entwicklungsbezogenen Handel (blätter des iz3w Nr. 159)

Ich kann mich eigentlich nur wundern, mit wie wenig Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen der Aktion Dritte Welt Handel zwei Leute umgehen, die selbst jahrelang als Insider an der Verwirklichung der Ziele der A3WH mitgearbeitet haben.

Die Idee der A3WH lebt seit Entstehung von der Spannung zwischen Handel und entwicklungspädagogischer Arbeit. Diese Spannung ist eine Chance für diese Arbeit, die wir immer noch als Lern- und Aktionsmodell ansehen. Einen „kommerziellen Erfolg" vorweisen zu können — unter diesem Anspruch hat die GEPA nie gestanden und steht sie auch heute nicht. Im Gesellschaftsvertrag ist ausdrücklich enthalten, daß die GEPA gemeinnützige Ziele verfolgt. Darum kann es auch bei einer Ausweitung des Handels nicht um eine Ertragssteigerung gehen, sondern darum, Lieferanten (oder „Partnern" — ich zögere auch, mit diesem Begriff zu arbeiten), die unter Wahrung der Projektpartnerkriterien dazu in der Lage sind und dies z.T. ausdrücklich fordern, eine Absatzmöglichkeit für ihre Waren zu bieten. Auf der anderen Seite haben wir schon die Erwartung, daß die GEPA wirtschaftlich gesund und unabhängig von Zuschüssen arbeiten kann.

Daß wir dabei grundsätzlich in dem Dilemma stehen, einen Welthandel zu unterstützen, den wir eigentlich in der bestehenden Form ablehnen, ist allen Beteiligten eigentlich von Anfang klar gewesen. Mit welchen Möglichkeiten wir versuchen, unseren Anteil am Handel etwas gerechter zu gestalten („gerecht" ist er damit immer noch nicht, das wissen wir auch), wissen die Autoren besser als ich. Daß wir bei diesem Handel auch einseitigen Exportabhängigkeiten (Tee, Jute...) unterliegen, ist klar. Daß allerdings „Projekte durch die GEPA erst recht in Export-Abhängigkeiten geraten — Jute aus Bangladesh" ist Unfug. Jute ist nun mal — daran ändert auch die A3WH nichts — Exportartikel Nr. 1 Bangladeshs (60-80% des Exportwertes) und daran ist CORR — The Jute Works nur minimal beteiligt. Aber durch die Einnahmen aus ihrem Juteexport konnten die Frauengruppen eine ganze Reihe von anderen Projekten durchziehen (Vieh-, Fisch-, Hühner- und Entenzucht, Aufforstungsprogramme, Alphabetisierungskurse, Anbau anderer landwirtschaftlicher Güter für den Eigenbedarf und den lokalen Markt wie z.B. Ananas...). Das bedeutet zumindest für die beteiligten Gruppen etwas mehr Unabhängigkeit von der Jute. Gerade dieses Beispiel zeigt zumindest ansatzweise, daß die Instrumente des Dritte-Welt-Handels durchaus „Autonomie und Selbsthilfe der Produzenten vorantreiben helfen" — bei allen Einschränkungen und Eingrenzungen, die die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für unsere Arbeit bedeuten. Daß A3WH diese Probleme weltweit lösen könne — diesen unrealistischen Anspruch hat doch keiner von uns. Aber daß wir durch konkrete Hilfe und durch entsprechende pädagogische und politische Arbeit hier ein wenig auf eine Lösung hinarbeiten können, ist unser Anspruch.

„Durch welche Vorstellungen von Unterentwicklung, Entwicklungshilfe und -planung diese Organisation ihre Projektarbeit in der Dritten Welt leiten lassen" — dazu hat Misereor als einer der kirchlichen Träger der GEPA in den letzten Jahren nun wirklich genug Materialien herausgegeben (Arbeitshefte, Paperback-Reihe „Dialog"). Wer etwas guten Willen hat, kann das gerne nachlesen.

Ob es stimmt, daß die Gruppen (Weltläden und -Gruppen) „in Zukunft kaum mehr als symbolischen Einfluß haben", wird die Zukunft wohl selbst zeigen. Immerhin wurde der neue Gesellschaftsvertrag einstimmig verabschiedet, also mit Zustimmung der AG3WL und der Basisgruppenvertreter. Der neugeschaffene Aufsichtsrat soll — so die Absprache — einvernehmlich besetzt werden. Alles nur symbolisch?

In dem Papier von Michael Sommerfeld und Rainer Stahl sind viele Ansätze zur Diskussion und Auseinandersetzung. Schade, daß es jetzt in diesem Stil passiert.

Heiner Grysar. Misereor-Vertreter im Info-Ausschuß

Südostasien Informationen Nr. 3/89 (Sept.):
Ende der Blockkonfrontation in Südostasien? Schwerpunkt: Die neue sowjetische Asienpolitik. (Prof. Dr. Marina E. Trigubenko, führende sowjetische Asienwissenschaftlerin) · Auflösung der Blöcke im asiatisch-pazifischen Raum? · Verlauf der Pariser Kambodscha-Konferenz · Vom Kalten Krieg zum heißen Markt: Thailand und seine sozialistischen Nachbarn · Philippinen: Wie reagiert die Linke auf die neue internationale Situation?
Bezug: Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1
Einzelheft DM 6,-; Inland-Abo DM 24,- (Institutionen DM 48,-)

Gen-ethischer Informationsdienst (GID) 48, Oktober 1989
Aktuelles: Schering als Brunnenvergifter? / Gengesetzgebung BRD/EG/HIV-Aids-Forschung aus Prestige- und Profit / Bürokratiefreiheit im Food-Design? / Brit. Ärzte für Eugenik.
Berichte: Zugriff auf die Fruchtbarkeit: Immunisierung gegen Schwangerschaft / Anthroplogogen- und Humangenetiker-Tagung verhindert / Organismen ignorieren biologische Schranken.
Einzelpreis 5,- DM, Jahresabo 60,- DM
Bezug: GID-Redaktion, Potsdamer Str. 96, 1000 Berlin 30

---

ila Nr. 128, September 1989
Schwerpunktthema: Coca und Kokainwirtschaft — KOKApitalismus. Kultur- und Sozialgeschichte des Kokains. Rauschgiftabhängigkeit der Wirtschaften von Peru, Bolivien und Kolumbien. US-Strategien gegen den „Narco-Terrorismus". Frauen als schwächste Glieder der Kette im internationalen Kokainhandel. Kolumbien und seine KOKA-Lumpen. Die zwielichtige Rolle des „Leuchtenden Pfades" im Huallaga-Tal, Peru.
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1
Einzelpreis: DM 4,-; Jahresabo DM 40,-

Entwicklungspolitische Korrespondenz
Schwerpunkt: Rüsselsheim ist überall — Neue Strategien der Automultis: Entwicklungstendenzen und Perspektiven für die „Dritte Welt" — Strategie des „Global Sourcing" — Autoindustrie in den europäischen Randländern und der EG-Binnenmarkt — Fordismus in Brasilien — Taiwans Autoindustrie auf Expansionskurs — Scheitern der argentinischen Exportstrategie. Öl, Verschuldung und die Zukunft des Autos. Die Eisenbahn in China und Indien als alternativer Verkehrsträger, usw.
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20
Preis: DM 5,- (Abo DM 27,-; Institutionen DM 40,-)

„RUNDBRIEF Päd. Paulo Freire — bewußt: päd" — Nr. 42-89:
... Bankierskonzept der Erziehung und zum Konzept einer befreienden Pädagogik / Unterdrückte in Europa und A. Boal-Theaterarbeit / Kulturelle Aktion / Rezensionen, viele Tips...
Spendenerwartung: 3,- DM.
Bezug: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 5 September 1989
Schwerpunktthema: * Namibia/Parteienlandschaft vor den Wahlen, Wahlprogramm der SWAPO, Wirtschaftslage, Bergbau, Verschuldung, Aktivitäten von NGOs in Namibia, Befreiungsbewegungen und Menschenrechte — zu den SWAPO-Gefangenen * Südafrika/Kampagne des Zivilen Ungehorsams, Positionspapier ANC-Cosatu, Profitstrategien deutscher Unternehmen: Daimler und Laepple * Zimbabwe/Willowvale II * Mosambik/5. Parteikongreß der Frelimo
Einzelpreis: DM 5,-; Abo: DM 40,-
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 1

Inprekorr, Nr. 220, Oktober 1989
Kuba: Der Stand der sowjetisch-kubanischen Beziehungen; UdSSR: Perestroika und Beschäftigung; Jugoslawien: Krise in Staat und Gesellschaft; Irland: Wachsende Opposition gegen Sparpolitik; die Internationale: Zur nationalen Frage in der Sowjetunion; Meldungen aus der internationalen Arbeiterbewegung, Buchrezensionen u.a.
Bezug: Inprekorr, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.
Einzelheft: 4,50 DM/Abo 45,- DM.

BRASILIEN RUNDBRIEF — September 1989: Was will die PT (Arbeiterpartei) — Lula in Bonn; Zerstörung Amazoniens: CALHA NORTE — PROFFAO; Brief des Außenministeriums zu CALHA NORTE; Einblicke in eine engagierte Kirche: Sao Felix do Araguaia; Friedensnobelpreis für Kardinal Arns; Alternativer Friedenspreis für die CPT; DED streicht Mitbestimmungsrechte.
Bezug: Brasilieninitiative Freiburg, In der Weihermatten 27, 7800 Freiburg
Preis: 4,- DM (Einzelheft), 15,- DM (Jahresabonnement, 4 Ausgaben)

Bolivia Nr. 78, Juli/August 1989
Wahlen in Bolivien — Farce oder Durchbruch zur Demokratie?; Wechselbad der Koalitionen; Die Wahl von Jaime Paz Zamora zum neuen Präsidenten Boliviens; Yankees und Narcotrafico; Kanzler und Condor — Skandal um eine Ordensverleihung; Gespräch mit Evilio Arambiza, Indianerführer aus dem Tiefland Boliviens; Aktuelles; Seminarankündigung.
Bezug: Bolivia, SAGO-Informationsblatt, Wittenberplatz 3a, 1000 Berlin 30; Preis: 2,50 DM

Lateinamerikanachrichten Nr. 185, Sept./Okt. 1989
Schwerpunkt des Heftes: Kolumbien. Kolumbiens ehrenwerte Gesellschaft — Hinter den Kulissen des Drogenkrieges — Argentinien: Menem ganz neoliberal — Nicaragua: gespaltene Opposition — Bolivien: Zamora regiert, Banzer diktiert — Amazoniensolidarität oder Ökoimperialismus — El Salvador: „Alle gegen Arena!" Oligarchie gegen „Agrarreform" — Mittelamerika/USA: Geistliche Kriegsführung niedriger Intensität.

Materialien zu Peru

- „Lieder vom Leben und Überleben aus Ayacucho" von Juana Lidia Argumendo, die selbst Opfer des staatlichen Terrors in Ayachucho war; Tonkassette mit ausführlichem Begleitheft zu Musik und Gesellschaft in Ayacucho, 16,50 DM incl. Porto.
- „Trilce", Lieder über Gewalt, Widerstand und Hoffnung in Ayacucho von der Gruppe Trilce, u.a. mit Manuelcha Prado, dem derzeit besten Komponisten und Gitarristen ayacuchanischer angagierter Musik; Kassette (60 Min.) und Begleitheft mit Texten und Erläuterungen, 18,50 DM incl. Porto.

Der Erlös beider Kassetten geht zur Hälfte an die Künstler, zur Hälfte in die Menschenrechtsarbeit von Serpaj Ayachucho.

- Tonbildschau „Im Totenwinkel: trotz allem das Leben", 79 Dias, 35 Min., Ton; eine Montage aus Informationen, Musik und bildender Kunst zur Situation in Ayacucho; auszuleihen bei der Perugruppe Nürnberg.
- Informationsmaterial zur Lage in Peru (Broschüren etc.)

Bestellungen und Anfragen an:
Perugruppe Nürnberg
c/o Jugendzentrum
Untere Talgasse 8
8500 Nürnberg 1

Spenden und Zahlungen an:
Otto Böhm
Sonderkonto Peru
Kto. 30 50 10-8 51
PschA Nbg.

Siegmar Schmidt: **Gewerkschaften in Südafrika**, Arbeiteremanzipation unter den Bedingungen des Apartheid-Regimes. isp-Verlag, Frankfurt 1989, 140 Seiten, 20,- DM

Jeff Faux, Miles Kahler, Martin Carnoy: **The U.S. Economy after Reagan**, Reihe „Analysen" der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1989, 73 Seiten. Bezug: Friedrich-Ebert-Stiftung, Projektgruppe Internationale Wirtschaft und Politik, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

Jutta Klaß (Hrsg.): **Die EGmbH der Bosse und Banker**, Binnenmarkt 92, isp pocket 43, Frankfurt 1989, 136 Seiten, 16,80 DM

Jürgen Rüland: **Another Asian Miracle Economy in the Making?** Thailands Prospects for Becoming a NIC in the Nineties. Hrsg. v. Arnold Bergsträsser Institut, Aktuelle Informationspapiere zu Entwicklung und Politik, Freiburg 1989

Yasmeen Hamdan, Hans Otto Wiebur (Hrsg.): **Palästina** — Menschen Landschaften, Elefanten-Press, Berlin 1989, 126 Seiten

id-Archiv im IISG Amsterdam (Hrsg.): **radikal 1984-1989**. Ein Interview, 83 Seiten, 5,- DM. Bezug: Edition ID-Archiv im IISG, c/o Aurora Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19

Verschenkaktion:
„Aktionshandbuch Dritte Welt".
Der 'Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen' — BUKU — verschenkt die Restexemplare (7. und letzte Auflage, 290 S.)
Aus dem Inhalt: Medien und Materialien für den Einsatz in Unterricht, Dritte-Welt-Gruppen etc., eine annotierte Bibliographie mit Bezugsadressen; Unterstützung von Dritte-Welt-Projekten, aber wie?; welche Gruppen und Organisationen arbeiten wo zu entwicklungspolitischen Themen...
BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, (Bitte 2,- DM Rückporto beilegen) Kennwort: 'Aktionshandbuch'.

Günter Altner, Wanda Krauth (Hrsg.): **Gentechnik und Landwirtschaft**, Reihe Alternative Konzepte 64, Verlag F. Müller, Karlsruhe 1988, 200 Seiten, 16,80 DM

Per Lindskog u. Jan Lundqvist: **Why Poor Children Stay Sick**, The Human Ecology of Child Health and Welfare in Rural Malawi, Uppsala 1989, 111 Seiten, 60 SEK. Bezug: The Scandinavian Institute of African Studies, PO Box 1703, S-751 47 Uppsala, Sweden

Fernando Mires: **Im Namen des Kreuzes.** Der Genozid an den Indianern während der spanischen Eroberung: theologische und politische Diskussionen, 253 Seiten, 39,50 DM/36,80 Sfr, Edition Exodus, Fribourg (CH) 1989

Arbeitsbrigade für das befreite Nicaragua!
Von Febr. bis April 1990 soll eine Gruppe aus dem Raum Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe nach Nicaragua fliegen, um die Agrarreform der sandinistischen Regierung kennenzulernen und zu unterstützen. Die Brigade wird gemeinsam mit nicaraguanischen Bauarbeitern an dem Projekt LA PAZ DE TUMA arbeiten. Ziel des Projekts ist der Bau einer Kaffeeverarbeitungsanlage sowie die Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den umliegenden Siedlungen.
Teilnehmen kann, wer
- 7 Vorbereitungswochenenden besucht,
- sich mit dem nicaraguanischen Revolutionsprozess auseinandersetzt,
- bereit und fähig ist, körperlich hart zu arbeiten.

Der Arbeitseinsatz wird 8 Monate dauern, anschließend folgt ein einwöchiges Programm in Managua. Die Kosten für Reise, Unterkunft, Verpflegung und Ausrüstung müssen selbst aufgebracht werden (2.500-3.000 DM).
Interessenten melden sich bei:
Rudi Kurz, Angelweg 3,
6900 Heidelberg, Tel. 06221/472163

Arnold Köpcke-Duttler (Hrsg.): **Buber — Ghandi — Tagore**. Aufforderung zu einem Weltgespräch, 221 S., 32,- DM, 1989, Verlag für interkulturelle Kommunikation, PF 900965, 6000 Frankfurt/M. 90

„Das diskrete Geschäft — Rüstungsexporte in die Dritte Welt"; 10.-12.11.89 in der Evang. Akademie Bad Boll; Information und Anmeldung: Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, Gerokstr. 17, 7 Stuttgart 1.

Ev. Akademie Bad Boll: **Theater and Politics in South Africa**; 15.-17.12.89; 4. Konferenz zur südafrikanischen Literatur; Leitung: R. Krieger; Information und Anmeldung: Ev. Akademie Bad Boll, z.Hd. Frau K. Kollmann, 7325 Bad Boll.

AKE Bildungswerk: **Spielend leicht verändern — Entwicklungspolitisches Theater zum Mitmachen**; 10.-12.11.89; Ort: Bielefeld; Anmeldung und Information: Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Carlos Petram, Horstweg 11, 4973 Vlotho. **Menschenrechte und Demokratisierung in Lateinamerika**; 17.-19.11.89; Ort: Bielefeld; Anmeldung und Information: s.o.

Ev. Akademie Arnoldshain: **X. Fernsehworkshop Entwicklungspolitik**; 26.-30.3.90; Anmeldung und Information: Ev. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1.

Globale Herausforderungen: Europa und die Dritte Welt; 11.-12.11.89; Ort: Frankfurt; Veranstalter: JungsozialistInnen in der SPD; Information und Anmeldung: Juso-Bundessekretariat, z.Hd. R. Röscheisen, Ollenhauerstr. 1, 53 Bonn 1.

„Die Hälfte des Himmels" — Ausstellung zum Frauenalltag in Zentralamerika; 11.11.-17.12.89; 10.00-17.00 Uhr; Veranstaltungsreihe von Dienst in Übersee; Information: Haus am Schüberg, ev. Tagungszentrum, Wulfsdorferweg 33, 2075 Ammersbek.

Diakonisches Werk Westfalen: **Technologietransfer als entwicklungspolitische Strategie? — Modelle, Probleme und Perspektiven der „Angepaßten Technologie" in der Dritten Welt**; 25.-26.11.89; Ort: Höltingshof bei 4420 Coesfeld/Lette; Information und Anmeldung: Diakonisches Werk Westfalen, Friesenring 32, 4400 Münster.

Chile Informationsbüro: **Das wirtschaftl. Erbe Chiles nach 16 Jahren Militärdiktatur**, aus der Seminarreihe: **Hat die Demokratie in Chile eine Chance?**; 4.-5.11.89; Ort: Walberberg bei Bonn; Information und Anmeldung: Chile-Informationsbüro e.V., Frauenstr. 3-7, 4400 Münster.

Institute of Social Studies: **Frauen und Rassismus — überregionale Frauen-Arbeitstagung**; 1.-5.11.89; Ort: Bremen-Vahr; Information und Anmeldung: Institute of Social Studies, Beim Steinernen Kreuz 11, 28 Bremen 1.

FIAN: **Hunger und Landrechte — Die Menschenrechtsarbeit bei FIAN**; 17.-19.11.89; Ort: 7061 Lichtenwald-Hegenlohe; Anmeldung und Information: FIAN-Sekretariat, Pf. 102243, 69 Heidelberg.

Servicio Paz y Justicia — Gewaltfrei widerstehen in Lateinamerika; 3.-5.11.89; Ort. Anmeldung und Information: Friedenskotten, Auf der Sandkuhle 15, 4517 Hilter-Hankenberge.

AGG: **Ein Paradies wird geplündert — Militärisch-wirtschaftliche Großprojekte in Brasilien**; 10.-12.11.89; Ort: Düsseldorf; Anmeldung und Information: AGG-Geschäftsstelle, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1.

Afrika-Initiative Hannover: Reihe **Afrika-Forum**: 7.11., 20.00 Uhr: **Namibia vor der Unabhängigkeit** — Dia-Bericht; 5.12., 20.00 Uhr: **Frauenalltag im Sudan** — Dia-Bericht; Ort: Pavillon, Lister Meile 4, 3 Hannover 1.

Aktionsgruppe Philippinen: **Philippinen — Probleme und Perspektiven des Befreiungskampfes**; 17.-19.11.89; Ort: Frankfurt; Information und Anmeldung: agphi, Pf. 1141, 544 Polch.

„Zimbabwe" Erziehungswesen, Schulpartnerschaften, Rollenspiele. 1.-3.12.1989 in Lohmar (bei Siegburg), Veranstalter: Zimbabwe Netzwerke e.V., Frankfurt und Dritte Welt Haus e.V., Bielefeld; Zimbabwe Netzwerk e.V. Germaniastr. 89-91, 6000 Frankfurt 60, Tel. 069/ 4692703.

Seminar der Naturfreundejugend Internationale: **„Europa 1992 — Wer fürchtet sich vorm Binnenmarkt?"** im Europäischen Jugendzentrum Strasbourg vom 19.-26.11.1989. Information: NFJI, Rosenstr. 1, D-4806 Werther.

Welternährung, Weltnahrungsmittelproduktion und Pestizide; 17.-19.11.89; Ort: Frankfurt; Anmeldung und Information: Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) e.V., Gaußstr. 17, 2 Hamburg 50.

Südostasien Informationsstelle: **Regenwald und Ökologie in Thailand**; 17.-19.11.89; Ort: Freudenstadt; Anmeldung und Information: Umweltzentrum Freudenstadt, z.Hd. Frau Haas, Bleichstr. 3, 7290 Freudenstadt/Schwarzwald.



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Alf Baier, Frank Ballot, Iris Bauer, Andreas Beil, Andrea Borchers, Horst Breit, Konrad Fisch, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Teresa Löbbert, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Bernd Riegraf, Norbert Stamm, Detlev Vogel, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Drück und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 7 70 53

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
Kündigung zum Jahresende (schriftlich)
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: 45,- DM
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 162:
7.11.1989

Anzeigenschluß für Nr. 162:
14.11.1989

Inhaltsverzeichnis

811/ 1/161/56412

ARCHIV für Soz-Beweg
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

D-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733